

552

HANS WÖSENDORFER

HAINBURG — KONFLIKT UND PLANUNG

Studie im Auftrag des Bundesministeriums

für Wissenschaft und Forschung;

Beitrag zum Gesamtprojekt:

"Verarbeitungsmechanismen der Krise"

Wien, März 1987

Übersicht zum Zwischenbericht des Projekts:

"Konfliktfall Hainburg - eine kritische Analyse im Schnittpunkt von Ökologie und Ökonomie" von H. Wösendorfer

1.) "ENTWICKLUNGSLINIEN"

1.1. Entwicklungen, Abläufe im unmittelbaren Handlungsfeld
(Beschreibungen)

1.1.1. Donaukraftwerks-AG: Kraftwerksplanung

1.1.2. Landschafts- und Naturschutzplanungen im Donauraum
östlich von Wien

1.1.3. Behördenverfahren zum Kraftwerk

1.1.4. Widerstand gegen das Kraftwerk/ Befürwortung des
Nationalparkes

1.1.5. Befürwortung/ Durchsetzung des Kraftwerks

1.1.6. Sonstige, neutrale Aktionen

1.2. Entwicklungen im handlungsbeeinflussenden Umfeld

1.2.1. Im Aktionszusammenhang geäußerte Befürchtungen, Problem-
sichten, Situationsbeurteilungen etc.

1.2.2. Offensichtlich beeinflussende Tendenzen aus "Subsystemen"
von Gesellschaft und Natur

2.) "ERKLÄRUNGSMODELL"

2.1. Vernetzungen und Überlagerungen im unmittelbaren
Handlungsfeld ("Aufbauorganisation des Konflikts";
Kristallisation einer Befürwortungs- und einer
Widerstandssphäre; Verallgemeinerungen aus 1.1.)

2.2. Die Rolle von Einflüssen aus dem handlungsbeeinflus-
senden Umfeld (Beurteilung externer Einflußfaktoren aus
1.2.; Charakterisierungen und Hypothesen)

2.3. Die Ursachen der Eskalation des "Falles Hainburg" anstelle
seiner politisch-gesellschaftlichen Integration
("Ablauforganisation des Konflikts"; Beurteilung der Gesamt-
entwicklung aus 2.1 und 2.2; Hypothesen)

2.4. Versuch eines "Erklärungsmodells" ("Theorie zum Konflikt-
fall Hainburg"; Hypothesen)

3.) "REFORMMODELL"

3.1. Angesprochene Reformvorstellungen oder -forderungen

3.1.1. Unmittelbar räumlich-thematisch auf "Hainburg" bezogen (konkreter Aktionsraum)

- A - lokale Adaption des Kraftwerksprojekts (Auen, Landschaft)
- B - verbesserte Information und Ausdrucksmöglichkeiten für Interessierte
- C - Mitbestimmung der lokalen/regionalen Bevölkerung und Parteienstellung in den Verfahren
- D - Abstimmung von Kraftwerksprojekt und Nationalparkkonzept

3.1.2. Auf die Rahmenbedingungen des Handelns für den vorliegenden Typus von Konflikten bezogen

- E - Verbesserung der Planungsmethoden von Großbauvorhaben
- F - Reform der Behördenverfahren (AVG, Wasserrecht, Naturschutzgesetze) bezüglich Mitbestimmung
- G - Verstärkung des ökologischen inputs in Planungsbeurteilung und Projekterstellung (UVP)
- H - Veränderung der Handlungsbedingungen der staatlichen Energiewirtschaft (Reorganisation, Veränderung der Aufgabenstellung, Vorgabe energiepolitischer Ziele)
- I - Veränderung der Handlungsbedingungen der "Ökologieszene" (Grüne Experten in die Verwaltung, ständige Ökologiekommision, Umweltschutz-Kammer)
- J - Verbesserung der Regelung des Verhältnisses von fachlicher Begutachtung und politischer Entscheidung

3.1.3. Auf allgemeine Aktivitäten des öffentlichen Sektors bezogen (Modifikation des staatlichen Handelns)

- K - Änderungen auf verfassungsrechtlicher Ebene, insbes. Ausbau der direkten Demokratie
- L - Veränderung bestehender Ausgabenprogramme des Bundes und der Länder (Berücksichtigung von Ökologie, etc.)
- M - Erstellung und Inangriffnahme eines Nationalparkkonzeptes durch die Bundes- und Landesregierungen für Österreich (mehrere Projekte)
- N - Zusammenfassung aller Natur- und Umweltschutzaktivitäten zu einem integrierten Umweltschutzprogramm des öffentlichen Sektors

3.2. Reformhorizonte: Vorschläge zur Bündelung von Reformmaßnahmen

3.2.1. Krisenmanagement zum "Fall Hainburg"; bis Ende 1985

3.2.2. Kurzfristig wirksame Reformen: "Gesellschaftlich akzeptierte" Regelung des unmittelbaren Konflikts und Änderung der wichtigsten problembezogenen Rahmenbedingungen des Handelns; 1985 - 1987

3.2.3. Mittelfristige Reformen : "strukturelle" Veränderungen des staatlichen Handlungssystems für den Konflikt von "Ökonomie" und "Ökologie"

Literatur

ANHANG: "Hainburg. Chronologie eines gesellschaftlichen Konflikts".

ANHANG: Detaillierte Liste der "Einflußbereiche".

Zwischenbericht

"Konfliktfall Hainburg - eine kritische Analyse im Schnittpunkt von Ökologie und Ökonomie"

Thematisierung

Seit mehreren Jahren erweisen sich in Österreich energietechnische Großbauvorhaben als "Dauerbrenner" politischer Auseinandersetzungen. Nach Ablehnung der Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes Zwentendorf gerieten die Großspeicher alpiner Wasserkraftwerke in den Blickpunkt der Diskussion: Maltatal, Dorfertal, Stubaital und Oberpinzgau seien genannt. Auch die Zwentendorf-Ersatzlösungen blieben nicht unangefochten: Im Fall Dürnröhrs bilden energiewirtschaftliche Fehler (Abwärmeeinnutzung) und negative Umweltauswirkungen (Emissionen Richtung Wien und Wienerwald) Hauptpunkte der Kritik. Der beschleunigte Ausbau der Donaukraftwerke Greifenstein und Hainburg erfuhr - ausgehend von Auwaldökologie und Naturschutz - eine sich verallgemeinernde Kritik, die derzeit in der sogenannten 'Hainburg-Diskussion' einen Höhepunkt findet.

Die Untersuchung des gewählten Fallbeispiels scheint mir aus einigen Gründen aufschlußversprechend, sowohl aus praktischpolitischen als auch aus wissenschaftlich-theoretischen Erwägungen.

Der "Fall Hainburg" ist eher am Rande wichtiger innenpolitischer Themen entstanden und hat sich 1983/84 zu einer symbolischen wie tatsächlichen Bedeutsamkeit entwickelt, in die ein Großteil der politischen Instanzen und Mandatsträger einbezogen wurde. Zum Jahreswechsel 1984/85 führte er auf eine seit Mitte der Fünfziger Jahre in der Zweiten Republik nicht mehr registrierte Eskalation eines an sich lokalen Konflikts.

Reformpolitisch ist der "Fall Hainburg" deswegen interessant, weil eine politisch-rationale Bewältigung des Konflikts im Raum östlich von Wien derzeit noch nicht gegeben und eine kurzfristige Lösung ohne "politische Kosten" wohl nicht möglich ist.

Schwerwiegend erscheint der durchaus absehbare Fortbestand des politisch krisenhaften Konflikts zwischen energietechnischem Ausbau und Natur- bzw. Umweltschutz, für den "Hainburg" ja nur ein bestimmter "Typ" ist, sodaß sich die Frage nach Bewältigungsformen für diesen Bereich stellt.

Offensichtlich resultieren die 'partiellen Wachstumsgrenzen' der Energiewirtschaft aus politischen Widerständen, und technische, betriebs- oder volkswirtschaftliche "Grenzen" spielen kaum eine Rolle. Nicht die natürliche Ressource "Wasserkraftpotential" ist in Österreich am Ende ihrer wirtschaftlichen Ausbaufähigkeit angelangt, sondern gegen die mit ihrem Ausbau verbundene Beanspruchung oder "Zerstörung" von "Landschaft" mobilisieren sich allerorts politische Gruppierungen.

In der politologischen Diskussion ist die "politische Legitimation" staatlichen Handelns ein über Jahre diskutiertes Thema gewesen. Wohlfahrtsstaatliche Leistungen, neben der Beschäftigungssicherung, insbesondere im Bereich der Sozialpolitik sowie Bildungs- und Gesundheitspolitik gelegen, galten als wichtigste legitimatorische Ebene. Seit einigen Jahren erhärtet sich die These, daß "Naturschutz und Umweltpolitik" zu einem weiteren, hervorragenden Bereich allgemeiner Legitimation staatlichen Handelns geworden ist.

Bei näherer Betrachtung der Verhältnisse läßt sich die Feststellung treffen, daß die Angelegenheiten des Natur- und Umweltschutzes im Rahmen des österreichischen, politisch-administrativen Systems ungenügend verankert sind. Während beispielsweise für die Beschäftigungs- und Sozialpolitik wichtige "Instanzen" der Arbeiterbewegung (SPÖ als Partei, Kammern für Arbeiter und Angestellte, Gewerkschaften, im ÖGB organisatorisch zusammen-

gefaßt) in den staatlichen und 'verstaatlichten' Bereichen politiksteuernd eingebunden sind, kann das für die "Ökologiebewegung" - was immer man sich im einzelnen darunter vorstellt - nicht gelten. Die traditionellen Naturschutzvereine, der amtliche Naturschutz (der Bundesländer) und ein Umweltschutzministerium sind überfordert. Weder institutionell-organisatorisch, noch verfahrensmäßig, noch bezüglich Personal- oder Mittelausstattung kann heute "Ökologie" ein kompromiß- und konsensfähiges "Gegengewicht" zur "Ökonomie" darstellen. Dies scheint in einer "reaktiven" und thematisch auf "Symbolfälle" bezogener "Verhinderungspolitik" zum Ausdruck zu kommen. Mit anderen Worten sollte damit gesagt werden, daß "ökologischer Funktionalität" im Handeln des politisch-administrativen Systems eine noch relativ geringe Bedeutung zukommt, oder auch, daß sie mehr auf der Zielebene als auf der Maßnahmenebene verankert ist.

Betrachtet man die "Konfliktrhetorik" im "Fall Hainburg" näher, dann kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß es auf der Ebene von "Ideologie" - also des (Selbst)verständnisses von Gesellschaft und Natur zu "Verständigungsschwierigkeiten" kommt. Offensichtlich herrscht in politischen und administrativen Instanzen eine bestimmte volkswirtschaftlich-sozialpolitische Sichtweise vor, die bezüglich einer (politisch)-ökologischen Betrachtungsweise, die beispielsweise in der Widerstandsszenerie zum Kraftwerk Hainburg oder allgemein in der "Ökologiebewegung" gegeben ist, dominiert. Beide Sichtweisen haben ihre Berechtigung, beide sind in bestimmten Bereichen "ideologisch" überzogen. Eine "Spaltung" dessen, was man unter Natur und Gesellschaft versteht, hätte weitreichende Konsequenzen: sie brächte Konflikte in Permanenz und hätte für staatliches Handeln eine bewußtseinsmäßige Disjunktion des legitimatorischen Bereichs zur Folge.

Der "Fall Hainburg" weist auf konkrete Unzulänglichkeiten der Planung und politischen Verarbeitung von Großbauvorhaben hin, die spannungs- und konfliktverursachend wirken. Oberflächlich gesagt gehören sicher die nahezu ausschließlich technisch-

wirtschaftlichen Planungen der Projektwerber ebenso zu diesem Problemkreis wie die gegenüber solchen Bauvorhaben überforderten Behördenverfahren. Allgemeiner betrachtet handelt es sich um das Problem der Abstimmung oder Koordination von verschiedenen Handlungs- bzw. Verfahrensprinzipien, die aus entsprechend unterschiedlich organisierten Subsystemen der Gesellschaft kommen:

- technisch/betriebswirtschaftliche Planung eines im wesentlichen privatwirtschaftlichen organisierten Projektträgers
- rechtlich festgelegte Verfahren in der gewisse Sachverhalte beurteilenden Verwaltung
- die von den Medien und von "politischen Aktionen" bestimmte Öffentlichkeit, die politische Dynamik im engeren Sinn.

Zielsetzung der Studie und Forschungsplan

Laut Anbot habe ich die Zielsetzung folgendermaßen festgesetzt:

- "- den Ablauf des Konfliktfalles Hainburg analytisch rekonstruieren und daraus Verallgemeinerungen ableiten, die von planungstheoretischem oder praktisch-reformrelevantem Interesse sind
- Erhebung und Beurteilung des derzeitigen Einflusses von Natur- und Umweltschutz zum angesprochenen Konfliktbereich, vor allem auf das Handeln des politisch-administrativen Systems im Kräftefeld der Sozialpartnerschaft
- sammeln und entwickeln von Vorschlägen, um einerseits der "Ökologie" frühzeitigeren und vermehrten Einfluß zu sichern und andererseits das staatliche Handeln in diesem Spannungsfeld konfliktfreier gestalten zu können."

Die empirische Kenntnis des Objektbereiches scheint mir trotz aller Veröffentlichungen und öffentlichen Stellungnahmen relativ gering. Seine Beschreibung und Strukturierung habe ich mir als Aufgabe für den Zwischenbericht gestellt, er hat im wesentlichen deskriptiven Charakter.

Nach J. FRIEDRICHS (1984, S. 107) umfaßt die Dimensionsanalyse und Modellkonstruktion vier elementare Schritte wissenschaftlicher Arbeit als Versuch, Realität kontrolliert in Aussagen zu rekonstruieren:

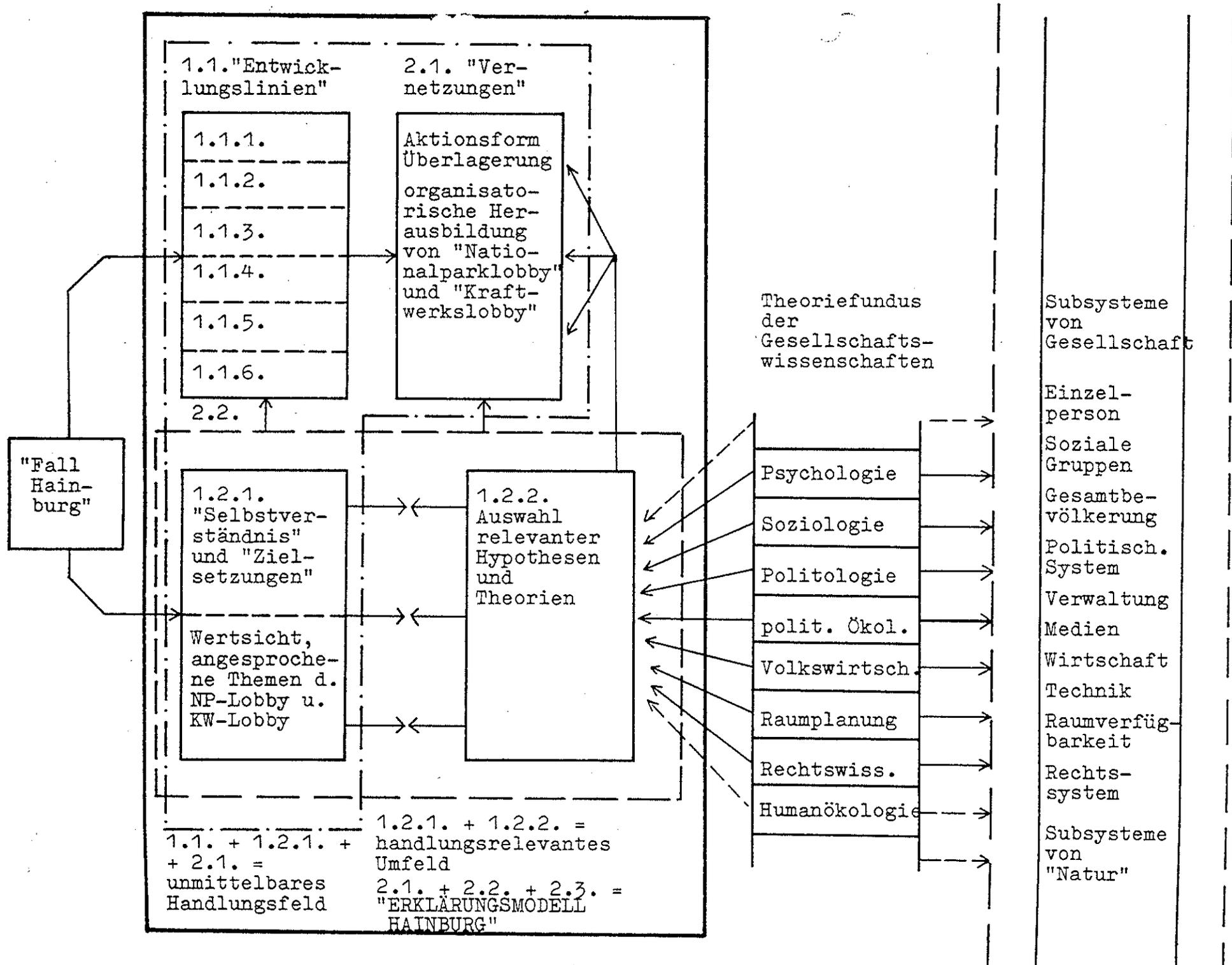
1. Die Analyse eines Objektbereiches auf seine grundlegenden Dimensionen hin,
2. die Isolation einzelner Erscheinungen und ihre Definition,
3. Formulierung von Aussagen über die Beziehungen zwischen den so isolierten Elementen und
4. die Formulierung von Regeln, die diesem Vorgehen zugrunde liegen."

Die vorliegenden Ausführungen beziehen sich vorwiegend auf die ersten beiden Punkte, ihr Theoriegehalt ist (noch) relativ gering. Mir kam es auf die Entwicklung einer problemementsprechenden Vorgangsweise an, die in der Übersicht zum Zwischenbericht festgehalten ist: "Entwicklungslinien", "Erklärungsmodell" und "Reformmodell" sollen in einem inneren Zusammenhang dargestellt werden. Zu den folgenden Ausführungen vergleiche auch den graphisch dargestellten, vorläufigen Forschungsplan.

Den "Fall Hainburg" habe ich versucht in zwei Bereichen zu lokalisieren: Als "unmittelbares Handlungsfeld" ist er einer empirisch erhobenen Beschreibung zugänglich. Das "handlungsbeeinflussende Umfeld" soll als Schnittstelle zu diversen Theorieansätzen und zur Modellkonstruktion des Fallbeispiels dienen.

Zu den "Entwicklungslinien" ist das Wesentliche in der "Chronologie" gesagt, die als weitgehend abgeschlossen gelten kann. Verallgemeinerungen sind im Kapitel 1.1. niedergeschrieben.

Das Kapitel 1.2. hat die Aufgabe, das "handlungsbeeinflussende Umfeld" zum "Fall Hainburg" zu orten und von Tendenzen allgemeiner Gesellschaftsentwicklung abzugrenzen. Dazu bieten sich zwei Ansatzpunkte an. Zum einen kann aus Programmen, Flugblättern, Werbe- und Informationsbroschüren eine Ableitung des "Selbstverständnisses" der Hauptakteure erfolgen. Problem-



sichten, Situationsbeurteilungen und Motivationen des Aktivwerdens einerseits und die angebotenen Lösungen, Forderungen oder Zielvorstellungen andererseits werden an den vorhandenen Unterlagen in systematischer Form erhoben. Dabei ergeben sich Bezugnahmen auf den "Fall Hainburg" selbst, aber auch eine Darlegung der weltanschaulichen, gesellschaftstheoretischen, interessengebundenen Werthaltungen.

Der zweite Ansatzpunkt zur Abgrenzung oder Definition des "handlungsbeeinflussenden Umfeldes" sind die vorhandenen Hypothesen und Theorie(teile) aus den Gesellschaftswissenschaften, zum Teil der "ökologischen" Wissenschaften, die auf den vorliegenden Konflikttyp, bzw. den "Fall Hainburg" selbst, angewendet werden können. Im wesentlichen kommen sie aus der Politologie, Soziologie, der Rechts- und Staatswissenschaften, der Psychologie, den Theorien der Raumplanung sowie der "Ökologie", und können mit einigen Stichworten umrissen werden: Planungstheorie und politische Planung, Verbände- und (Neo)- korporatismus-Diskussion, Neue soziale Bewegungen und Wertewandel, postindustrielle Gesellschaft und Kritik des Industrialismus, Staats- und Verwaltungsreform, Medienwissenschaft etc. Der Theoriefundus ist entsprechend groß, inhomogen und zum Teil unüberseh- sowie unüberprüfbar. Die Auswahl entsprechender Hypothesen erfolgt in Anlehnung an die von E. Matzner (1982) und G. Vobruba (1983), von W. Blaas und P. Henseler (1978) sowie L. Redl und H. Wösendorfer (1980) geäußerten theoretischen Vorstellungen, ergänzt um neuere Arbeiten, hauptsächlich aus Politologie und Soziologie.

Das Kapitel 1.2. kann als Versuch gesehen werden, die Empirie des speziellen Falles mit offenbar fallrelevanter Theorie über die Definition eines "handlungsrelevanten Umfelds" zu verknüpfen.

Die nähere Analyse und Beurteilung von Sachverhalten, Tendenzen und Beziehungen im "unmittelbaren Handlungsfeld" und im "handlungsbeeinflussenden Umfeld" sowie zwischen diesen soll zum "Erklärungsmodell", mit anderen Worten zur "Theorie des Konflikt-

fallens Hainburg" führen; dies soll in den Kapiteln 2.1. - 2.4. geleistet werden und ist derzeit in Vorbereitung. Als Leitgedanken dazu dienen mir die Ausführungen von F. VESTER (1983, S. 84-111), in denen er über die Erfassung komplexer Systeme und den Aufbau eines Sensitivitätsmodells nach kybernetischen Grundlagen berichtet.^{x)}

Bezüglich des 3. Kapitels, "Reformmodell", habe ich die in verschiedenartigsten Quellen in Reaktion auf "Hainburg" angesprochenen Reformvorstellungen oder -forderungen gesammelt und nach folgenden Aspekten geordnet:

- unmittelbar räumlich-thematisch auf "Hainburg" bezogen
- auf die Rahmenbedingungen des Handelns für den vorliegenden Konflikttyp bezogen
- auf allgemeine Aktivitäten des öffentlichen Sektors bezogen, die auf Natur- und Umweltschutz indirekt Einfluß ausüben.

Diese Sammlung soll zur Illustration dienen, wofür "Hainburg" symbolhaft steht; sie ist aus der Fallanalyse hergeleitet. Verständlicherweise müßten Reformmaßnahmen inhaltlich und zeitlich gebündelt werden (Kapitel 3.2.).

x) für die systematische formelle Erfassung der Aspekte. Inhaltlich sind Hypothesen 'Politische Planung', aus Politologie und Soziologie sichbestimmend.

ad. 1.) "ENTWICKLUNGSLINIEN"

Der "Fall Hainburg" reicht in seinem unmittelbaren Verursachungs-zusammenhang weiter in die Vergangenheit zurück als gemeinhin angenommen. Seine "latente Geschichte" beginnt bereits anfangs der Siebziger Jahre und spätestens seit 1978/79 lassen sich eindeutige personelle, thematische, regionale Entwicklungslinien verfolgen. Ab etwa diesem Zeitraum habe ich in einer "Chronologie" die unmittelbar auf das Gebiet oder das Thema bezogenen Geschehnisse aufgezeichnet, und zwar jeweils datumsbezogen. Diese Chronologie liegt handschriftlich weitgehend fertiggestellt vor und wird dem Endbericht als Anhang beigelegt.

Für jede dokumentierte Aktion wird der/die HANDELNDE(R), die konkrete AKTIONSFORM und ZIELSETZUNG/ZWECK festgehalten. Jede Aktion läßt sich relativ eindeutig einer der Entwicklungslinien gemäß den Punkten 1.1.1. bis 1.1.6. zuordnen.

ad. 1.1.1. Donaukraftwerke-AG: Kraftwerksplanung

- Festlegung des Stufenplans des Donauausbaus nach dem 2. Weltkrieg
- Mit der wasserwirtschaftlichen Studie (DoKW, 1976) wird die Zusammenlegung von zwei Staustufen zu einer erwogen
- Voruntersuchungen und Einleitung des Planungsprozesses zum Kraftwerk Hainburg: Vermessung, geologische und hydrologische Grundlagen 1981 bis 1983; Vorbereitung der Planungsinstrumente: Aufbau des mathematischen Grundwassermodells, Eichung des hydraulischen Hochwassermodells
- Zusammenfassung des Standes der Projektplanung zur Einreichung zwecks Erklärung zum bevorzugten Wasserbau im Mai 1983: Darstellung der Voruntersuchungen und Planungsgrundlagen; grundsätzliche wasserwirtschaftliche Projektplanung; exemplarische Darstellung der baulichen Ausführung des Hauptbauwerkes und der Rückstaudämme; prinzipielle Lösungen für Sonderprobleme (Donaubrücke, Heilquellen); grundsätzliche Skizze der ökologischen Folgen (Auwaldbeanspruchung) und von Kompensationsmaßnahmen; Variantenvergleich von drei Standorten des Hauptbauwerks
- Detaillierte Projektplanung der Variante Hainburg bis zur Einreichung um die wasserrechtliche Bewilligung Ende November 1983: technisch-konstruktive Planung des Hauptbauwerkes und der Begleitdämme; detaillierte wasserwirtschaftliche Planung auf Basis von Ergebnissen von Hoch- und Grundwassermodell (?);

Erstellung zusätzlicher Gutachten, einer vierten Variante ("Schwalbeninsel") und Stellungnahme zu einer extern angebotenen fünften Variante ("Röthelstein")

- ergänzende und erweiternde bzw. detaillierende Planungen im Jahr 1984; zusätzliche geologische AufschlieBungen; Beantwortung offener Fragen an die Wasserrechtsbehörde; diverse Rechtsgutachten; Planung ökologischer Begleitmaßnahmen (?); Bekanntgabe des Parteienkreises für die Wasserrechtsverhandlung

ad. 1.1.2. Landschafts- und Naturschutzplanungen im Donauraum östlich von Wien

Initiiert vor allem von Naturschutz- und Raumplanungsabteilungen der Bundesländer Wien und Niederösterreich.

1.Phase: Erste Studien für Naturschutzkonzepte im Donauraum, hauptsächlich im Auftrag der MA 18 zur Mitte der Siebziger Jahre:
H.MARGL, 1974; Bauer/Herzig/Winkler 1975, 1977; H.M.STEINER und H.MARGL, 1974/75 (?) und andere.

Diese Studien erfolgten zum Teil im Zuge der Donauinselplanung und als Reaktion auf die Bürgerinitiative "Zur Rettung der Lobau", die 1971/72 ihre Hauptaktivität entfaltet hatte. Die ersten Schutzkonzepte sind Basis der Unterschutzstellung der Lobau und Grundlagen der späteren Nationalparkplanung des gesamten Gebietes östlich von Wien.

2.Phase: Unterschutzstellung von kleineren und größeren Gebieten durch die Naturschutzbehörden von Wien und Niederösterreich

Jänner 1978: NSG Marchauen ; NSG Salzsteppe Baumgarten

Juni 1978 : NSG Lobau- Schüttelau- Schönauer Haufen

Oktober 1978: V-NSG, T-NSG, ISG Lobau (Wiener Lobauverordnung)

Oktober 1979: NSG Kleiner Breitensee

Im Dezember 1978 beauftragte der NÖ Naturschutz das Österreichisch Institut für Raumplanung mit der Abgrenzung des ISG Donau-March-Thaya-Auen und weiterer NSG

3.Phase: Landschaftsrahmenplanung unter regionalem Gesichtswinkel: Gemeinsame Raumplanungsaktivität der Bundesländer Wien, Niederösterreich und Burgenland (Planungsgemeinschaft Ost)

- zum Teil als Reaktion auf die relativ erfolglosen Raumplanungs-bemühungen (Koordination und Konsentierung von sektoralen Zielen und Maßnahmen für den Donauraum) der Österreichischen Räumord-nungskonferenz (ÖROK) interpretierbar (H.WÖSENDORFER und H.JUNG, 1981)

- Landschaftsrahmenplan Donauauen - Abschnitt Altenwörth - Wien: Arbeiten 1979/80; Planungsergebnisse im Juni 1980; August 1981 gedruckte Veröffentlichung (erstellt vom ÖIR im Auftrag der PGO)

ISG = Landschaftsschutzgebiet; NSG = Naturschutzgebiet;

V-NSG = Vollnaturschutzgebiet; T-NSG = Teilnaturschutzgebiet

PGO = Planungsgemeinschaft Ost; ÖIR = Österreichisches Institut für Raumplanung

- PGO/ÖIR: Landschaftsrahmenplan Donauauen - Abschnitt Wien - Hainburg

ab Frühsommer 1980 bearbeitet, das ganze Jahr 1981 hindurch; Ergebnisse Sommer 1982: Landschaftsbewertung Ökologie und Erholung; Prognose der potentiellen natürlichen Vegetation; Vorschläge für Landschafts- und Naturschutzgebiete; Untersuchung von sechs Standortvarianten eines Kraftwerks im Raum Hainburg/Petronell mit Grobbewertung nach ökologischen und ökonomischen Kriterien; Vorbehalte: Ergebnisse der geologischen Detailuntersuchungen; im Oktober 1982 an die Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz, für Land- und Forstwirtschaft, für Handel und Energie sowie für Bauten und Technik den Zwischenbericht gesandt und von diesen als Planungsgrundlagen anerkannt.

4.Phase, 1.Teil: - PGO/ÖIR: Raumordnungsgutachten über nationalparkwürdige Gebiete in der Länderregion Ost

1.Arbeitsabschnitt: seit September 1981 vorbereitet; Frühling 1982 Auftrag an das ÖIR; Zwischenbericht im Dezember 1982 dem Beschlußorgan der PGO (Bgm. Gratz, LH Ludwig, LH Kery) zur Kenntnis gebracht; Inhalt: rechtliche Begriffsklärung, Erfassung bestehender und geplanter Schutzgebiete; Bewertung der Schutzwürdigkeit der Ostregion; Abgrenzung und Zonierung von nationalparkwürdigen und anderen ökologisch bedeutsamen Gebieten sowie Erholungsräumen; Vorschläge für ein Realisierungsprogramm (Kooperationsmodell, Management, Finanzierung) skizziert; interner Schlußbericht August 1983

2.Arbeitsabschnitt: von Feber 1983 bis Oktober 1983 bearbeitet; Inhalt des internen Abschlußberichts: Definition eines konsentierten Nationalparkbegriffs; Kriterien und Begriffe zum Zonierungskonzept; Vorschlag von zwei Kooperationsmodellen nach den Ebenen: Rechtliche Verankerung, Finanzierung, Organisation und Management, räumliche Konzeption; Abschätzung des Finanzierungsbedarfs; Empfehlungen zum weiteren Vorgehen; am 19.12.1983 erfolgte der "Abwartebeschuß" des Beschlußorganes der PGO: Mit der weiteren Bearbeitung bis nach die Fällung einer Entscheidung über das Kraftwerk Hainburg zu warten;

Zum Kraftwerk Hainburg hat die PGO im Sommer 1983 eine Variante "Röthelstein" erarbeitet, die in die Überlegungen der Wasserrechtsbehörde einbezogen wurde.

ad. 1.1.3. Behördenverfahren zum Kraftwerk Hainburg

Bundesebene: Wasserrechtsverfahren

"Eckdaten":

- 19.Mai 1983: Antrag der Donaukraftwerke-AG zwecks Erklärung des Projekts zum Bevorzugtem Wasserbau
- 22.Dezember 1983: Erklärung des Projekts (Hauptvariante) zum Bevorzugtem Wasserbau durch die Oberste Wasserrechtsbehörde
- 29.November 1983: Antrag der Donaukraftwerke-AG auf wasserrechtliche Bewilligung der Hauptvariante
- 5.Dezember 1984: Erteilung der wasserrechtlichen Bewilligung durch die oberste Wasserrechtsbehörde
- 2.Jänner 1985: Aufhebung der wasserrechtlichen Bewilligung durch den Verwaltungsgerichtshof aufgrund von Beschwerden

Phasen und Aktivitäten der Obersten Wasserrechtsbehörde (WRB)

1.Phase: Interne Vorbereitung, informelle Kontakte und Agieren der WRB bis zur Antragstellung

- Empfehlung der Projektkoordination KW Hainburg und Marchfeldkanal im Jänner 1981
- Gespräche und Schriftverkehr mit der Arbeitsgruppe Donaulandschaft-Kraftwerksbau ab Feber 1982
- Kontakte zum künftigen Projektwerber
- öffentliche Äußerungen und Stellungnahmen des Bundesministers
- Vorbereitung der Beauftragung von ökologischen Gutachten (Zoologie: Prof.Steiner; Limnologie: Prof.Löffler; Vegetationskunde: Prof. Wendelberger)

2.Phase: Beurteilung des Projekts bezüglich der Erklärung zum Bevorzugtem Wasserbau

- Beauftragung von Fachgutachten zum Projekt über Hydrogeologie (Grundwasser und Heilquellen), Limnologie, Zoologie und ökologische Begleitmaßnahmen; andere ?
- Beauftragung/ Zulassung von zwei weiteren Standortvarianten: "Schwalbeninsel", Juni 1983; "Röthelstein", Oktober 1983;
- Einholen der Stellungnahmen von 33 Vertretern öffentlicher Interessen, September/Oktober 1983
- interne Beurteilung und Erstellung des Bescheides

3.Phase: Das Vorprüfungsverfahren zur Wasserrechtlichen Bewilligung und andere Aktivitäten der WRB vom Jänner 1984 bis zum 5.Dezember 1984

- Einleitung des Vorprüfungsverfahrens laut § 104 Wasserrechtsgesetz (WRG)
- Einrichtung der "Ökologischen Kommission Kraftwerk Hainburg" im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft (Sitzungen und Exkursionen dieser Kommission Jänner, Feber, April, Mai, Juli und November 1984, jeweils einmal
- Bestellung von Sondersachverständigen ab Anfang März 1984 (Liste vorhanden)
- Zusätzliches Gutachten über die Sohleneintiefung der Donau von Prof. Kresser , Juli - September 1984
- Aufforderung zur Parteienbekanntgabe und zur Beantwortung offener Fragen an die Donaukraftwerke-AG, August 1984
- Besprechung aller befaßten Behörden, der Amtssachverständigen und der Donaukraftwerke-AG, vier Tage lang Anfang Oktober 1984
- die Wasserrechtsverhandlung: Anrainerverhandlungen in vier Teilabschnitten, insgesamt 11 Tage im November 1984
- Erteilung der Wasserrechtlichen Bewilligung am 5.Dezember 1984

4.Phase: Aufhebung der Wasserrechtlichen Bewilligung durch den Verwaltungsgerichtshof am 2.Jänner 1984 und Vorbereitung eines entsprechenden Erkenntnisses

gegenwärtig noch laufend;

wesentliche Beiträge als Vorergebnisse einer Beurteilung in:
W.HAUER, Hainburg, rechtliche und rechtspolitische Aspekte,
Eisenstadt 1985

ad. 1.1.3. Behördenverfahren zum Kraftwerk Hainburg
Landesebene: Naturschutzverfahren

Phase 1: Naturschutzrechtliches Verfahren 1. Instanz

2. Dezember 1983: Ansuchen der Donaukraftwerke-AG um naturschutzrechtliche Bewilligung des KW Hainburg bei den Bezirkshauptmannschaften in Wien/Umgebung, Bruck/Leitha und Gänserndorf
- Koordination der drei Verfahren in der Landesamtdirektion
 - Heranziehung von vier Sachverständigen (Auswahlprozeß ?)

Prof. O. König - Zoologie für Bewilligung
Tepser - (Landschaftsbild) gegen Bewilligung
Gerl - Forstwirtschaft indifferent (?)
Dr. Burböck - für Bewilligung (?)

- Abwehr von Parteistellungen Dritter (Gemeinde Orth, Grundbesitzer)
20. Juni 1984: negativer Bescheid: die Bezirkshauptmannschaft Gänserndorf versagt die naturschutzrechtliche Bewilligung

Phase 2: Naturschutzrechtliches Verfahren 2. Instanz

5. Juli 1984: Berufung der Donaukraftwerke-AG in der BH Gänserndorf
12. Juli 1984: NÖ Landtag beschließt den Dringlichkeitsantrag, daß Landesrat Brezovsky über die Berufung selbst entscheiden solle;
- dieser beauftragt drei weitere Gutachten:
 - HR Dr. Nowotny - Energiewirtschaft
 - HR Dr. Schweiger - "gesamtökologisches" (?)
 - LR Brezovsky fordert einige Gutachten der Wasserrechtsbehörde an
26. November 1984: positiver naturschutzrechtlicher Bescheid für das KW Hainburg mit 31 Auflagen
15. Dezember 1984: Abweisung von Beschwerden, die eine übergangene Parteistellung im Verfahren behaupten, durch den Verfassungsgerichtshof und Weiterleitung an den Verwaltungsgerichtshof
28. Jänner 1985: Der Verwaltungsgerichtshof weist diese Beschwerden als unbegründet ab

ad. 1.1.4. Entwicklung von Widerstand gegen das Kraftwerk
und Befürwortung des Nationalparks

1.Phase: Traditioneller Auschutz und Ansätze lokaler Initiativen

- Traditioneller Auschutz im Zuge der Staustufenerrichtung und von Bemühungen zur Erhaltung der Donaulandschaft bereits seit Mitte der 50er Jahre; Naturschutzvereinigungen, Vertreter naturwissenschaftlicher Bereiche und von Naturschutzbehörden (vgl. z.B. E.Wendelberger, 1959; L.Machura, 1959; H.Grubinger, 1976; G.Wendelberger, 1976); verstärkte Bemühungen nach der Diskussion um den Ausbau der Wachau
- Ansätze lokaler Initiativen: "Zur Rettung der Lobau", beginnend 1969, Höhepunkt 1972/73; Aktivitäten der Wiener Naturschutzjugend; Tondiaschau "Grüne Wildnis am großen Strom"

2.Phase: Formierung eines lokalen Widerstands gegen das Kraftwerk (für Modifikationen) und für den Nationalpark Donau-March-Thaya-Auen in den Jahren 1979 und 1980

x)Eintreten

- Unterschriftensammlung, vom Lobaumuseum ausgehend
 - Informationsbedarf und Diskussion im Raum Hainburg/ Bad Deutsch Altenburg; 1.Hainburger Initiativen
 - Gemeindeversammlungen in Wirtshäusern im südlichen Teil des Marchfeldes, v.a. im 2. Halbjahr 1980; 1.Marchfelder Initiative
- Im allgemeinen wird Naßbauweise anstelle Trockenbauweise gefordert, und der Standort verschoben

3.Phase: Vernetzung und Verbreiterung: Zusammenwirken lokaler und fachlicher Initiativen im ersten Halbjahr 1981

- Seminar Donaulandschaft- Kraftwerksbau an der Universität für Bodenkultur (Initiative der Hochschülerschaft) Ende Jänner 1981
- Zusammenschluß von Vertretern der Naturwissenschaften aus den Fachbereichen Ökologie und Wasserwirtschaft zwecks Initiierung einer multidisziplinären Voruntersuchung zum Kraftwerk Hainburg (Standortvarianten)
- Formulierung eines gemeinsamen Programms der Vertreter der lokalen Initiativen
- Abflauen der Aktivitäten nach Erklärung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, er werde keine Rodungsbewilligung in der Stopfenreuther Au erteilen (Juni 1981)

4. Phase: Relative Aktivitätspause im 2. Halbjahr 1981 und im Jahr 1982

- sporadische Öffentlichkeit; einige Pro-Kontra-Diskussionen in mehr oder minder internen Rahmen
- Ende 1982 verstärktes Interesse und einige Organisationsansätze im Hintergrund

5. Phase: Erweiternde, wieder erstarkende Aktivitäten, zum Teil von neuen, "alternativen" Trägern ausgehend, von Jahresbeginn bis Mai 1983 ; Zielrichtung: Verhinderung des Kraftwerks

- Start der WWF-Aktion "Rettet die Auen" im Feber 1983
- Unterschriftenliste einer neuen, studentischen, Initiative im Marchfeld ab Feber 1983
- Energieseminar der Alternativen Liste und diverser Natur- und Umweltschutzgruppen in Zwentendorf im Feber 1983 (Vorwahlzeit Nationalratswahl)
- öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen und zunehmende Präsenz des Themas Hainburg in den Tageszeitungen

6. Phase: 1. Höhepunkte der "Hainburg - Diskussion" ab Bekanntwerden der DoKW-Planungen vom Mai 1983 bis Dezember 1983

- Zusammenschluß aller Initiativen und mehrerer Natur- und Umweltschutzvereine zur "Aktionsgemeinschaft gegen das Kraftwerk Hainburg" (Juni 1983)
- Unterstützungserklärungen und -bereitschaft seitens unterschiedlicher Gruppierungen (z.B. Ärztekammer, Vereinte Grüne, Frauenbewegung der ÖVP)
- die Mehrheit der Bürger Hainburgs unterschreibt eine Stellungnahme gegen das Kraftwerk Hainburg (Juli 1983)
- Mehrere Diskussionsveranstaltungen
- die Aktion der Kronenzeitung gegen das KW Hainburg (ab Hochsommer 1983 beherrschendes innenpolitisches Thema)
- "Krone-Fest" in Hainburg; Rennen Oxford-Cambridge auf der Donau
- Radfahr- und Schlauchbootaktionen (von Grünen und Alternativen) (Vorwahlzeit zur NÖ Landtagswahl)
- erste Rechtsgutachten, v.a. für die "Aktionsgemeinschaft"
- Podiumsveranstaltungen mit prominenten Politikern, Regierungsmitgliedern, Führungskräften der E-Wirtschaft, hpts. auf Universitätsboden (nach Boku auch Uni, Wirtschaftsuni und Biologiezentrum)

- Unterstützungserklärungen ausländischer Naturschutzorganisationen und Pressefahrten ausländischer Journalisten (F. Weber, Schweiz, Frankreich, Dez. 1983)
- "Aktionsgemeinschaft": Anträge auf Unterschutzstellung der "Unteren Donauauen"
- Resolution der Naturschutzsachverständigen an LH Ludwig
- Hainburg- Ausstellung an der Universität Wien
- Präsentation der Unterschriftenlisten gegen das KW Hainburg bei NÖ Landes- und Bundesregierung

30.12.1983 - 5.1.1984: Besetzung des "Sauhaufens" in Wien/Simmering zur Verhinderung der Rodungen; kein Erfolg

- Abflauende Aktivität nach "Sauhaufenrodung" und nach der Bevorzugungserklärung (Dez. 83/ Jänner 1984)

7. Phase: Ab März 1984 bis Ende November 1984: Überparteiliche, österreichweite Organisation im Rahmen des "Konrad-Lorenz-Volksbegehrens"; weitere Höhepunkte der Diskussion

- Protest der "Aktionsgemeinschaft" beim Europarat in Straßbourg (März 1984)
- Einbringen der "Konrad-Lorenz-Petition" in den Nationalrat durch 3 ÖVP-Abgeordnete
- die Jugendorganisationen aller drei Parlamentsparteien sprechen sich gegen den Bau des Kraftwerks Hainburg aus (April 1984)
- der Präsident des WWF-International ruft zum Schutz der Donau- und Marchauen auf
- "Pressekonferenz der Tiere"; Bildung eines überparteilichen Personenkomitees und Einleitung des "Konrad-Lorenz-Volksbegehrens" (Mai 1984)
- Öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen: "Künstler für die Au", "Schwur von Hainburg" (Mai 1984); "Dschungelfest", "Nationalparkerrichtung" (Juni 1984)
- diverse Pressekonferenzen (Österreichische UNESCO-Kommission, Vertreter deutscher Naturschutzverbände, Internationale Limnologische Gesellschaft ..)
- KLV-Symposium: "Umweltpolitik - Rettung der Zukunft" und WWF-Symposium "Nationalpark Donau-March-Thaya-Auen" (Anfang Oktober 1984)
- Aktion der Kronenzeitung: täglich Stellungnahmen Prominenter gegen das KW Hainburg und für den Nationalpark

8. Phase : Vorbereitung der Aubesetzung in Stopfenreuth, rechtliche Bekämpfung der positiven Bewilligungen und Verhinderung der Rodungsarbeiten, Dezember 1984/ Jänner 1985

- symbolische Besetzung des NÖ Landhauses nach Bekanntgabe des positiven naturschutzrechtlichen Bescheides, Ende Nov. 1984
- "Adventtreffen in der Au" bei Stopfenreuth 8.12.1984
- Verhinderung von Rodungsversuchen am 10., 11., 17. und (erfolglos) am 19. Dezember 1984
- Aufbau von ständiger Präsenz in der Stopfenreuther Au ("Lager"):
- Bekämpfung der Bewilligungen auf juristischer Ebene / 10.12.84 - 5. 1.85
- Verhandlungen mit der Regierung
- "Weihnachtsfriede" und Aufschub der Rodungsarbeiten

9. Phase: Konrad-Lorenz-Volksbegehren mit schwacher Beteiligung und "Nachdenkpause"

- lokale "Dankes"veranstaltungen
- Eintragungswoche des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens
- Eigenorganisation der engagierten Naturwissenschaftler im "Forum österreichischer Wissenschaftler für Umweltschutz"
- Vorstellung von Filmen und Herausgabe von Büchern über "Hainburg"
- gesamtösterreichisches "Auschützertreffen"
- Gründung der "Internationalen Hainburg-Bewegung" in der Schweiz
- Mitwirkung in der Ökologiekommission der Bundesregierung

Zusatz ad. 1.1.4.

Die 'Aktionen' der Kronenzeitung:

- 1.) Ab Juli 1983 die Aktion "Rettet die Donau" bis gegen Jahresende 1983; im Sommer Großplakate, Helnwein-Plakat .
- 2.) dann laufende Berichterstattung.
- 3.) "Argumentation für das Konrad-Lorenz-Volksbegehren", Artikelserie mit jeweils 2 Seiten im Mai/Juni 1984.
- 4.) Im Herbst 1984: "Deshalb bin auch ich für das Konrad-Lorenz-Volksbegehren": Aussprüche Prominenter; zur Jahreswende (Aubesetzung) auf Großplakaten.
- 5.) Zeit der Aubesetzung: Sensations- bzw. "Kriegs"-berichterstattung.

Ad. 1.1.5.: Durchsetzung/Befürwortung des Kraftwerks

Die Entwicklungslinie der Aktivitäten der 'Kraftwerkslobby' läßt sich am besten an der nachfolgend wiedergegebenen Veranstaltungsliste ablesen:

1. Phase: Grundsätzliche Bekräftigung des Baus des Kraftwerks
im Raum Hainburg und Informationsveranstaltungen:
Mai/Juni 1981

- 11. Mai 81: Resolution der Präsidenten der Arbeiter-, Handels- und Landwirtschaftskammer in NÖ zum vorrangigen Ausbau der Wasserkraft.
- 12. Mai 81: Informationsfahrt von AK und ÖGB auf der Donau unter dem Motto "Wirtschaft - Energie - Vollbeschäftigung."
- 2. Juni 81: DoKW-Direktoren Kobilka und Neiger: öffentliches Gespräch mit Vertretern des Bezirks Marchegg in Bad Deutsch Altenburg: Nur Trockenbauweise kommt in Frage.
- 25. Juni 81: DoKW-Direktoren: Informationsveranstaltung in der AK in Hainburg; BM Staribacher und Bürgermeister auf dem Podium.

2. Phase: nahezu Aktivitätspause vom Juli 1981 bis April 1983

3. Phase: Reaktion auf die Initiativen der 'Kraftwerksgegner'
ab Juli 1983: bis Juni 1984

- 31. Mai 83: Die Regierungserklärung der Koalition SPÖ - FPÖ beinhaltet ausdrücklich den Bau des Kraftwerks Hainburg.

Der Verein 'Sichere Energie - sichere Zukunft' stellt die DoKW-Varianten vor und tritt für Kontinuität der Beschäftigung ein.
- 13. Juli 83: Betriebsrätekonferenz in der NÖ Arbeiterkammer, betreffend das Donaukraftwerk Hainburg. Die Be-

etriebsräte der am Bau beteiligten Firmen sprechen sich gegen jede Bauverzögerung aus.

7. Nov. 83: Die Vollversammlung der NÖ Arbeiterkammer fordert eine rasche Entscheidung der Standortfrage, den gesamten Donauausbau zu realisieren und tritt für den Standort Hainburg bei Beachtung entsprechender ökologischer Begleitmaßnahmen ein.
23. Nov. 83: Die Interessensvertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer begrüßen (einen Tag nach der Bevorzugungserklärung) die prinzipielle Entscheidung für den Bau des Kraftwerkes Hainburg.
19. Jän. 84: Gemeinsame Konferenz der Interessensvertretungen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern in der NÖ Arbeiterkammer zum Thema Hainburg. Der österr. Arbeiterkammertag, die Bundeswirtschaftskammer, die Gewerkschaften Metall-, Bergbau und Energie sowie der Privatangestellten und die NÖ Arbeiterkammer unterstützen die forcierte Nutzung der Wasserkraft.
8. März 84: Pro-Hainburg Experten-Hearing der "Niederösterr. Nachrichten": hps. Gutachter der Österr. Donaukraftwerke-AG (Schöpf, Blind, Makovec, Wagner, Niesner).
17. Mai 84: Große Pro-Hainburg-Demonstration in Wien; 40.000 Teilnehmer auf dem Heldenplatz in Wien; Redner u. a. Benya und Hesoun; veranstaltet von den sozialistischen Gewerkschaften und diversen Firmenleitungen.
5. Juni 84: Die Sozialpartner veranstalten ein Expertengespräch zum Donaukraftwerk Hainburg und zum Ausbau der Wasserkraft in den Sofiensälen in Wien.

4. Phase: Aktionen während und nach der Aubesetzung

17. Dez. 84: Betriebsrätekonferenz in der Amtsstelle Hainburg der NÖ Arbeiterkammer: ungef. 1.000 Teilnehmer;

Resolution für Baubeginn, Appell an die Medien, objektiv zu berichten und Ersuchen um politische Unterstützung.

6. Jän. 85: Das ÖGB-Präsidium spricht sich für den umweltschonenden Bau eines Kraftwerkes bei Hainburg aus.
22. Feb. 85: Betriebsrat der DoKW kündigt Kampagne mit Flugblättern und Plakaten an. Ein Stand über 'Freizeit beim Kraftwerk' auf der Wiener Freizeitmesse muß geschlossen werden.

Zu den aufgezählten Veranstaltungen kommen laufend:

- Artikel, vor allem in den Medien der Arbeitnehmer: AZ, Welt der Arbeit, Solidarität, AK-NÖ-Nachrichten
- Werbungen in den Tageszeitungen
- mindestens zwei Plakataktionen: "Heimisch an unseren Stauseen" (Mai/Juni 1984) und "Strom aus Wasserkraft = umweltfreundlichste Energie"

ad. 1.2. und 2.2.

"Einflußbereiche"

Alle im unmittelbaren Handlungsfeld und im handlungsrelevanten Umfeld angesprochenen Themen und Bereiche von 'Gesellschaft' und 'Natur' sind in der Liste als 'Einflußbereiche' erfaßt.

Sie sind in die Gruppen: 1. Wirtschaft/Beschäftigung, 2. Bevölkerung/Humanökologie, 3. Naturhaushalt/-schutz, 4. Planung/Verfahren/Verwaltung sowie 5. Politik und Öffentlichkeit eingeteilt.

Diese Liste ist die Grundlage folgender Darstellungen:

1. Die in Programmen der 'Lobby Nationalpark' und der 'Lobby Kraftwerk' angesprochenen 'Motive' und 'Zielsetzungen'
2. Eine Gegenüberstellung der Hauptaussagen beider Lobbies
3. Das Einbringen von Hypothesen und Theorieteilen aus diversen Fachbereichen, die für den vorliegenden Fall von Bedeutung oder Interesse sind
4. Die Darstellung der Auswirkungen von 'Kraftwerk' und 'Nationalpark' auf 'Ökologie' und 'Ökonomie' aus Sicht der beiden Lobbies.

Im Zusammenhang mit den Überlegungen aus den 'Entwicklungslinien und -phasen' soll anhand dieser Ergebnisse das "Erklärungsmodell" formuliert werden.

1. WIRTSCHAFT

- 1.1. Energiewirtschaft
- 1.2. Handel und Verkehr
- 1.3. Bauwirtschaft
- 1.4. Industrie
- 1.5. Landwirtschaft
- 1.6. Forstwirtschaft
- 1.7. Fremdenverkehr
- 1.8. Beschäftigung/Arbeitsmarkt
- 1.9. Öffentliche Finanzen (Haushalte)
- 1.10. Außenwirtschaft, Handelsbilanz

2. POLITISCH-ADMINISTRATIVES SYSTEM

- 2.1. Legislative
- 2.2. Exekutive
 - 2.2.1. Bundesexekutive
 - 2.2.2. Gerichtsbarkeit
 - 2.2.3. Landesexekutive
 - 2.2.4. Gemeindeorgane
- 2.3. Verwaltungsgerichtshof
- 2.4. Verfassungsgerichtshof
- 2.5. Rechnungshof
- 2.6. Politische Parteien
- 2.7. Sozialpartner (öff. Interessensvertr.)
- 2.8. Vereine/Verbände
- 2.9. Bürgerinitiativen
- 2.10. Universitäten

3. MEDIEN/ÖFFENTLICHKEIT

- 3.1. Zeitungen
- 3.2. ORF

4. BEVÖLKERUNG/HUMANÖKOLOGIE

- 4.1. Psychologie Einzelperson
- 4.2. Schichtung/Gruppenbildung
- 4.3. Einstellungen (Befragungen)
- 4.4. Gesundheit und Wohlbefinden
- 4.5. Erholung, Freizeit, Sport
- 4.6. Bildung und Ausbildung
- 4.7. Hochwasserschutz
- 4.8. Trinkwasserversorgung
- 4.9. Abwasserentsorgung

5. NATURHAUSHALT/-SCHUTZ

- 5.1. Gewässer
- 5.2. Gestein und Boden
- 5.3. Luft und Atmosphäre
- 5.4. (Regional)klima
- 5.5. Lebewesen (Artenschutz)
- 5.6. Au(wald), Biotopschutz
- 5.7. Landschaftsbild
- 5.8. Ökotechnische Maßnahmen
- 5.9. Rechtlicher Naturschutz

Die vollständige Liste ist als Anhang beigefügt.

Ad. 1.2.: Entwicklungen im handlungsbeeinflussenden Umfeld

ad. 1.2.1. Problemsichten, Situationsbeurteilungen sowie Forderungen und Zielvorstellungen in den Werbematerialien der "Lobby Nationalpark"

1. Teil: Die Informationsmittel der Nationalpark-Lobby

In der zweiten Hälfte der 70er Jahre lag an schriftlichen Informationen die 1. Auflage des Buches "Grüne Wildnis am großen Strom" von Prof. Elfune Wendelberger vor, das in Anekdoten den Jahresgang der Vegetation in der Au, die Entstehung und Verhältnisse des Auwaldes, die Wunderwelt der Altwässer, über Vögel, Forstwirtschaft und Probleme in den Auen, sowie deren Schutzbedürftigkeit schreibt. Das Buch ist ein Ergebnis der bis zu seinem Erscheinen mehrfach veröffentlichten Artikel, die E. Wendelberger schon seit den 50er Jahren in verschiedenen Naturschutzmedien geschrieben hatte.

Die gleichnamige Diaschau, die R. Golebiowski und G. Navara mit Diamaterial aus der Lobau für das Institut für Umweltwissenschaften und Naturschutz zusammengestellt hatten, war das in Veranstaltungen bis 1983/84 wohl am häufigsten eingesetzte visuelle Medium. In Aufbau und Argumentation hält sich die Diaschau eng an E. Wendelberger's Buch. Vermutlich haben sie mehrere tausend Veranstaltungsbesucher gesehen.

Ansonsten dienten einige vegetationskundliche Artikel, z. B. H. Margl, in "Naturgeschichte Wiens" (1972), der fachlichen Information über die Auwälder. Eine beschränkte Verbreitung fanden einige hpts. von der Magistratabteilung 18 im Zuge der Donauinselplanung, bzw. der Vorbereitung des Naturschutzgebietes Lobau dienende Studien (siehe 1.1.2., 1. Phase).

Im Wiener Bereich des 'traditionellen Naturschutzes' (Naturschutzbund, behördl. Naturschutzvertreter etc.) fand die Broschüre "Ökosystem Auwald" von Prof. Gustav Wendelberger, herausgegeben vom Bundesministerium für Wissenschaft und

Forschung (Sept. 1975) weite Verbreitung: In ihr werden in einer systematischen Form sämtliche Nutzungsanforderungen an die Auen und damit deren allseitige Bedrohung aufgezählt.

Das erste lokale Informationsmittel über die zu erwartende Staustufe im Raum Bad Deutsch Altenburg/Hainburg erstellte G. Redl anhand der vorliegenden wasserwirtschaftlichen Studie der Donaukraftwerke-AG (1976) angesichts der bereits ein Jahr andauernden Diskussion im Oktober/November 1980, vornehmlich zur Information des Hainburger Gemeinderates. Die 30-seitige vielfältigte Broschüre enthält folgende Themen: Grundsätzliche Zusammenhänge zwischen Grundwasser, Strom und Vegetation; Geschichte der Baumaßnahmen an der Donau östlich von Wien; Bemerkungen zur Notwendigkeit eines Donaukraftwerkes; Technische Aspekte des Kraftwerksbaus (Naß- und Trockenbauweise); Begleitmaßnahmen zum Kraftwerksbau; Kritik an der derzeit geübten Baupraxis; erforderliche Maßnahmen zur Erhaltung der Donauauen; Vorstellung und Diskussion der von der DoKW skizzierten Varianten; Vorschlag einer eigenen Variante (zum landwirtschaftlich genutzten Gebiet verschoben).

Ein Aufsatz von H. Jung und H. Wösendorfer (1979) über Ökosystem Auwald und Donaukraftwerke fand in einigen hundert Kopien Verbreitung in der einschlägigen Ausschuttszene; er beschreibt das unterschiedliche Bild der Stromlandschaft vor und nach dem Kraftwerksbau, die wirtschaftliche Bestimmtheit des Donaauraums, den Wert der Naturlandschaft für die naturnahe Erholung und bietet einen relativ umfassenden Katalog zum Ausschutts an.

Die Ergebnisse des Seminars "Donaulandschaft - Kraftwerksbau" vom 30. Jänner 1981 werden in den BoKo-Blättern 3/4, 1981 veröffentlicht und in 2.000 Exemplaren vor allem an Studenten, Professoren und Absolventen der Universität für Bodenkultur versandt. Nachdrucke im Ausmaß von zweimal 1.000 Exemplaren werden im einschlägigen Interessentenkreis ab Juli 1981 bis Ende 1982 verteilt. Sie bleibt für diese Phase das wichtigste Informationsmittel und beinhaltet folgende Themen: Augewässer

aus limnologischer Sicht, Auszüge aus den obgenannten Arbeiten von G. Wendelberger (1975), G. Redl (1980), H. Jung und H. Wösendorfer (1979), einen von der Arbeitsgemeinschaft Donaulandschaft - Kraftwerksbau ausgearbeiteten Katalog: "Faktoren der Beeinträchtigung der Aulandschaft und Ziele zu ihrer Erhaltung" und einen Bericht zum Stand der Aktivitäten zur Erhaltung der Aulandschaft.

Im Sommer 1982 gestalteten R. Golebiowski und G. Navara den farbigen Umweltschutzkalender 1983 der Österr. Gesellschaft für Natur- und Umweltschutz mit dem Thema: Auen östlich von Wien: Kraftwerk oder Naturpark? Er wurde in 4.000 Exemplaren an die 33 Mitgliedsvereine und den einschlägigen Interessentenkreis verteilt.

Eine der "werbenäßig" erfolgreichsten bunten Broschüren: "Darum geht's jetzt in Hainburg" versandte und verteilte die "Bürgerinitiative gegen das Kraftwerk Hainburg" in einigen tausend Exemplaren im Mai 1983 im Raume Hainburg/Bad Deutsch Altenburg. Sie beschränkte sich auf wenige (Durchsetzungs)argumente und ein übertriebenes, aber deutliches Vor-Augen-Führen der Auswirkungen des geplanten Kraftwerkes. Der spezielle Informationsgehalt dieser Broschüre ist gering anzusetzen.

Neben die bisher vorhandenen Informations- und Werbebroschüren der sich nun herausbildenden 'Lobby Nationalpark' traten im Sommer 1983 die "Information des WWF zum Kraftwerk Hainburg" (13 Seiten, vervielfältigt).

Aufgrund der hitzigen Diskussion und vieler überzogener, falscher und einseitiger Darstellungen faßte die "Aktionsgemeinschaft gegen das Kraftwerk Hainburg" (Hrsg.) in ihrer 66-seitigen Broschüre über das Projekt Donaukraftwerk Hainburg alle Argumente in parteiischer, aber sachlicher Form im Februar 1984 zusammen. Die 1. und 2. Auflage in der Höhe von 8.000 Exemplaren wurden ab März im Verlaufe des Jahres 1984 verkauft. Schwerpunkte sind bezüglich des energiepolitischen Argumentationsrahmens, der Natur und Landschaft, den wasserwirtschaft-

lichen Problemen und der Bewilligungsverfahren gesetzt.
Für 1984 kann sie als wichtigster Informationsträger gelten.

Die Ergebnisse der eintägigen Expertendiskussion am 30. Jänner 1984 über Kraftwerk Hainburg und Nationalpark Ost an der Akademie für Umwelt und Energie in Laxenburg wurden im Juni 1984 (B. Gabriel u. a.; Hrsg.) veröffentlicht und beinhalten die wichtigsten Pro- und Kontra-Stellungnahmen der Fachleute der Konfliktpartner. Der Bericht übte vermutlich auf das Naturschutzverfahren 1. Instanz eine nicht unerhebliche Wirkung aus; das Buch ist ab Sommer 1984 auf dem Buchmarkt erhältlich.

Im Frühjahr 1984 erschien ein farbbebildertes panda-EXTRA des World Wildlife Fund-Österreich, das auf 20 Seiten die Schönheit der Aulandschaft nach den Stichworten "Wasser", "Dickicht", "Idylle", "Vielfalt", "Gezeiten", "Fernweh, Sehnsucht und Paradies", "Erlebnis, Erholung und Freizeit" vor Augen führte. Sie wurde in rund 20.000 Exemplaren verteilt und verschickt.

Für das Konrad-Lorenz-Volksbegehren (KLV) gab G. Nennung im Juni 1984 eine Sondernummer des FORUM (Nr. 366) heraus, welche alle inhaltlichen und programmatischen Überlegungen zum KLV aus der Feder engagierter Mitglieder des Personenkomitees präsentierte. Insbesondere wurden die Grundzüge eines Konzepts zu "Arbeit und Energie" vorgelegt, ein 3-jähriges Waldrettungs-Investitionsprogramm als Alternative zum Kraftwerksbau vorgestellt (H. P. Aubauer), der Text des Volksbegehrens im einzelnen erläutert, das "Ende der Kompromisse" angekündigt (B. Löttsch) und die Notwendigkeit "grüner Politik" begründet.

In der BRD erschien im selben Zeitraum ein Heft der Serie "draußen" des HB-Verlages über "Österreichs Donauauen". Neben dem Neusiedlersee wurden die Auen als zweites Naturgebiet Österreichs einem größeren deutschen Publikum in dieser Reihe präsentiert.

Insgesamt erfuhren die Auen an Donau und March durch die gesamte Hainburgdiskussion eine Imageaufwertung, die für das Jahr 1984

dazu führte, daß zwei weitere Farbbildbände über sie erschienen: LANGTHALER, 1984 und R. GAYL und I. ERKIN, 1984. Insbesondere letztere verkaufte sich nach Aussagen von Buchhändlern im "Weihnachtsgeschäft" 1984 besonders gut.

Knapp nach der Aubesetzung (Anfang Februar 1985) erschien eine überarbeitete 3. Auflage der Broschüre der 'Aktionsgemeinschaft gegen das Kraftwerk Hainburg', diesmal von der ÖH der Universität für Bodenkultur organisiert.

Über die Au-Besetzung selbst erschienen bislang zwei Bücher: Hainburg - ein Basisbuch, März 1985, und G. Nennung/A. Huber, Die Schlacht der Bäume, Hainburg 1984, welche die Geschehnisse aus Sicht der Aubesetzer zusammenfaßt.

Außer der Diaschau: "Grüne Wildnis am großen Strom" wurden immer wieder Diazusammenstellungen anderen Personen vorgeführt. Video kam kaum zum Einsatz, obwohl Aufzeichnungen der Filme, die der ORF-Fernsehen sandte (Film vom B. Lötsch über die Jugend von Konrad Lorenz im Spätsommer (?) 1984; Film von B. Vacha: "Streifzüge durch die Auen" am 15. August 1983; Film v. T. Brandstaller in FS 1 am 10. Juli 1984; mehrere Kurzsendungen), gelegentlich in privaten Kreisen vorgeführt wurden.

Insgesamt gelang es der 'Lobby Nationalpark', ein beachtliches Medienpotential zu aktivieren, eine nicht zu übersehende Meinungsbildung in einem Teilsektor von "Öffentlichkeit" zu erreichen und das Image der Naturlandschaften an Donau, March und Thaya deutlich zu heben. Der Höhepunkt dieser Prozesse schien gerade im Sommer/Herbst 1984 erreicht worden zu sein.

ad. 1.2.1.

2. Teil: Auswertung der Forderungsprogramme der 'Lobby Nationalpark'

Die verschiedenen Initiativen "Zur Rettung des Auwaldes", "Gegen das Kraftwerk Hainburg" etc. haben in teils unterschiedlicher Form ihr "Selbstverständnis" und ihr "Forderungsprogramm" präsentiert: Als Flugblatt zu Veranstaltungen, als Text zu Unterschriftenlisten usw. Die angesprochenen Themen und die Vorschläge zur Lösung der Probleme oder Konflikte haben sich im Zeitverlauf der Hainburg-Diskussion verändert. Anhand eines Themenkatalogs (angesprochene Bereiche) sind derartige Werbemittel der 'Lobby Nationalpark' aus dem Zeitraum zwischen Februar 1980 und Anfang 1984 ausgewertet worden. Es zeigen sich verschiedene Tendenzen: Mit "Rettung des Auwaldes" (Naturschutzziele) und der Forderung nach Bau- oder Standortmodifikationen des Kraftwerks bleibt man anfangs in einer mehr oder minder fallbezogenen Argumentationsweise, die einen Konsens von Nationalparkerrichtung und Kraftwerksbau nicht ausschließt. Anfang 1983 zeichnet sich die Entweder-Oder-Argumentationsweise ab, die von einer Erweiterung des Diskussionspektrums auf Energie- und Beschäftigungspolitik im Sinne "alternativer Zielsetzungen" begleitet ist. Im Zeitablauf ist ein bestimmter "Lernprozeß" feststellbar: Abstrusitäten werden weggelassen, ökologische Begleitmaßnahmen werden genauer definiert, eine Auslese energiepolitischer Argumente findet statt, eine Angleichung der Forderungen usw.

Mit dem Zeitpunkt des organisatorischen Zusammenschlusses der Initiativen in der "Aktionsgemeinschaft gegen das Kraftwerk Hainburg" (Juni 1983) tritt die Ausdifferenzierung einer bestimmten, relativ einheitlichen Sichtweise und des gemeinsamen Forderungsprogramms zutage. Man präsentiert "Weltbild" und die wichtigsten Werthaltungen, die Argumente sind auf die Schwächen der gegnerischen Sichtweise konzentriert, "überspielen" eigene Schwachpunkte oder nennen sie nicht, usw. Ebenso wie sie zu diesem Zeitpunkt (Herbst 1983) organisatorisch als 'Lobby

Nationalpark' zu orten ist, kann ihre Programmatik als relativ einheitlich und festgefügt bezeichnet werden.

- 1.) Verband für Umweltschutz und Gesundheitssport, ungef. Febr. 1980; Beilage zu Unterschriftenlisten.

Der Schutz der Aulandschaft im Rahmen eines Nationalparks steht im Vordergrund. Die Erhaltung der Natur und ihrer Nutz- wie Erholungsfunktionen für den Menschen sind angesprochen. Mit Naßbauweise anstelle Trockenbauweise, ökologischen Begleitmaßnahmen und speziellen Vorkehrungen beim Bau soll ein optimaler Ausschutzz erreicht werden. Standortverschiebungen oder ein generelles 'Nein' zum Kraftwerk werden nicht angesprochen.

- 2.) 1. Marchfelder Bürgerinitiative; zum Jahreswechsel 1980/81; 10-Punkteprogramm gem. Marchfelder Nachrichten vom 22. Jänner 1981.

Ausschutz und Nationalpark werden gefordert, ein Kraftwerk wird prinzipiell abgelehnt. Interessen der Landwirtschaft und des Naturschutzes stehen im Vordergrund; die plakativ-einfachen Formeln beziehen sich nicht auf konkrete gesellschaftliche, wirtschaftliche Forderungen und haben zum Teil einen antistaatlichen, antiindustriellen Charakter.

- 3.) Alternative 1892: Flugblatt zur Versammlung am 18. Oktober 1980 in Hainburg; "Zum Schutz der Gesundheit der Bevölkerung und zur Erhaltung der Schönheit des Landschaftsbildes".

Die Verschiebung des Standortes einige Kilometer stromauf und die Schaffung eines Nationalparkes zum Zwecke des Ausschutzes und für Erholung bzw. Fremdenverkehr stehen im Vordergrund; Konnex zu konservativen psychohygienischen Vorstellungen ist gegeben (siehe Anm. 7).

- 4.) Bürgerinitiative der Bewohner Hainburgs, Bad Deutsch Altenburgs und der betroffenen Marchfeldgemeinden gegen den Bau des Donaukraftwerkes mit Standort Hainburg, für den Bau des Donaukraftwerkes oberhalb von Bad Deutsch Altenburg; ungef.

Mai 1981; Grundsatzerklärung und Rahmenforderungskatalog. Das Papier ist auf ganz konkrete Forderungen hin orientiert und faßt die bisherigen lokalen Forderungskataloge in vereinfachter Form zusammen; auf Details ist weniger Wert gelegt als auf die klare Begründung von Auschutz und Erhaltung des kulturbedingten Landschaftsbildes; Abstrusitäten und nicht der Realität entsprechende Feststellungen und Forderungen sind ausgemerzt. Ein bemerkenswerter Schwerpunkt liegt in der politischen Forderung für ein Mitspracherecht der Bürgerinitiativen sowie von unabhängigen Experten schon im Stadium der Planung (siehe Anm. 8).

- 5.) Hochschülerschaft an der Universität für Bodenkultur in Wien; Hörerinitiative: Zerstörung der Donauauen; im Jahr 1982 (?), Beilage zu Unterschriftenlisten.

Die genauesten Beschreibungen der negativen ökologischen Auswirkungen eines Kraftwerkes im gegebenen Raum von allen bisherigen Papieren! Ansonsten eine Auflistung bisheriger Argumente. Zeitliche Verschiebung des Baus, Standortvariante und Naßbauweise als Forderung betrachtet, soferne es nicht möglich ist, das Kraftwerk Hainburg überhaupt zu verhindern. Die Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes sind ziemlich genau skizziert.

- 6.) Initiative Marchfeld zur Rettung der Donau-March-Auen, W. Macho, Mannsdorf; Anfang 1983; Beiblatt zur Unterschriftenliste.

Gefordert wird eindeutig die Schaffung des Nationalparks Donau-March-(Thaya)-Auen und der Verzicht auf ein Kraftwerk in diesem Raum. Alternative Energiepolitik (z. B. Abwärmennutzung von Dürnrrohr etc.), ein fremdenverkehrs-wirtschaftlicher Aufstieg durch die Nationalpark-Schaffung sind neben dem Aulandschaftsschutz (auch für kommende Generationen) die wichtigsten Motive. Auzerstörung und Bedrohung der Landwirtschaft im südlichen Marchfeld werden auf den Bau des Kraftwerkes, unabhängig von Begleitmaßnahmen (die nicht

mehr zur Diskussion gestellt werden), bezogen, Plakative, übertreibende, z. T. sachlich falsche Feststellungen. Problemsicht und Forderungskatalog unterscheiden sich wesentlich von den vorangegangenen Programmen der Jahre 1980 und 1981.

- 7.) Bürgerinitiative gegen den Bau des Donaukraftwerkes bei Hainburg; Mai 1983; bunte Broschüre an alle Haushalte in Hainburg; verteilt bei Veranstaltungen und beim Unterschriften-sammeln.

Konzentriert auf die Verhinderung des Kraftwerkes gerichtet; mit Bildvergleichen "vorher - nachher" werden die Auswirkungen der Kraftwerkerrichtung verdeutlicht (Bepflanzung, alte - neue Stromlandschaft; Stauhöhe). Zwei "griffige" Argumente, die die geringe Stromnachfrage und den geringen Beschäftigungsgrad skizzieren und drei Bilder über die derzeitige (kulturell)-landschaftliche Einmaligkeit lassen diese Broschüre zum vermutlich erfolgreichsten lokalen Werbemittel der Bürgerinitiative werden; verteilt nach Bekanntwerden der konkreten Planungen der DoKW im Einreichprojekt. Standortverschiebungen, ökologische Begleitmaßnahmen und Nationalpark werden nicht (mehr) angesprochen.

- 8.) Alternative Liste: Das Donaukraftwerk Hainburg ist für die Stromversorgung nicht notwendig; Flugblatt im Sommer 1983.

Die dreifache Zielsetzung "Kein Donaukraftwerk", "Errichtung des Nationalparks" und "Verbindliche Konzepte für eine sinnvolle Energiepolitik" steht im Vordergrund. "Alternative" Energie- und Beschäftigungspolitik stellt den Orientierungsrahmen, Naturschutzaspekte werden einige aufgegriffen, ohne (noch) besonders betont zu werden. Das Flugblatt stammt aus der Vorwahlzeit zur NÖ Landtagswahl.

- 9.) Kraftwerk Hainburg, eine Information des WWF; 13-seitige Broschüre; Sommer 1983.

Mit diesem Papier ist der Umbruch der Sichtweise vollzogen. Die Ablehnung des Kraftwerkes und Realisierung einer um-

Angesprochene Themen in diversen Materialien der 'Lobby Nationalpark'^{x)}

	1.)	2.)	3.)	4.)	5.)	6.)	7.)	8.)	9.)	10.)
1. WIRTSCHAFT										
1.1. Energiewirtschaft										
1.1.1.1. Donaukraftwerk Hainburg										
1.1.1.1.1. Standort/Baustelle	x ¹⁷⁾		x ¹⁹⁾ xx	x ¹⁷⁾ x ¹⁹⁾ xx	x ¹⁷⁾ x ¹⁹⁾ xx	x ¹⁸⁾			x ¹⁸⁾	x ¹⁸⁾
1.1.1.1.2. Stauraum	x									
1.1.1.1.3. technische Probleme					x		x		x	
1.1.1.1.4. Ablehnung des Baus		xx			x	xx ¹⁰⁾	xx	xx	xx ¹⁶⁾	xx
1.1.2. Energiepolitik										
1.1.2.1. Bedarfseinschätzung						x	x	x	x	x
1.1.2.2. Sparmaßnahmen								x		x
1.1.2.3. "alternative" Investition						x		x xx ¹¹⁾	x x	x xx
1.1.2.4. Tarifpolitik								x	x	x
1.2.1. Schifffahrt/Rhein-Main-Donaukanal								xx ¹²⁾	x	
1.3. Bauwirtschaft		x ²⁾						x ¹³⁾	x ¹⁴⁾	
1.5. Land- und 1.6. Forstwirtschaft	x	x x ⁶⁾			x x ⁹⁾	x				
1.7. Fremdenverkehr					x ⁹⁾	x				
1.8. Beschäftigung, Arbeitsmarkt		x ³⁾				x	x	x	x x	
2. POLITISCH-ADMINISTRATIVES SYSTEM										
2.2.4.4.2. Begutachtung, Sachverständige									x ¹⁵⁾	
2.9.2. Mitsprache, Anhörung				x						
4. BEVÖLKERUNG/HUMANÖKOLOGIE										
4.4. Gesundheit, Wohlbefinden	x		x ⁷⁾		x					

	1.)	2.)	3.)	4.)	5.)	6.)	7.)	8.)	9.)	10.)
4.5. Erholung, Freizeit, Sport										
4.6. Bildung und Ausbildung										
4.7. Hochwasserschutz					x				x	
4.8. Trinkwasserversorgung	x	x			x	x		x	x	x
5. NATURHAUSHALT/-SCHUTZ										
5.1.1.1. Oberflächengewässer (Gütestauraum)					x	x		x	x	
5.1.2. Grundwasser	x	x			x	x		x	x	x
5.1.3. Heilquellen Bad Deutsch Altenburg				x				x	x	x
5.3.1. Luft, Atmosphäre		x			x		x			
5.4. Regionalklima	x	x	x		x	x			x	x
5.5. Tier- und Pflanzenwelt	x	x	x		x		x		x	x
5.6. Au(wald), Biotopschutz	x	xx	x	x	xx	x ²⁰⁾		x	x	x ²⁰⁾
5.7.1. Bild der Kulturlandschaft	x		x	x	x					
5.7.2. Bild der Naturlandschaft	x			x	x	x			x	x
5.8. Ökotechnische Maßnahmen		x			x					
5.8.1. Sohleneintiefung Donau									x	
5.8.2. Dotierung, Grundwasser		x			x					
5.8.3. Hochwasserüberströmung		x			x					
5.8.4. "Gießgang", "Altarmaktivierung"					x					
5.9. Rechtlicher Naturschutz										
5.9.1. Internationale Naturschutzabkommen								x	x	x
5.9.2. Nationalpark Donau-March-Thaya-Auen	xx	xx	xx	xx	xx	xx		xx	xx	xx

I = Problemsichten, Situationsbeurteilungen und Motivationen des Aktivwerdens

II = Forderungen, Zielvorstellungen, angebotene Lösungsmöglichkeiten

x = angesprochen

xx = betont

Quellen:

- 1.) VUG, Febr. 1980
- 2.) Marchfelder Bürgerinitiative, Dezember 1980
- 3.) Alternative 1892; Hainburg, Oktober 1980
- 4.) Bürgerinitiativen Hainburg und Marchfeld, Mai 1981
- 5.) Studenteninitiative an der Universität für Bodenkultur, 1982 (?)
- 6.) (2.) Marchfelder Initiative zur Rettung der Donau-March-Auen, Jänner/Februar 1983
- 7.) Bürgerinitiative gegen den Bau des Kraftwerkes Hainburg, Mai 1983
- 8.) Hochschülerschaft und Alternative Liste (2 identische Flugblätter), Herbst 1983
- 9.) WWF-Aktion "Rettet die Au", Sommer 1983
- 10.) Flugblatt des Österr. Naturschutzbundes, Anfang 1984.

fassenden Schutzkonzeption in Form eines Nationalparks sind die Hauptforderungen. Neue Argumente: Der überaus große, zerstörerische Flächenbedarf des Kraftwerkes, die Problematik der Wassergüte im Stauraum, die unabschätzbare Gefährdung der Heilquellen. Auf die neuen internationalen Schutzabkommen wird verwiesen. Die Arbeitsplatzargumente und energiepolitischen Argumente der Kraftwerksbefürworter werden ebenso zurückgewiesen, wie der Sachzwang, der aus der Schifffahrt entstehen soll (Rhein-Main-Donau-Kanal). Die Sohleneintiefung als angebliche Gefährdung des Auwaldes wird bezweifelt. Deutlich zeigt die Broschüre das Eingehen auf Durchsetzungsargumente der "Befürworter", die vor allem aus dem Gesichtswinkel einer "alternativen" Energie- und Beschäftigungspolitik zu entschärfen versucht werden. Vor diesem Hintergrund wird "Hainburg" aus einer Standortfrage (Kompromisse mit Ausschutz möglich) zur Grundsatzfrage: 'Naturschutz' ist wichtiger als 'Volkswirtschaft'!

- 10.) Nationalpark Donau-March-Auen oder Kraftwerk Hainburg? Für Naturschutz und eine vernünftige Energiepolitik; 2-seitiges Flugblatt des Österr. Naturschutzbundes; Anfang 1984.

Die aufgegriffenen Argumente sind eine griffige Zusammenfassung von 8.) und 9.). Selbstverständnis und Forderungen sind durch die Aktionsgemeinschaft ausgearbeitet und "standardisiert"; ebenso die Gegenargumente zu den issues der DoKW und E-Wirtschaft.

Anmerkungen:

- 1) "verwaltet durch ein Kollegium von bewährten Wissenschaftlern".
- 2) "Das verschuldete Österreich kann sich den Kraftwerksbau wirtschaftlich gar nicht leisten".
- 3) "Das Kraftwerk bringt keine Arbeitsplatzsicherung".

- 4) "Wir wollen keinen totalen Industriestaat mit Luft- und Wasserverschmutzung".
- 5) "Gesetze zum Spromsparen müssen geschaffen werden".
- 6) "Das Marchfeld muß als Kornkammer Österreichs erhalten bleiben".
- 7) "Gefährdung der Jugend. Die Naturentfremdung ist erwiesenermaßen die Keimzelle für Jugendkriminalität und Rauschgiftsucht. Die Zerstörung der Urlandschaft auf dem linken Donauufer von Hainburg würde wesentlich zur Förderung der Naturentfremdung beitragen".
- 8) "... man ein unabhängiges Expertengremium in engster Zusammenarbeit mit Bundes- und Landesregierung einrichtet, dem schon im Planungsstadium dieses Projekts ein Mitspracherecht auf demokratischer Basis eingeräumt wird, daß man auch der Bürgerinitiative bei den geplanten Vorhaben ein Mitspracherecht auf demokratischer Basis einräumt".
- 9) "eine gezielte Grenzlandförderung für das Marchfeld und das östliche Weinviertel".
- 10) "Rettung dieser Au-Landschaft für die nachfolgenden Generationen vor dem drohenden Untergang durch den Bau des Kraftwerkes Hainburg/Petronell".
- 11) "Verbindliche Konzepte für eine sinnvolle Energiepolitik in Österreich!"
- 12) "Für die Donauschifffahrt ist die Staustufe Hainburg nicht notwendig!"
- 13) "Arbeitsplatzsicherung durch Umweltzerstörung ist so wie Arbeitsplatzsicherung durch Rüstung. Letzten Endes richtet sich die Bedrohung gegen die arbeitenden Menschen zuallererst!"
- 14) Wirtschaftliche Notwendigkeit bestritten.

- 15) Seriosität der Variantenuntersuchung durch die DöKW wird bezweifelt.
- 16) "Hainburg ist keine Standortfrage, sondern eine Grundsatzfrage."
- 17) anderen oder modifizierten Standort gefordert.
- 18) zerstört große Teile der wertvollsten Auegebiete direkt.
- 19) zeitliche Verschiebung sinnvoll erachtet.
- 20) Erhaltung Naturwerte für Nachwelt/nachfolgende Generationen.

ad. 1.2.1.

Von der 'Kraftwerks-Lobby' angesprochene Themen

Folgende Materialien der Österr. Donaukraftwerke habe ich ausgewertet:

- 1.) Die in periodischen Abständen seit den Sechziger Jahren herausgegebene Broschüre "donaustrom" (und zwar Ausgabe 1981);
- 2.) die Bilddokumentation über den österreichischen Donauausbau: "Strom und Landschaft" (Ausgabe 1977);
- 3.) die Broschüre: "Donaukraftwerk Hainburg. Ökonomie + Ökologie. Ein Modell überlegten Umweltschutzes";
- 4.) die Broschüre: "Aulandschaft und Kraftwerksbau. Ökotechnik am Beispiel der Staustufe Greifenstein" (1984) des "Gießgang"-Projektanten der DoKW (St. Allerstorfer);
- 5.) die Broschüre: "Naturschutz am Scheideweg zwischen statischer und dynamischer Auffassung" von H. Margl. (Schriftenreihe Ökologie 1 der DoKW; 1984);
- 6.) die Faltbroschüre: "Warum Hainburg? - Darum Hainburg!" (Herbst 1984).

Über die Zahlen der Auflagen konnte ich bisher keine Angaben einholen.

ad 1.) Hauptzweck der Broschüre ist die Vorstellung der Donaukraftwerke nach Hauptbauwerk, Kraftanlage, Schleusenanlage, Stauraum, technische Daten, und zwar: Ybbs-Persenbeug, Aschach, Wallsee-Mitterkirchen, Ottensheim-Wilhering, Altenwörth, Abwinden-Asten. Neben einer Einleitung, in der die energiewirtschaftliche Bedeutung der Donau herborgehoben wird (in älteren Ausgaben ausführlicher dargestellt), sind folgende Kapitel beinhaltet: Stauräume - Erholungsräume, Belebung des Fremdenverkehrs, für das ökologische Gleichgewicht (Fischbesatz), Beweissicherung durch Klimastationen. Sachliche Information und aussagestarke bunte Bilder stehen im Vordergrund, die legitimationswirksame Argumentation ist allgemein gehalten und nicht explizit ausgebaut.

- ad 2.) Eine großformatige Bildbroschüre mit wenig Text; im Vordergrund stehen Vorher-/Nachhervergleiche von Baustellenzustand und Wiederbegrünung, Landschaftsaufnahmen von Staurationstufen, die durch den Bau entstandenen Freizeit- und Badeanlagen, hpts. in Schotterteichen, und Bootshäfen sowie Fischteiche. Die für den Menschen nutzbare und schöne Erholungslandschaft an Donaustauräumen wird präsentiert.
- ad 3.) Diese Broschüre ist erstmals im Oktober 1983 erschienen und sie ist als "Gegnerwerbung" zur erwähnten Schrift der "Bürgerinitiative gegen das Kraftwerk Hainburg" vom Mai 1983 konzipiert. Sie ist vermutlich die in den Jahren 1983/84 am häufigsten verteilte Werbe- und Informationsbroschüre für das Kraftwerk Hainburg und faßt erstmals alle öffentlich diskutierten Themen aus Sicht der DoKW zusammen.
- ad 4.) Der Projektant des "Gießganges" im Tullnerfelder Auwald entlang der Staustufe Greifenstein stellt das Projekt in Wort und Bild vor. Allgemeiner Tenor: Nur durch moderne wasserbauliche Projekte, durch ökotechnische Maßnahmen kann ein Großteil der Auengebiete in einem lebensfähigen Zustand erhalten werden. Diese Maßnahmen erhalten den Wasserhaushalt und stellen die Lebensbedingungen für Fauna und Flora im Auwaldgürtel sicher. Durch ein großzügiges Netz von Begleitmaßnahmen ist es gelungen, nicht nur die Absenkungstendenzen im Grundwasser zum Stillstand zu bringen, sondern bessere Wachstumsbedingungen für den Auwald zu schaffen. Die bebilderte Beschreibung des technischen "Gießgang-Projekts" steht im Mittelpunkt, ökologische Feststellungen sind allgemein gehalten und in Form von "Erwartungen" formuliert.
- ad 5.) Eine Kritik von Naturschutzgesetz und -anwendung steht im Vordergrund: "Natur ist voll Dynamik und Naturschutz folgerichtig aktiv, gestaltend und regelnd zu betreiben. Er kann sich nicht reaktiv, konservierend und bewahrend

erschöpfen. Das geltende Naturschutzgesetz ist im wesentlichen statisch, es wird zusehends "totes Recht". Alternative, Destruktive und Grüne maßen sich über den amtlichen Naturschutz Rechte an und verunsichern den Staatsbürger in seinem Demokratieverständnis," (Auszüge). Untertitel: "Zwietracht bei der Auslegung der Grundbegriffe des Naturschutzes", "Ein starres Gesetz - über der lebendigen Landschaft", "Versagen bei der Vollziehung des Naturschutzes" etc.; ausführlich werden die bis zum geplanten Kraftwerksbau bereits geschehenen Denaturierungen der Aulandschaft durch die 1. Regulierung, den Marchfeldschutzdamm und durch die zivilisatorische Nutzung vor Augen geführt; sozusagen als Gegengewicht zur "Urwald"-Behauptung der KW-Gegner. Die Verträglichkeit von Kraftwerksbau und Erhaltung des Ökosystems Auwald wird argumentativ unterstützt.

ad 6.) Die Faltbroschüre faßt bündig alle Argumente, die für ein Kraftwerk Hainburg sprechen, nach der Gliederung "Energie", "Wasserstraße" und "Umweltschutz" zusammen. Ohne Bilder; sozusagen zum "Einstecken".

Im wesentlichen ergänzen sich die Spektren der Argumente; jede Broschüre hat eine unterschiedliche Funktion: Darstellung des Donauausbaus und der Staustufen; Darstellung des Landschaftsbildes und der Erholung an Stauräumen; die wichtigste ökotechnische Maßnahme zum Ausschutzz und zweimal eine zusammenfassende Argumentation gegen die Angriffe der Kraftwerksgegner. Eine Broschüre behandelt die Probleme des Naturschutzrechts, die zwiespältige Auffassung von Naturschutz und baut das "Urwald"-Image der Auen ab.

Auffällig ist, daß der Nationalpark Donau-March-Thaya-Auen kein einzigesmal erwähnt wird, daß auf Argumente der "alternativen" Energiepolitik nicht eingegangen wird, daß die Erhaltung der Heilquellen in Bad Deutsch Altenburg nicht detailliert behandelt wird, daß die "Sohleneintiefung" als strategischer Argumentationsschwerpunkt zur Entschärfung der Argumente der KW-Gegner verwendet wird.

Angesprochene Themen in den Informations- und Werbebroschüren
der Österreichischen Donaukraftwerke-AG

	1.	2.	3.	4.	5.	6.
<u>1. WIRTSCHAFT</u>						
1.1. Energiewirtschaft	xx	x	xx			x
1.1.1.1. Kraftwerk (Hainburg)			x			x
1.1.1.1.1. Standort/Baustelle	xx		x			
1.1.1.1.3. techn. Probleme			x			
1.1.1.1.4. Ablehnung des Baus						
1.1.1.1.5. Planung des Kraftwerks		x				x
1.1.2. Energiepolitik	x		xx ²⁾			x
1.1.2.1. Bedarfseinschätzung						x
1.1.2.5. Produktionsmenge	x		x			x
1.1.2.6. Substitution kalorische Stromproduktion	x		x			
1.1.2.7. Wasserkraftnutzung als Strategie (kostenloser Betrieb)	x					xx
1.2. Schifffahrt, Rhein-Main-Donau-Kanal	x		x			xx
1.3. Bauwirtschaft und 1.4. Industrie			x			x
1.5. Landwirtschaft			x			x
1.6. Forstwirtschaft				x		
1.7. Fremdenverkehr	x	x				
1.8. Beschäftigung/Arbeitsmarkt	x		xx			x
1.9. Öffentl. Finanzen und 1.10. Handelsbilanz			xx			x
<u>4. BEVÖLKERUNG/HUMANÖKOLOGIE</u>						
4.1. Psychologie Einzelperson			x			
4.2. Schichtung			x			x
4.4. Gesundheit, Wohlbefinden				x		
4.5. Erholung, Freizeit, Sport	x	xx	x			
4.6. Bildung und Ausbildung			x	x		
4.7. Hochwasserschutz	x		x			x
4.8. Trinkwasserversorgung						x
4.9. Abwasserentsorgung	x	x				

	1.	2.	3.	4.	5.	6.
<u>5. NATURHAUSHALT/-SCHUTZ</u>	x	x	xx	x	x	x
5.1.1.1. Oberflächengewässer (Güte)		x	x	x		x
5.1.2. Grundwasser	x			x		x
5.1.3. Heilquellen Bad Deutsch Altenburg			x			x
5.2. Gestein und Boden			xx			
5.3.1. Luft, Atmosphäre	x		xx ³⁾			
5.4. Regionalklima	x					
5.5. Tier- u. Pflanzenwelt (Artenschutz)	x	x	xx	x		
5.6. Au(wald), Biotopschutz			xx	xx	x	x
5.7.1. Bild der Kulturlandschaft	x	xx	x	x	x	
5.7.2. Bild der Naturlandschaft		x			x	
5.8. Ökotechnische Maßnahmen	x	x	xx	xx ⁴⁾	x	
5.8.1. Sohleneintiefung Donau			xx	x	x	x
5.8.2. Dotierung, Grundwasser			x	xx	x	
5.8.3. Hochwasserüberströmung			x	xx		x
5.8.4. "Gießgang", "Altarmaktivierung"			x	xx		x
5.8.5. Stauraumgestaltung	xx	x				
5.9. Rechtlicher Naturschutz					xx	
5.9.1. Internationale Abkommen					x	

- 1.1.1.1. "Ein Modell überlegteren Umweltschutzes"; umweltfreundliche Mehrzweckanlagen; Saubere effektivere Energie aus Laufwasserkraft"; größtes Wasserkraftwerk Österreich; unverzichtbarer Bestandteil des koordinierten Kraftwerksausbauprogramms; das "Plus" überwiegt".
 - 1.1.1.1.1. landschaftsgerechte Baustelle; Baustelle ist vorübergehender Eingriff in die Landschaft; Bauzeit auf 30 Monate reduziert; Belästigung angrenzender Wohngebiete vermieden.
 - 1.1.1.1.3. Anhebung der Donaubrücke ist kein Problem; Verkehr bleibt aufrecht.
 - 1.1.1.1.5. Landschaftsschutz und Erhaltung des ökolog. Gleichgewichts als wesentlicher Bestandteil des Gesamtkonzepts; im Vergleich mit allen anderen Varianten ist KW Hainburg die "auschonendste".
- 1.1.2. Vorteilhafter europäischer Energieverbund.
 - 1.1.2.1. Stromverbrauch ist steigend; Langzeitbetrachtung im Vordergrund.
 - 1.1.2.4. preisgünstige Bereitstellung von Grundlastenergie; kostenlose Rohenergie; Beitrag zur Stabilisierung der Stromerzeugungskosten, mit ansteigender Bedeutung.
 - 1.1.2.5. Bedeutung des Potentials angegeben; 26% der öffentl. Stromversorgung; mehr als 2 Mrd. KWh jährlich aus kostenloser Laufwasserkraft.
 - 1.1.2.6. 1 Mrd. elektr. KWh = 250.000 t Heizöl schwer; "Rückzug aus dem Erdöl" als Strategie.
 - 1.1.2.7. sicher verfügbare Energie; innerösterreichischer Versorgungsausgleich; Österreichs große energie-wirtschaftliche Chance.
- 1.2. Verpflichtung zur Donaukonvention; Donau = leistungsfähige Wasserstraße; moderne Wasserstraße, Standortvorteil Wiener Wirtschaft (Umschlagplatz); Befahrbarkeit für Seeschiffe und Großschubverbände.

- 1.3. Aufträge für Österreichs Bauwirtschaft; 90% der Investition an inländische Firmen; hoher inländischer Wertschöpfungsanteil.
- 1.5. Grundwasserprobleme auch wegen Selbsteintiefung der Donau; Verhinderung der Grundwasserabsenkung kommt LW des Marchfeldes zugute.
- 1.6. Grundwasser ist Basis der Forstwirtschaft.
- 1.7. Fremdenverkehrsentwicklung der Ufergemeinden von Stauräumen (Grein); lokale Bade- und Campingplätze.
- 1.8. 1200 DoKW, 1300 Baustelle und indirekte APL; Sicherung von 2000 APL in der Bauwirtschaft, von 6000-7000 APL in Elektro-, Stahl-, Maschinenbau etc; beachtenswerter Beschäftigungseffekt mit 9000 APL.
- 1.9. internat. Stromverbund volkswirtschaftlich vorteilhaft; Jahresproduktion der Donau wäre 7,5 Mrd. öS Devisen für importiertes Heizöl; Umweltschutz nur aus funktionierenden Wirtschaftszweigen zu finanzieren.
- 4.1. Grundsätzl. Sinnhaftigkeit des KW-Baus (materielles Wachstum) ist gegeben.
- 4.2. "extrem gruppenegoistischer Propaganda-Aufstand gegen den Wohlstand" den KW-Gegner angemerkt; Angstparolen und unsachliche Behauptungen der KW-Gegner.
- 4.5. Staubfreie Wanderwege; Bootshäfen für Wassersport; Schaffung neuer Erholungsräume, Herstellung von Badeteichen und FKK-Geländen; Uferpromenanden; Campingplätze. Altraum bei KW ist beliebtes Erholungsgebiet.
- 4.6. Forschungsauftrag an Prof. O. König zur Erarbeitung ökologischer Grundlagen des wissenschaftlichen Naturschutzes.
- 4.7. totaler Hochwasserschutz von Stauraum-Ufergemeinden; insbes. von Bad Deutsch Altenburg.
- 4.8. Sicherung der Versorgung Wiens wird garantiert.

- 4.9. Sanierung von Abwasseranlagen im Zuge des KW-Baus; Neuerrichtung solcher.
- 5. Ökologie und Donauausbau stehen zueinander nicht in Widerspruch.
- 5.1.1.1. Bewahrung durch (Um)bau von Abwasserbeseitigungsanlagen; Oberflächensäuberung durch Entfernen des Rechenguts; Erhaltung Augewässer durch "Gießgang"; Gewässergüte im Stauraum wird nicht verschlechtert.
- 5.1.2. Optimale Sicherung des Grundwasserstandes durch Dotation; Betrieb vieler Hydrostationen; Verbesserung der Grundwasserverhältnisse der Auen durch "Gießgang"; Grundwasserabsenkung wird verhindert.
- 5.1.3. Sicherung der Heilquellen nicht näher argumentiert; Heilquellen werden in Bestand und Ergiebigkeit gesichert.
- 5.2. geolog. "Sachzwang" der Verlegung des gestauten Donaubettes.
- 5.3.1. Stromproduktion ohne Abgase; Verminderung der Emissionsbelastung durch Substitution von kalor. Stromproduktion
- 5.4. Klima-Beweissicherung (Wachau): Regionalklima nicht nachteilig beeinflusst.
- 5.5. Fischbesatz der Stauräume (in Stück und Mio. öS. angegeben); zahlreiche Wasservögel; Fischbesatz führt zu höheren Populationen; Stauräume sind bevorzugte Winterrastplätze für Wasservögel, wird besonders hervorgehoben.
- 5.6. Auschutz durch Kraftwerksbau¹⁾; Beeinträchtigung des Auwaldes durch viele zivilisatorische Nutzungen historisch bestimmend; "Urtümlichkeit" ist nicht gegeben.
- 5.7.1. DoKW positiver Faktor der Landschaftsgestaltung; Verwendung von Naturstein (Kaimauern); Renovierung (Eau)denkmäler; harmonische Einfügung des Hauptbauwerks.

- 5.7.2. Schönheit von Stauraumufern und Donau-Durchbruchstätern wird gezeigt; Aulandschaft ist Ergebnis der Landeskultur des Menschen.
- 5.8. Anlage von Neupflanzungen; Raumbegrünungen; Tenor: "Nur das Kraftwerk rettet längerfristig die Au"; Begrünung siehe 2.7.; Ökotechnische Maßnahmen = dynamischer Umweltschutz.
- 5.8.1. Sohleneintiefung ist Austrocknung der Au; Stauhaltung verhindert weitere Versteppung der Au¹⁾; Sohleneintiefung wird verhindert.
- 5.8.2. Verbesserung der Grundwassersituation durch Dotierung.
- 5.8.3. gezielte Hochwasserüberflutung der Auen ist möglich; Einbeziehung bisher 'abgedämmter Auen' angeboten.
- 5.8.4. Bewässerungssystem ist geplant; "Gießgang" beim KW Greifenstein ist ein überzeugendes Modell.
- 5.8.5. Baustellen und Dämme werden begrünt und bepflanzt.
- 5.9. Naturschutzgesetz ist statisch, dynamischer Naturschutz ist zeitgemäß; Umweltverträglichkeitsprüfung allgemein gefordert.
- 5.9.1. Breiter Spielraum Österreichs bei der Vertragserfüllung wird betont; fragwürdige Mitwirkung militanter Naturschützer.

1) "Nicht die Errichtung eines Kraftwerkes, welches einmal eine begrenzte Grundfläche beansprucht, wäre genereller "Auwaldmord", sondern das tatenlos hingegenommene Siechtum, die fortschreitende Austrocknung der wertvollen Feuchtbiotopgebiete über ein oder zwei weitere Jahrzehnte hin. Eine Stauhaltung bei Hainburg stoppt also das fortschreitende Absinken des Grundwassers und verhindert die weitere Versteppung dieses Gebietes." (S 11 f.).

2) "Mehr als 10 Milliarden Kilowattstunden wurden 1982 in 7 Donaukraftwerken als "Donaustrom" erzeugt, ohne Verbrauch

eines teuren Energieträgers, ohne Rauch, Abgase oder sonstige Umweltverschmutzung. Wollte man nur eine Milliarde KWh davon durch Strom aus einem Wärmekraftwerk ersetzen, wäre dafür die Verbesserung von rund 250.000 t Heizöl schwer erforderlich. Abgesehen von den Importkosten für diese Menge (750 Mio. öS.), gewiß kein Weg in eine gesündere Umwelt." (S. 23).

- 3) Bei 80% Substitution von Wärmekraft könnte durch das KW Hainburg die Schadstoffbelastung der Wiener Luft um 10.700 t Schwefeldioxid und 3.300 t Stickoxide verringert werden.
- 4) "Maßnahmen, die ein weiteres Absinken des Grundwasserspiegels verhindern, Grundwasserschwankungen bewirken und öftere Einleitungen von kleineren und mittleren Donauhochwässern in das Augebiet ermöglichen." (S. 1).

ad. 1.2.2. und 2.2.

Theorieteile und "Erklärungsansätze"

Zur Zeit liegt eine handschriftliche Sammlung von Stichworten, Ideen zu Erklärungsansätzen und Zitaten vor, die sich auf jene Quellen beziehen, die in der vorläufigen Literaturliste angegeben sind.

Einige der wichtiger erscheinenden Ansätze seien nachfolgend skizziert:

POLITIK, nach G. VOBRUBA, 1983:

Die "Politik des kleinsten gemeinsamen Vielfachen" führt zur Überrepräsentanz quantitativer und kompromißfähiger Ansprüche und zur Ausgrenzung qualitativer Konfliktstoffe (G. Vobruba, 1983, S. 39).

Es kam in Österreich durch die vorherrschende Politikproduktion zur zunehmenden "Gettoisierung des Konflikts" mit definierten und allgemein akzeptierten Problemfeldern:

"Felder, in denen die konfliktorische Austragung divergierender Interessen (noch) zugelassen ist, werden vorab definiert. Ihre Grenzen bemessen sich an systemischen Funktionserfordernissen" (G. Vobruba, 1983, S. 161).

Durch technokratisch verkürzte Politik wurden "diffuse, quer zu Klassengrenzen liegende Konfliktpotentiale geschaffen" (a. a. O., S. 167).

"Hainburg" als unbesetztes Handlungsfeld

"Sozialpartnerschaft" ist ein funktionierendes System mit relativ exakt definierten Themen, Handlungsformen und Handelnden.

Der "Hainburg-Widerstand" mit seiner Vielzahl von (in Vernetzung begriffenen) Akteuren und unterschiedlichen Aktions-

formen stößt in einen nicht näher definierten, organisatorisch nicht abgedeckten gesellschaftlich-politischen Raum vor; er eignet sich dort das Definitionsmonopol politischer Themen an.

Gruppenspezifische Auflösung von "Systemerhaltung als Sachzwang"

Solange die Option der "Funktions-Eingeschlossenen" für die gegebenen Verhältnisse als faktisch alternativlos angesehen wird, erscheint Systemerhaltung als Sachzwang (G. Vobruba, 1983, S. 177).

In den letzten Jahren wurden auch in Österreich (z. T. über den deutschen Buchmarkt vermittelt) "Alternativen" entwickelt: z. B. Energiepolitik, Verkehrspolitik, Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik, Bildungspolitik, aber auch bezüglich Lebensweise und individuellem Rollenverständnis.

Für die von "Alternativen" erfaßten Gruppen hat sich damit der Sachzwang zur Systemerhaltung gelockert, bewußtseinsmäßig und z. T. bezüglich ihrer sozialen Stellung. Daher ist für sie die bestehende Sozialpartner/Regierungspolitik nicht alternativlos, auch wenn viele "Alternativen" unklar oder ungeprüft sind oder sich als nicht 'realitätstüchtig' erwiesen haben.

Damit ergibt sich auch ein gruppenspezifisch zunehmender Bedarf nach "alternativer Politik".

Deutungsmuster zur Konfliktpolarisierung

Ist "Hainburg" zumindest zum Teil ein Konflikt zwischen den in die "Systemerhaltung", "Funktionseingeschlossenen" und den "Funktionsausgeschlossenen"? Zu letzteren gehörten jene unterhalb, außerhalb oder oberhalb des "normalen Arbeitsmarktes" befindlichen Gruppen: Professoren, Starjournalisten, Künstler; Studenten, Mittelschüler; politisch 'radikale' Randgruppen u. a.

Bürgerinitiative "Ermutigung zum politischen Handeln"!

Im Konfliktfeld von Natur und Energieausbau ist eine personell und organisatorisch faßbare "Tradition" feststellbar:

Lobau → Sternwarte → Donauinsel → Zwentendorf → Kamptal → Reichraming → Sauhaufen → Hainburg, könnten als verschiedene Stufen dieses Prozesses aufgefaßt werden, denen 'Erfolgscharakter' zuzusprechen wäre.

Von Basisinitiativen zur Bürgeraktion!

Ab einem gewissen Zeitpunkt wurde aus den Bürgerinitiativen (reaktiv, Druck auf Zuständige) eine Bürgeraktion, welche Tendenzen der Inanspruchnahme von Entscheidungskomponenten zeigte: z. B. mehrmals die Rituale einer "Nationalpark"-Gründung praktiziert; dann die "Aubesetzung" (vgl. A. Pelinka, 1980, S. 28).

Demokratische oder antidemokratische Basisinitiativen?

- elitär sind die Menschen, die die Basisinitiativen organisieren und artikulieren, insbesondere die 'Leitfiguren'
- Schutz bestehender und etablierter Interessen ist häufiger im Mittelpunkt als Veränderungswunsch zugunsten Unprivilegierter (z. B. Schutz der eigenen Lebensqualität in relativ privilegiierter Situation)
- "Bürgeraufstand" als Gegenbewegung der durch die Demokratisierung bedrohten Interessen (?)

Kriterium:

"Erst dann, wenn Bürgerinitiativen eindeutig Instrumente der in der bestehenden Form westlicher Demokratie zu kurz kommende Interessen sind, wenn das Übergewicht der Defensivinteressen gegenüber den Offensivinteressen umgekehrt wird, wird dieser entscheidenden Kritik der Boden entzogen" (a. a. O, S. 30).

"Instrumente der Artikulation und der Durchsetzung von Interessen sind für die Demokratie kein Eigenwert. Weder der Parlamentarismus und die gesamte Repräsentativdemokratie noch die Basisinitiativen und die neuplebiszitären Techniken sind, für sich allein genommen, "gut" oder "schlecht". Daher sind Basisinitiativen zunächst keineswegs die beanspruchte radikaldemo-

kratische Alternative zu den bestehenden Formen der Demokratie. Der radikaldemokratische Anspruch muß sich in den Inhalten, nicht in den Formen erweisen; er spiegelt sich in den Interessen und ihren Trägern, nicht jedoch in den Überschriften und Etiketten" (A. Pelinka, 1980, S. 31).

Allgemeine Politiktendenzen:

"Amerikanisierung der Politik"

die basiert:

- auf der Tendenz zur weiteren Entideologisierung in allen weltanschaulichen Lagern;
- auf der Auflösung der an diese Lager gebundenen festen kulturellen, sozialen und geistigen Grenzen;
- auf einer wachsenden Personalisierung der Politik;
- auf der wachsenden Bedeutung der Medien für die Information und Kommunikation der Bevölkerung;
- auf der wachsenden Kritik an den Berufspolitikern, Experten und Technokraten;
- auf der Bereitschaft von politischen "Amateuren", aktiv in gesellschaftliche Entscheidungen einzugreifen;
- auf der Infragestellung des Entscheidungsmonopols politischer und staatlicher Instanzen.

(J. CAP und P. PELINKA, 1985).

Einzelperson/psychologische Ebene

"beschleunigte Zerstörung der Plätze unserer Kindheit" (P. Turrini)

"In Hainburg geht es nicht nur um die Errichtung einer weiteren technischen Anlage, das würde niemals solch einen Wirbel auslösen. Was sich hier entlädt, ist lange aufgestaut, es hat Geschichte. Diese Geschichte beginnt bei den Plätzen unserer Kindheit und Jugend und ihrem immer schnelleren Verschwinden. Zum erstenmal in der Geschichte erleben Menschen in ihrer eigenen Biografie, in immer kürzeren Zeitabständen, die Ausrottung ihrer Erinnerungen an die Plätze der ersten Liebe, des Versteckens,

der Wildheit des Abenteurers. Was gestern noch war, ist heute nicht mehr. Und wenn es noch ist, dann ist es abgezäunt, reprivatisiert, in wenigen Händen, nicht mehr zugänglich, verloren". (P. TURRINI, in: G. NENNING und A. HUBER, 1985, S. 83).

Massenpsychologische Grundlage des Engagements der Jugend in der "Hainburger Au",

nach E. RINGEL, in: G. NENNING und A. HUBER, 1985, S. 198 ff.

- fehlende Wertvermittlung, zum Großteil an materiellen (Wohlstands)Werten orientiert, die der älteren Generation im und nach dem Krieg wichtig wurden
- sympathische Unzufriedenheit der Jugend mit der Welt so wie sie ist
- prinzipiell will sie sich der Problematik stellen:
allg. Umstrukturierung der Hierarchie der Werte angekündigt:
Die Jugend hat sich eingesetzt:
 - für die Natur, gegen ihre Zerstörung
 - für Selbstbestimmung und Entspannung
 - für Erlebnis und Gefühl
 - für "Wald" und "Wasser" als Symbole des Lebens
 - für partizipative Politik und gezeigt, daß sie selbst politisch denkt und handelt.

(vgl. dazu auch R. BURGER im 'basisbuch Hainburg').

Über Einstellungen von Jugend und Studenten liegen Befragungen vor, zu 'neue soziale Bewegungen' und 'Wertewandel' gibt es Veröffentlichungen, die ich noch nicht ausgewertet habe (siehe Literaturliste).

Eine mögliche "Erklärung" von "Hainburg", insbesondere zur Entwicklung der 'Lobby Nationalpark'.

Als potenzierte Stufe alle vorhergehenden Konflikte im Bereich Naturschutz, sozusagen eine Kombination von (unbewältigten?) vergangenen 'Umweltkonflikten' auf höherer Ebene:

"Rettet die Lobau" (1969/72) - "Sternwartepark" - "Baummörder" (1973) - ("Donauinsel") - Zwentendorf - Kamptal (1983) - Reich-

raminger Hintergebirge - "Sauhaufen"; die nichterfüllten Nationalparkinitiativen (z. T. Hohe Tauern, Niedere Tauern, Neusiedlersee - Seewinkel, Donau-March-Thaya-Auen).

Personell gesehen finden sich fast alle initiativen Personen und Gruppen ab einem gewissen Eskalationsgrad in der 'Lobby Nationalpark' des Hainburg-Konflikt ein; inhaltlich werden viele Forderungen, vor allem zum Naturschutz (Biotopschutz), dann bezüglich diverser "alternativer" Politiken, nach und nach in die Hainburg-Diskussion eingebracht.

Eine weitere "Erklärung": (insbes. zur fortgeschrittenen Eskalation)

"Hainburg" als "integrierende Symbolaktion" für Grüne und Alternative anstelle grün-alternativer Organisation?

Weder die Jugendorganisationen der Parteien noch die "Grünen" oder "Alternativen", noch die "Bewegungen" (Friedens-, Frauen-, 3. Welt-, Fahrrad- ...), noch Vereine ('altmodisch') können das frei flottierende politische Potential des Jugendprotests (dauerhaft) binden. Dem Aktionismus, der Organisationsfeindlichkeit, dem 'thematischen Bewußtsein' entspringt die Tendenz, "Szenen" zu vernetzen und einzelne Großaktionen zu setzen.

"Hainburg" anstelle einer grün-alternativen Parteigründung, anstelle einer systemischen Integration in den Staat, die Möglichkeit, eine neue Entscheidungsebene selbst zu besetzen, aktiv und direkt zu handeln. Politische Differenzierungen noch konservativ, liberal, sozialistisch, werden aktionsbezogen überdeckt.

"Kraftwerk Hainburg" als das "Simultanprojekt von Ökonomie und Ökologie" aus Sicht des "instrumentellen Gesellschaftsbildes"

Aus herkömmlicher politischer und volkswirtschaftlicher Sichtweise garantiert das Kraftwerk in etwa folgende Funktionen:

Ökonomie: - kurzfristige Beschäftigungswirkung
- Wachstumswirkung

- billige Stromversorgung
- Stärkung Verstaatlichter Wirtschaft
- Rückzug aus Erdöl
- Rückflüsse in staatliche Haushalte
- Verringerung Handelsbilanzdefizit
- Verkehrsverbesserung, Int. Donauschiffahrt

Ökologie: - Substitution kalor. Kraftwerke = Verringerte
Luftverschmutzung = Beitrag gegen Waldsterben
- 'Rettung der Au' durch mehr Wasser, die ansonsten
austrocknet.

Aus einer solchen projektbezogenen Sichtweise ist es schier unerklärlich, daß man gegen dieses Kraftwerk sein kann. Diese auch technokratisch verkürzte Sichtweise mißversteht: den Symbolcharakter von Hainburg, die auf einer höheren als der Projektebene ansetzende Kritik, die angehäuften Frustration langjährig mißachteter Naturschutzbestrebungen.

Weitere Aspekte:

Eine "Alltagstheorie" von Kraftwerksbefürwortern nach der
Stopfenreuther Aubesetzung

In Wahrheit war die Aubesetzung ein Generalangriff auf die sozialistische Arbeiterbewegung in Österreich! Der Dichand mit seiner KRONE ist die Hintergrund-Regierung Österreichs, die - im Verein mit Ausschütz-Extremisten - Bundesregierung und Sozialpartner lahmlegt.

Vergleiche mit der Nazi-Bewegung werden auf verschiedenen Ebenen angesprochen:

- Emotionalität einer idealistischen, fehlgeleiteten Jugend
- ehemalige Nazis oder Rassisten als "Leithammel" (v. a. auf K. Lorenz gemünzt)
- Staatsverdrossenheit und Parteienfeindlichkeit
- auf die naturbezogene Wertsicht als Grundlage des Handelns (Natur als Politik).

Professoren, Studenten und Schüler: neue Mittelschichten proben im Verein mit demokratiefeindlichen Minderheiten den Aufstand gegen die Republik.

"Außengelenktheit" der Bewegung: ausländische Prinzen, deutsche konservative Naturschutzverbände, Gelder aus trüben Quellen der internationalen Terrorszene (Gadaffi) etc.; Einmischung in österreichische Politik.

(vgl. dazu 'Welt der Arbeit', Feb. u. März 1985; J. HESOUN und H. PÖTTSCHACHER, 1985, S. 25 f.).

Tendenz: Dem Widerstand gegen das Kraftwerk jede Berechtigung abzusprechen.

Eine kurze Sammlung (diverse Meinungen):

Warum Dichand mit seiner KRONE so massiv gegen das KW Hainburg auftritt.

- aus persönlichen Gründen: Wie Schöffel den Wienerwald rettete, so will Dichand die Auen retten! Begründung: Geld, Villa, Kunstwerke, Macht ... hat er, er kann nur mehr sein Image verbessern.
- aus wirtschaftlichen Gründen: Die Kronenzeitung ist mit einem bestimmten Lesekreis in "Alterung" begriffen; mit dem Thema "Ökologie" will Dichand der Krone junge Leserschichten erreichen und die tendenziell fallende Auflageziffer erhöhen.
- aus Macht-Gründen: Zu gegebenen Zeiten will er "Hainburg" gegen ein Monopol bei der Umstrukturierung der Medien (Privatfernsehen) "eintauschen".
- aus politischen Gründen: Beweis der Mächtigkeit einer großen Tageszeitung: Nach dem Abtritt von Kreisky hat er der schwachen Koalitionsregierung einen "Köder" hingeworfen, sozusagen als "Prüfstein" der Handlungsfähigkeit.
- aus politischen Gründen: Antisozialistische Strategie deshalb, da die SPÖ strukturell in Staat und Sozialpartnerschaft so sehr 'eingewoben' ist, daß sie für die Realisierung des Kraftwerkes eintreten mußte. Dichand hat angeblich aus "reaktionären Kreisen" große Geldbeträge bekommen.

ad. 2.1.

Im Zuge der "Hainburg-Diskussion" kommt es zu einer organischen und argumentativen Verfestigung einer Befürwortungsszene ("Lobby Kraftwerk") und einer Widerstandsszene ("Lobby Nationalpark").

Die Vernetzung der "Lobby Nationalpark" führt über folgenden Weg:

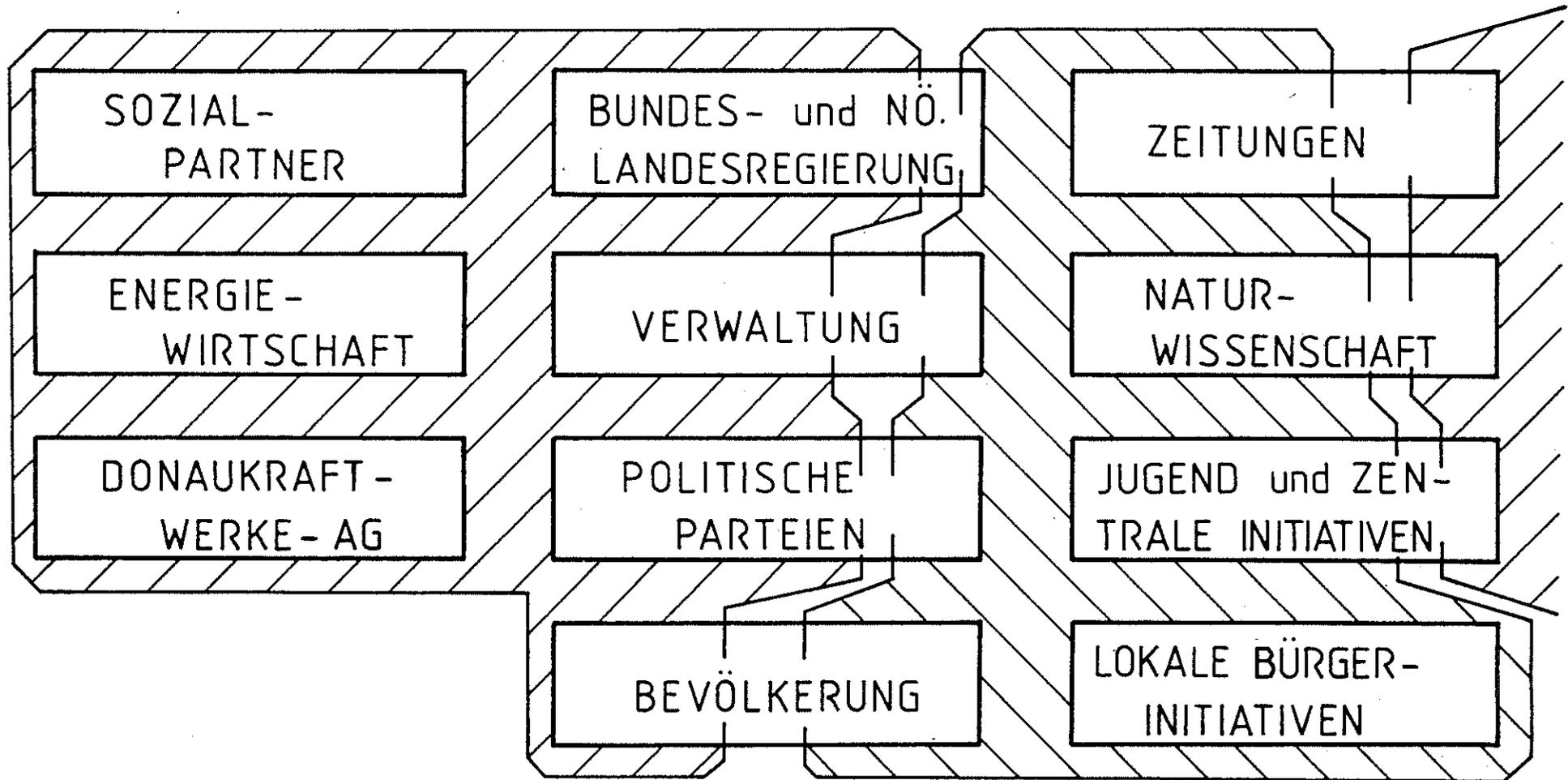
"traditioneller Ausschuss" und Vertreter von Naturschutzvereinen, lokale Initiativen, studentische Initiativen, engagierte (Natur)-wissenschaft, alternative Gruppierungen, Kurier und Kronenzeitung, WWF-Aktion: Rettet die Au, Aktionsgemeinschaft aller Naturschutzvereine und Initiativen, Kronenzeitungs-Aktionen, Konrad-Lorenz-Volksbegehren und Einflußnahme europäischer Naturschutzorganisationen.

Etwas verkürzt ist dies in der nachfolgenden Abbildung mit "lokale Bürgerinitiativen", "Jugend und zentrale Initiativen", "Naturwissenschaft" und "Zeitungen" bezeichnet.

Die Befürwortungsszene ("Lobby Kraftwerk") ist weitaus höher-rangig zusammengesetzt aus: "Bundes- und NÖ Landesregierung", ein Großteil der "Verwaltung" und der politischen Parteien, geschlossen die Sozialpartner, die Energiewirtschaft und natürlich der Projektwerke "österr. Donaukraftwerke-AG". Das Aktivitätszentrum ist^{x)} in der NÖ Arbeiterkammer und mit den Betriebsräten der mit dem Bau beauftragten Firmen gegeben. Das Kraftwerk ist sowohl in der Regierungserklärung vom Mai 1983 als auch im Programm für den beschleunigten Ausbau der Wasserkraft der Nach-Zwentendorf-Ära beinhaltet und erfährt daher Unterstützung von allen staatstragenden Kräften aus Wirtschaft und Politik.

Entscheidend scheint die Herausbildung einer organisatorisch durchaus faßbaren "Widerstandsszene" (Aktionsgemeinschaft, WWF-Rettet die Auen, KLV, KRONE, Professoren-Studenden, lokale Initiativen), die erstens ein "Gegenprojekt" präsentieren konnte, unter dessen Titel sie ihre Bestrebungen (Auwald-,

x) außerhalb der DoKW.



" LOBBY KRAFTWERK "

" LOBBY NATIONALPARK "

Landschaftsschutz) zusammenfassen konnte (= NP Donau-March-Thaya-Auen).

Ebenso wie die "Befürwortungsszene" hatte auch die "Widerstandsszene" einen gesellschaftstheoretischen Argumentationsrahmen entwickelt: "Ökologie als Politik", "alternative Energiepolitik".

Beide Sphären entwickelten von ihrem jeweiligen Bewertungssystem her eine diesem entsprechende Sichtweise und Interpretation der Beurteilung der 2 Gegen-Projekte: 2 gegeneinanderstehende Argumentationsschemata,

- ohne wesentliche Vermittlungsleistung,
- Durchsetzungs- bzw. Abwehr-orientiert,
- dieselben Tatbestände (Aspekte) unterschiedlich bewertend.

ad. 2.3.

Erster Versuch einer "Fehleranalyse" aus der Sichtweise
"politischer Planung", in chronologischer Darstellung

- 1.) 1979/80 erfolgte eine zu geringe Information über die Kraftwerksplanung im örtlichen Bereich (DoKW).
- 2.) Insbesondere wurden Maßnahmen zum Schutz der Auen nicht ausreichend geplant und/oder die Absicht, umfangreiche ökotechnische Begleitmaßnahmen zu setzen, zu wenig öffentlich bekannt (DoKW).
- 3.) Das Angebot einer 'neutralen', multidisziplinären Voruntersuchung zur Standortfrage wurde abgelehnt (1982; DoKW und WRB); die von der "Arbeitsgruppe Donaulandschaft-Kraftwerksbau" angebotenen Gutachten hätten eine Art freiwillige Umweltverträglichkeitsprüfung dargestellt (PAS; Bundesebene).
- 4.) Spätestens im Frühling 1983 war klar, daß "Hainburg" kein technischer, sondern ein "politischer" Planungsfall ist. Zu diesem Zeitpunkt hätte man (PAS? DoKW?) vom 'eingefahrenen' technischen Planungsprozeß abrücken müssen und eine landschafts-ökologische Gestaltungsplanung sowie die detaillierte Planung ökotechnischer Maßnahmen vorschalten müssen.
- 5.) Insbesondere hätte man dabei in aller Öffentlichkeit die fachliche Opposition (Ökologen, Naturwissenschaft) und die lokale Opposition (Bürgerinitiativen) organisatorisch einbinden können.
- 6.) Seitens einer solchen Planungsorganisation hätten über Pressekonferenzen und -aussendungen die jeweiligen Themen, issues, unter Kontrolle des PAS, bestimmt werden können. (So verblieb die Veranstaltungsinitiative und die Angabe der tagespolitischen issues zu "Hainburg" beim "Widerstand" gegen das KW).

- 7.) Die über Jahre hin feststellbare Parallelität von Kraftwerksplanung einerseits, von Planungsvorbereitung zum "Nationalpark Ost" andererseits hätte frühzeitiger und verbindlich koordiniert werden müssen; die potentielle Unvereinbarkeit beider Konzeptionen war absehbar.
- 8.) Die Behördenverfahren haben erst zu Zeitpunkten eingesetzt, zu denen bereits hochgradige Politisierung feststellbar ist (Juni 1983: Wasserrechtsverfahren; Dezember 1983: Naturschutzrechtsverfahren).
- 9.) Ab Sommer/Herbst 1983 begann ein Zeitraum, in dem über das "Hearing" im Bundeskanzleramt hinaus (August 1983) "Hainburg" durch die zentralen politischen Instanzen hätte "bearbeitet" werden müssen. Die Versäumnisse rechtzeitiger Konflikt-/Konsensprozesse (die im Verlaufe des Jahres 1982 bis zur Nationalratswahl im April 1983 noch absolvierbar gewesen wären), machen sich nun bemerkbar, werden jedoch wieder 'verdrängt': Man hat den Eindruck, daß die Spitzenpolitiker zu 'taktieren' anstelle zu 'agieren' beginnen, das 'heiße Eisen' wird nach Möglichkeit nicht angerührt, parteipolitisch versucht man sich, bewußt oder unbewußt, den "Schwarzen Peter" zuzuschieben etc.
- 10.) Erstaunlich für diesen Zeitraum ist, in welchem Ausmaß das Konfliktpotential unterschätzt wurde (tägliche Berichterstattung), und daß nicht erkannt wurde, daß Fachgutachten und Behördenverfahren allein die Situation nicht 'bereinigen' können.
- 11.) Die Variantenbildung zum Kraftwerksprojekt durch die PGO hatte 'informellen Charakter' und konnte keine ausreichende Berücksichtigung und keine Auswirkungen auf die öffentliche Meinung erreichen (Sept./Okt. 1983).
- 12.) Zwei Ökologiegutachten, von der Wasserbehörde im Frühjahr 1983 beauftragt (Zoologie, Limnologie), rieten zum Jahresende 1983 vom Bau ab; sie stützten damit die Positionen der 'Kraftwerksgegner'.

- 13.) Die Vorbereitungen einer Nationalparkplanung durch die Planungsgemeinschaft Ost wurden im Dezember 1983 mit dem Hinweis, man wolle die Entscheidung über 'Hainburg' abwarten, auf "Eis gelegt", anstelle sie für Konsensbemühungen in aller Öffentlichkeit zu verwenden. Der 'liberale' Vermittlungsversuch auf Landesebene, im Kreise der Entscheidungsträger (DoKW und Naturschutzbehörde) und der Kraftwerksgegner, die Situation zu klären (Jänner 1984), war zu spät angesetzt; er trug indirekt dazu bei, daß das Kraftwerksprojekt in der 1. Instanz des naturschutzbehördlichen Verfahrens abgewiesen wurde (PAS; Landesebene).
- 14.) Die "Ökologiekommission im EMLF", die für das wasserrechtliche Bewilligungsverfahren (Jänner 1984 bis November 1984) 'intern' (PAS) eingerichtet wurde (zusammengesetzt aus "Pro- und Kontraexperten"), konnte unter diesen Umständen weder versachlichend noch entpolitisiert wirken.
- 15.) Ein weiterer Anlaß zum Eingreifen der höchsten politischen Instanzen war April/Mai 1984, zum Zeitpunkt der Entstehung des "Konrad-Lorenz-Volksbegehrens" und der Arbeiterdemonstration auf dem Heldenplatz, gegeben. Anstelle eines politischen Vermittlungsversuches wurde eine einfache Bekräftigung der Bauabsicht gegeben (PAS; Bundesebene).
- 16.) Während das Wasserrechtliche Bewilligungsverfahren im wesentlichen "sauber" abzulaufen schien, hatte es beim naturschutzrechtlichen Verfahren den Anschein einer "unsauberen Gangart", und zwar bezüglich der Gutachten-Auswahl, der Verwendung von Gutachten und bei der Berücksichtigung der zu diesem Zeitpunkt geltenden Rechtslage (vgl. HAUER, 1985).

Die bislang konstatierten "Planungsfehler" führten dann im Herbst 1984 aufgrund einiger besonderer Umstände zur "Stopfenreuther Aubesetzung", mit den bekannten Folgen.

- 17.) Knapp vor den wasserrechtlichen und naturschutzrechtlichen Bewilligungserteilungen wurden die Beratungen der E-Wirtschaft bezüglich der Förderung des Stromabsatzes bekannt, welche eine ihrer zentralen Argumentationen konterkarierte.
- 18.) Die Vorgangsweise im naturschutzrechtlichen Verfahren 2. Instanz wurde in den Medien als rechtsstaatlich bedenklich bezeichnet; die mangelnde Transparenz und Beteiligung bei den Behördenverfahren wurde herausgestrichen.
- 19.) Im Zeitpunkt der stärksten Unterstützung der Kraftwerksgegner bei der Bevölkerung (siehe Befragungen vom Okt. und Nov. 1984) wurden die Entscheidungen bekanntgegeben.
- 20.) Das Nicht-Abwarten-Wollen der Ergebnisse des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens und der diversen Beschwerden vermittelten eine "Übereiltheit", mit der 'vollendete Tatsachen' hergestellt werden sollten.

ad. 3. "Reformmodell"

Pragmatische Überlegungen:

Wenn es so ist, daß "Hainburg" das Ergebnis unterschiedlicher Entwicklungen und von "Fehlleistungen" in verschiedenen Einflußbereichen ist, dann kann eine Reform nicht eindimensional sein, sondern es müssen Veränderungen in allen angesprochenen Bereichen stattfinden, die - kurz- bis mittelfristig - der berechtigten Kritik und den neuen Ansprüchen gerecht werden.

Im 11-Punkteprogramm der Bundesregierung vom Jänner 1985 ist im wesentlichen ein Reformprogramm mit Bemühungen in mehrere Richtungen skizziert. Der Aufschub des Kraftwerksbaus, eine einjährige "Nachdenkpause" und eine räumlich-thematische, konzentrierte Bearbeitung der Region östlich von Wien im Rahmen der "Ökologiekommision" (Einbindung von Experten der "Kraftwerksgegner") sind die wichtigsten, konkret eingeleiteten Maßnahmen.

Darüber hinaus hat das Politisch-Administrative System auf Landes- und Bundesebene eine ganze Reihe von Reformen initiiert oder aktualisiert. Die wichtigsten davon sind am Schluß dieses Kapitels aufgezählt.

Die Reformvorstellungen beziehen sich:

- unmittelbar räumlich-thematisch auf "Hainburg",
- auf die Rahmenbedingungen des Handelns für den vorliegenden Konflikttyp,
- allgemein auf die Politik des öffentlichen Sektors (im Sinne der Modifikation des 'staatlichen Handelns') (siehe Inhaltsverzeichnis zum Zwischenbericht).

Ebenso wie ich bei 2.3. einen ersten subjektiven Befund einer 'Fehleranalyse' des Geschehens um "Hainburg" versucht habe, möchte ich nun nachfolgend jene Bündelung und Zeithorizonte von Reformmaßnahmen aufschreiben, von denen ich glaube, daß sie einen wesentlichen Beitrag zur positiven Bewältigung von "Hainburg" darstellen:

1. Akutes Krisenmanagement: 1985

- Aufschiebung des Projektbeginns
- 1 Jahr "Nachdenkpause"
- räumlich-thematische Bearbeitung: "Ökologiekommision"
- kompensatorische Aufträge an die Bauwirtschaft
- Entscheidung, das Kraftwerk Wien vor dem KW Hainburg zu bauen.

2. Kurzfristige Reformen und "Entpolitisierung": 1985-87

2.1. Raum- und themenbezogen:

- KW Wien konzentriert technisch und ökologisch planen
- KW Wien zu bauen beginnen
- Schaffung des Nationalparkes Donau-March-Thaya-Auen in die Wege leiten
- Nähere Untersuchungen der Donau abwärts von Wien

2.2. Allgem. Natur- und Umweltschutz bezogene:

- Reform Verwaltungsverfahren/Einführung der Umweltverträglichkeitsprüfung
- Einrichtung einer ständigen Ökologiekommision
- "grüne Experten" in die Verwaltung (alle Ebenen)
- Beschluß eines Nationalparkkonzepts für Österreich (evtl. zusammen mit den Ländern)
- Verabschiedung eines integrierten Umwelt- und Naturschutzprogramms des Bundes.

3. Mittelfristige Reformen: 1985-1990

- Einrichtung der "Ökopartnerschaft"
- Reform der Struktur und Aufgabenstellung der E-Wirtschaft
- Privilegienabbau in Politik und E-Wirtschaft
- Umorientierung staatlicher Investitionsprogramme in größerem Ausmaß
- Verfassungsrechtsreform: Ausbau direkter Demokratie
- Übernahme "alternativer" Ansätze in die Sachpolitiken.

Theoretische Überlegungen:

N. Luhmann (1981, S. 150) hält die Steigerung der Kommunikationsfähigkeit des politischen Systems mit seiner "Umwelt" für eine besonders bedeutende Frage. Seiner Meinung nach gibt es nicht die "Steuerungsinstantz" für ein erwünschtes, gesellschaftliches Gesamtergebnis, aber viele Möglichkeiten, den gesellschaftlichen Wandel zu beeinflussen und - unter anderem - Steuerungselemente an verschiedenen Stellen des PAS zu schaffen oder zu reorganisieren (a. a. O., S. 143).

Aus einem abstrakten Gesichtswinkel gesehen stehen "Verrechtlichung", "Verstaatlichung" und "Vergesellschaftung" als Reformperspektive zur Wahl.

"Verrechtlichung" auf 2 Ebenen:

- auf verfassungsrechtlicher Ebene: Ausbau der plebiszitären Demokratie (Volksbegehren, Volksabstimmung etc.)
- auf verwaltungsrechtlicher Ebene: Ausbau von Transparenz, Information und Beteiligung in Behördenverfahren.

"Verstaatlichung":

Institutionalisierte Mitwirkung von Natur- und Umweltschutz-Vertretungen im Rahmen staatlicher Entscheidungsvorbereitung (ständige Ökologiekommision, Ökopartnerschaft ...).

"Vergesellschaftung":

informelle, öffentliche Diskussionsprozesse; Politik der Austragung von Interessensgegensätzen, Veranstaltung von Konflikt-/Konsensprozessen etc.

Vermutlich sind Maßnahmen in allen drei angesprochenen "Reformbereichen" sinnvollerweise zu kombinieren.

"Steuerungsressourcen" nach der Theorie "politischer Planung"

Nach herkömmlicher Auffassung werden 1.) Geld und 2.) Recht als "Steuerungsressourcen" des politisch-administrativen Systems

bezeichnet. Nach N. LUHMANN (1981, S. 151) zeigen beide deutliche Symptome des übermäßigen Gebrauchs.

Innerhalb des PAS wird die Herstellung von

- 3.) "administrativer Rationalität", also die Fähigkeit, Probleme angemessen zu erkennen und zu verarbeiten, eine wesentliche Steuerungsressource. Nach außen schließlich wird die Erzielung von
- 4.) "Massenloyalität", also die faktische Zustimmung oder Duldung durch die Bevölkerung, bestimmend (Legitimation).

Mit der Anwendung von Recht, mit der Ausgabe von Geld, mit der Herstellung von "administrativer Rationalität" und von "Massenloyalität" sollen, mit anderen Worten, die internen und externen Restriktionen politischer Planung überwunden werden.

- Minimierung "interner Restriktionen":

- adäquate Informationsaufnahme und Problemformulierung
- Überwindung eindimensionaler Sichtweisen (finanziell, technisch, fachlich)
- projektbezogene Koordination, evtl. aus PAS ausgelagert
- interne Konfliktverarbeitung und Konsensbildung.

- Minimierung "externer Restriktionen":

- Wahrung der ökonomischen Effekte
 - Bauleistung, Wachstum
 - Beschäftigungswirkung
 - Versorgungsleistung
 - Entlastung öffentl. Haushalte
 - Verbesserung Handelsbilanz u. a.
- Wahrung der legitimatorischen Effekte
 - Effektivierung konsumptiver Gebrauchswerte
 - Reduktion negativer Auswirkungen
 - auf Lebensqualität
 - auf Naturhaushalt
 - Projektwerbung, p/r-Maßnahmen, öffentl. Vermittlung
 - öffentl. Teilhabe org./nichtorg. Gruppen.

Z. B.: Die "Donauinsel in Wien" - ein erfolgreiches Modell?
"Hainburg" - ein verunglückter Fall politischer Planung?

Der "Erfolg" der Donauinselplanung kann - in kürzester Fassung dargestellt - auf folgende Elemente (in chronologischer Reihenfolge) zurückgeführt werden:

- Bildung technischer Varianten, dann reduziert auf vier
- Bewertung durch "Unabhängige": Auswahl des Amtsprojekts
- Vergabe einer Vielzahl von Gutachten
- organisatorische Einbindung der Fachopposition (Architekten)
- Variantenbildung des Wasserbauprojekts im Wettbewerb
- Freigabe der städtebaulichen Funktionsbestimmung
- umfassende planerische Bearbeitung:
 - Reduktion von Varianten auf die realistische
 - Auslotung des (ökonom.) Verwertungspotentials
 - landschaftsgestalterische Überplanung und Lokalisierung von Erholungseinrichtungen
 - Einpassung in den lokalen Umgebungsraum
 - Abstimmung des Infrastrukturausbaus (Kanal, Straße)
 - Entwurf eines positiven Images
- regelmäßige Pressekonferenzen mit Zwischenergebnissen
- Eingreifen in laufenden Bauprozeß
- Sofortmaßnahmen zur Gestaltung
- Veranstaltungen etc., Benutzbarkeit für Erholung
- p/r-Strategie mit regelmäßigen Presseaussendungen
- abschnittsweise festliche Eröffnung usw.

(im Detail vgl. L. REDL und H. WÖSENDORFER, 1980).

Im Ergebnis brachte die Donauinselplanung: Die Entpolitisierung eines skandalisierten Großprojekts und seine positive Imageveränderung zum "Paradebeispiel" Wiener Stadtplanung; die Sicherung der ökonomischen Interessen, sowohl der Stadt Wien wie der Bauwirtschaft; die Gestaltung eines Erholungsraumes für die Bevölkerung.

Weder möchte ich aus dem Kraftwerk Hainburg eine "Donauinsel" machen, noch kann man das Planungsmodell schematisch übertragen, aber es lassen sich Anhaltspunkte finden, in welcher Form die

"Bearbeitung" des Konflikts zwischen "Kraftwerk" und "Nationalpark" in naher Zukunft weiter erfolgen sollte.

Ein Zusatz: einige "Reaktionen" auf "Hainburg" auf Bundes- und Landesebene

Nach dem System im Inhaltsverzeichnis geordnet:

- A: Bestellung eines Regierungsbeauftragten (J. Kaniak; Feb. 1985)
Installation der "Ökologiekommision" durch die Bundesregierung (März 1985).
- B: AVG Novelle: Von der Amtsverschwiegenheit zur Auskunftspflicht (in Begutachtung).
- B/C: Gesetzesentwurf zum "Bürgerbeteiligungsverfahren" (Mai 1985; in Begutachtung).
- D: Arbeitsinhalt der Ökologiekommision.
- E: Gesetzentwurf von BM Steyrer bezüglich "Umweltverträglichkeitsprüfung" (Juni 1985).
- F: "Bürgerbeteiligungsverfahren" (Mai 1985).
- G: - "UVP-Gesetzentwurf" (Juni 1985)
- Novellierung des § 105 des Wasserrechtsgesetzes (Jän. 1985).
- H: - Energiekonzept der Bundesregierung vom Nov. 1984.
- I: - Einbeziehung von Naturschutzverbänden (z.B. ÖGNU) in das Begutachtungsverfahren bei Erstellung umweltrelevanter Gesetze, Einbindung in diverse Beiräte (z.B. Seilbahnenbau-ERP)
- Schaffung von Umweltschutzanwälten in NÖ (Sommer 1985) und Salzburg (Sept. 1985)
- "Ökologiekommision" der Wiener Landesregierung
- Landschaftsplaner in die Wasserstraßendirektion (April 1985),
2. Akademiker (Biologe) in die NÖ Agrarbezirksbehörde
- Schaffung des Umweltbundesamtes (Jänner 1985).
- J: - UVP-Gesetzentwurf
- Umweltbundesamt.
- K: bisher unterblieben; alternativ dazu: AVG-Reformpaket des Bundeskanzleramtes.

L: - Umweltschutzfonds

- Katalysator und bleifreies Benzin
- Schallschutz bei Bundesautobahnen
- 10 Jahres Investitionsprogramm für Fließgewässerreinigung (Wasserwirtschaftsfonds)
- 3. Novelle Dampfkessелеmissionsgesetz
- Förderung des Ausbaus der Fernwärme (z.B. Wien)
- Förderung des öffentlichen Verkehrs in Ballungsräumen.

M: Vorbereitung in der Ökologiekommission.

N: noch nicht angesprochen.

Literatur:

Aktionsgemeinschaft gegen das Kraftwerk Hainburg (Hrsg.),
Das Projekt Donaukraftwerk Hainburg; eine Information
...; Wien, Februar 1984, 66 S.

ALLERSTORFER, St., Aulandschaft und Kraftwerksbau. Ökotechnik
am Beispiel der Staustufe Greifenstein; Hrsg.: Österr.
Donaukraftwerke-AG, Schriftenreihe Ökologie 2, Wien,
1984, 16 S.

Arbeitsgruppe Nationalpark: Grundsatzzerklärung; in: Wiener
Naturschutz-Nachrichten, Juni 1985, s. 26 f.

AUBAUER, H. P., Arbeitsplätze mal 3; in: Forum, Sondernummer
vom 5. Juni 1984, S. 19-21.

Au-Zeitung, Gesamtausgabe 84; hrsgg. von den Aubesetzern in
Stopfenreuth ab 14. 12. 1984 (Nr. 1) bis 31. 12. 1984
(Nr. 19).

BAUER, K., B. HERZIG, H. WINKLER, Interner Vorausbericht zu
einer "Gutachtlichen Äußerung über die Bedeutung der Tier-
welt in einem Nationalpark "Donau-March-Auen". 1975 i. A.
d. Magistrates der Stadt Wien, MA 18.

Van der BELLEN, A., Steuerung und Kontrolle staatlicher Unter-
nehmen in Österreich; in: ÖZPW 4, 1981, S. 439-453.

BERGER, H. und TRAAR, K., Grundlegende Faktoren des Wahlver-
haltens; in: ÖZPW 3, 1983, S. 293-310.

BIRK, F., E. GEHMACHER, K. TRAAR, Eine veränderte politische
Landschaft. Ergebnisse der Umfrageforschung zu den
Nationalratswahlen 1983; in: Journal für Sozialforschung
3, 1983, S. 311-324.

BLAAS, W. und HENSELER, P., Theorie und Technik der Planung;
Wien, 1978.

BLAHA, P., Jugendprotest in Österreich; in: Zukunft, Heft 4,
1985, S. 16-18.

- BÖCK, H., Planungskonzept für den Ausbau der Donau; in: Österr. Ingenieur-Zeitschrift 10, 1967, S. 363-374.
- BOHMANN, G., "Kapitalistischer Staat" und politische Legitimation: Zur Wiederaufnahme einer theoretischen Kontroverse; Diplomarbeit Universität Wien, Mai 1985.
- BOKU-Blätter, Zeitschrift der ÖH, Universität für Bodenkultur; Nr. 3/4, Juni 1981, 23 S.
- BRAND, K.-W., Neue soziale Bewegungen. Entstehung, Funktion und Perspektive neuer Protestpotentiale; Opladen, 1982.
- BURGER, R., Hainburg und die Modernisierung; in: Falter 2/1985; ebenso in: Hainburg - ein Basisbuch.
- Bürgerinitiative gegen den Bau des Donaukraftwerkes bei Hainburg, Darum geht's jetzt in Hainburg! Mai 1983, 12 S.
- CAP, J. und PELINKA, P., Hainburg und die Folgen; in: Zukunft, Februar 1985, S. 19-21.
- CZERNIN, H., Wer an Hainburg verdient. Die Maurerpartie; in: Wochenpresse, 8. Mai 1984, S. 16-19.
- DAVY, B., Die soziale Verträglichkeit technischer Großprojekte - erörtert am Beispiel des Genehmigungsrechts für Kraftwerke, 1985 (hektografiert).
- DEISER, R., Strategien zum Abbau politischer Apathie; in: ÖZPW 2, 1980, S. 177-186.
- DEISER, R. und WINKLER, N., Das politische Handeln der Österreicher, Wien, 1982.
- DUBIEL, H., Neue soziale Bewegungen im Spiegel neokonservativer Kritik; in: Journal für Sozialforschung 2, 1984, S. 143-161.
- Energiebericht und Energiekonzept 1984 der österreichischen Bundesregierung; hrsgg. vom Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie, Wien 1984.

- EVERS, A. und MUSNER, L., Was macht die Linke konservativ? In: tribüne 6, 1985, S. 8-10.
- FABRIS, H. H., Bürgerliche Hegemonie und Staatseinfluß im Mediensektor; in: ÖZS 1, 1981, S. 16-22.
- FENZ, R., Flußstauwerke in Österreich; in Österr. Wasserwirtschaft, 9/10, 1977, S. 228-243.
- FISCHER, H. (Hrsg.), Das politische System Österreichs, Wien, 1982 (1974).
- FISCHER, H., Worauf es jetzt ankommt; in: Zukunft 3, 1985, S. 2-5.
- FISCHER, ., Hainburg und die direkte Demokratie; in: Die Presse, 7.1.1985.
- FORUM-Sondernummer: Konrad-Lorenz-Volksbegehren; 5. Juni 1984.
- FRANK, Th., Kraftwerk Hainburg. Das Milliarden-Marterl; in: trend 4, 1984, S. 52-64.
- FRASSINE, H. und PILS, R., Sauhaufen - Schweinerei. Chronik einer Besetzung; in: Netzwerk 1/1984.
- FRIEDRICHS, J., Methoden empirischer Sozialforschung, Opladen, 1984 (1. Aufl.: 1973).
- FRISCHLER, K., Lebendiger Strom. Die Donaulandschaft - heute; Wien - München, 1983, 128 S.
- FRITSCHER, K., Donaukraftwerke und Naturschutz. Naßbauweise - eine ökologische Forderung; in: Unsere Umwelt, Nr. 35, 1980, S. 24 f.
- GABRIEL, B., G. SCHÖRNER, K. WEDL und P. WEISH (Hrsg.), Kraftwerk Hainburg. Nationalpark Ost; Projekte, Argumente, Dokumente; Bericht über die Experten-Diskussion an der Akademie für Umwelt und Energie in Laxenburg; Niederösterreich-Reihe, Bd. 2, Laxenburg, Juni 1984, 147 S.

- GAYL, R. und ERKIN, I., Auenblicke, Salzburg - München, 1984.
- GEHMACHER, E., Faktoren des Wählerverhaltens; in: H. Fischer (Hrsg.), a. a. O., 1974, S. 55-75.
- GEHMACHER, E., Ohnmacht der Massenmedienmacht. Die wahre Wirkung der "Kronen-Zeitung" am Beispiel Hainburg; in: Journal für Sozialforschung, Heft 2, 1985, S. 233-240.
- GLATZ, H., Markt statt Paragraphen? Marktwirtschaftliche Instrumente in der Umweltpolitik; Information zur Umweltpolitik, Nr. 17, April 1985.
- GRUBINGER, H., Schutz der Donaulandschaft; in: Wiener Naturschutz-Nachrichten; Sonderheft: Schutz der Donaulandschaft, Mai 1976, S. 5-11.
- GRUBINGER, H., Landschaftsrahmenplanung für Mehrzweckanlagen; in: Wasserbau und Umwelt, a. a. O., 1983, S. 127-146.
- Hainburg - ein Basisbuch, Wien 1985.
- Hainburg. Versuch einer sachlichen Information der Österr. Hochschülerschaft an der Universität für Bodenkultur für die Aktionsgemeinschaft gegen das Kraftwerk Hainburg; Wien, Februar 1985, 107 S.
- HARMS, J., Basisinitiativen und gesellschaftliche Steuerung; in: ÖZPW 1, 1980, S. 47-56.
- HAUER, W., Hainburg; rechtliche und rechtspolitische Aspekte; Eisenstadt 1985.
- HENSELER, P., Steuerungsmedien staatlicher Interventionen. Ein Versuch einer methodologischen Betrachtung. In: Das öffentliche Haushaltswesen in Österreich, Heft 1, 1981.
- HENSELER, P., Politisch-administrative Planungsabläufe am Beispiel des Plabutschunnels aus der Sicht der Planungskontrolle durch den Rechnungshof; in: Der öffentliche Sektor, 4-1984, S. 74-84.

- HENSELER, P., Programmevaluation in der Regionalpolitik - am Beispiel der Regionalplanung in österreichischen Bundesländern aus der Sicht der Planungskontrolle durch den Rechnungshof; in: Jahrbuch für Regionalwissenschaft, Göttingen 1984, S. 94-109.
- HERBECK, H. und REISMANN, W., Die Bauausführung großer Tal-sperren und Staustufen; in: Österr. Wasserwirtschaft, 9/10, 1977, S. 243-264.
- HERZIG, B. und WINKLER, H., Nationalpark Donau-March-Auen; 1977, i. A. d. Magistrates der Stadt Wien, MA 18.
- HESOUN, J. und PÖTTSCHACHER, H., Schwarz-Weißbuch. Dokumentation Hainburg; Wien 1985.
- HOLZER, ., Hainburg, Naturschutz und Rechtsstaat; ZfV, 1985, S. 11.
- IFES (Institut für empirische Sozialforschung), Wasserkraftwerke (Hainburg), Befragung im Auftrag der Gesellschaft für Energiewesen, Wien, Juli 1984.
- IMAS-report (Umfrageberichte des Instituts für Markt- und Sozialanalysen Linz); Hainburg im Rückspiegel; Nr. 3, Februar 1985.
- IMAS-report (Umfrageberichte des Instituts für Markt- und Sozialanalysen Linz); Entschiedene Befürwortung von Hainburg; Nr. 7, Juli 1984.
- Informationen zur Umweltpolitik Nr. 18, Materialien zur kritischen Ökologie, April 1985.
- JUNG, H. und WÖSENDORFER, H., Ökosystem Auwald und Donaukraftwerke; in: Der öffentliche Sektor 2/3, 1979, S. 92-132.
- KANIAK, J., Ökologische Überlegungen zu einer sozialistischen Wirtschaftsstrategie; in: Wirtschafts- und regionalpolitische Beiträge, Nr. 4, 1983, S. 29-35.

- Konrad-Lorenz-Volksbegehren, Amtsmißbrauch und Verdrehungen;
in: Forum, Jänner 1985, S. 26-34.
- KOTANKO, Ch., TV-Tierprofessor Otto Koenig: Man will mich
killen"; in: Wochenpresse, 23.11.1982, S. 48 ff.
- KOVARIK, F., Perspektiven nach Hainburg; in: Zukunft, Heft 4,
1985, S. 29-30.
- KREISKY, E., Kooperative Selbstorganisation: Eine demokrati-
sche Alternative zum bürokratischen Verwaltungsstaat?
In: ÖZPW 1/1980, S. 33-45.
- LANGTHALER, ., Die Donauauen, 1984.
- LÖTSCH, B., Strom-Tod auf dem elektrischen Stuhl; in: natur
7/1981, S. 54-
- LÖTSCH, B., Die gegen"den Strom" schwimmen; in: Börsen-Kurier
Nr. 5, 3. Feb. 1983; gleichlautend in: natur 2, 1983.
- LÖTSCH, B., Fracht statt Pracht; in: natur 3, 1983, S. 82-87.
- LÖTSCH, B., Ruhrgebiet an der Donau? In: Kurier, 2.8.1983.
- LÖTSCH, B., Der Wahn mit dem Kahn; in: Kronen-Zeitung, Mitte
Sept. 1983.
- LÖTSCH, B., Die Irrtümer des Otto König; in: Kronen-Zeitung,
27.5.1984.
- LÖTSCH, B., Land am elektrischen Strome? Serie: Argumentation
für das Konrad-Lorenz-Volksbegehren; in: Kronen-Zeitung,
4.6.1984.
- LÖTSCH, B., Das Ende der Kompromisse; in: FORUM-Sondernummer
vom 5. Juni 1984, S. 26-33.
- LÖTSCH, B., Stromverbrauch - Friedhof gescheiterter Prognosen.
Serie: Argumentation für das Konrad-Lorenz-Volksbegehren;
in: Kronen-Zeitung, 7.6.1984.

LÖTSCH, B., Zum Energiesparen; Serie: Argumentation für das Konrad-Lorenz-Volksbegehren; in: Kronen-Zeitung, Juni 1984.

LUGER, K. und FABRIS, H., Das politische Starsystem Österreichs; in: ÖZPW 4, 1981, S. 455-469.

LUHMANN, N., Legitimation durch Verfahren; Neuwied 1969.

LUHMANN, N., Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat; München, 1981.

MACHURA, L., Landschaftspflege am Donaustrom; in: Natur und Land; Sonderheft: Die Donau-Erbe und Verpflichtung, Heft 11-12, 1959, S. 27-37.

MAIER, J., Wünsche und Erwartungen der erholungssuchenden Menschen, oder: Haben die "veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen" auch zu einer "Trendwende" im Freizeitbereich beigetragen? In: Forstwissenschaftliches Centralblatt, Heft 4, 1983, S. 239-251.

MARGL, H., Die Ökologie der Donauauen und ihre naturnahen Waldgesellschaften; in: Naturgeschichte Wiens, Bd. 2, Wien 1972, S. 675-706.

MARGL, H., Planung "Naturpark Donau-March"; 1974 i. A. d. Magistrates der Stadt Wien, MA 18.

MARGL, H., Gutachten zur Landschaftserhaltung und Gestaltung der Lobau, Teil II; i. A. d. MA 18, ohne Jahresangabe.

MARGL, H., Naturschutz am Scheideweg zwischen statischer und dynamischer Auffassung; Hrsg.: Österr. Donaukraftwerke-AG, Schriftenreihe Ökologie 1, Wien 1984, 17 S.

MARGL, H. und STEINER, H. M., Gutachten zur Landschaftserhaltung und Gestaltung der Lobau; i. A. d. MA 18, Wien 1973 (74).

MATZKA, M., Abstimmen ist schön; in: tribüne, Febr. 1985, S. 9 f.

- MATZNER, E., Der Wohlfahrtsstaat von morgen; Wien 1982.
- M. K., Rod' und Realistisch; in: tribüne 12/84; 1/85, S. 4 f.
- NEIGER, F., Der Rahmenplan der Donau; in: Donaustrom, Wien - Berlin, 1973, S. 31-36.
- NOVAC, H., Hainburg - Symbol und Symptom; in: Zukunft, Heft 4, 1985, S. 32-34.
- NOWAK, M., Im Reich der Tricks; in: Falter 1/1985, S. 8.
- OBERSCHLICK, G., Die 'Krone' und das Volksbegehren; in: Welt der Arbeit, Febr. 1985, S. 12 f.
- ÖGNU (Österr. Gesellschaft für Natur- und Umweltschutz) (Hrsg.), Wasser - Gesetze. Schutzwasserbau und Wasserkraftnutzung. Materialiensammlung zum Workshop: "Die Novelle zum Wasserrechtsgesetz aus der Sicht des Natur- und Landschaftsschutzes", Wien 1984.
- ÖROK (Österr. Raumordnungskonferenz), 2. Raumordnungsbericht, Wien 1978.
- Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Schwerpunktthema: Sozialpartnerschaft in Österreich, Heft 3, 1982.
- Österreichs Donauauen, "draußen" Nr. 31, HB-Verlag, 1984.
- Österr. Donaukraftwerke AG, Wasserwirtschaftliche Studie zum Kraftwerk Hainburg, 1976.
- Österr. Donaukraftwerke-AG, Strom und Landschaft. Eine Bildokumentation über den österr. Donauausbau; Wien, nach 1977, 64 S.
- Österr. Donaukraftwerke-AG, Strom aus dem Strom; Informationsbroschüre, mehrfache Auflagen, z. B. Ausgabe 1981, 52 S.
- Österr. Donaukraftwerke-AG, Donaukraftwerk Hainburg. Ökonomie + Ökologie. Ein Modell überlegteren Umweltschutzes; Wien, Oktober 1983, 24 S.

- Österr. Donaukraftwerke-AG (Hrsg.), Warum Hainburg? Darum:
Hainburg; Faltbroschüre, 10 S., Wien 1984.
- Österr. Elektrizitätswirtschafts-AG (Hrsg.), Viktor Kaplan,
Energie aus Wasser, Wien 1985, 36 S.
- Österr. Elektrizitätswirtschafts-AG (Hrsg.), Grünbuch der
E-Wirtschaft; Wien, Herbst 1985 (im Erscheinen).
- panda EXTRA, Rettet die Auen; offizielles Mitteilungsorgan
des World Wildlife Found/Österreich; Heft 33/1984, 20 S.
- PAUGER, D., Umweltverträglichkeitsprüfung und ihre Einbindung
in das bestehende Rechtssystem; Österr. Juristenzeitung,
Heft 19, Okt. 1984, S. 505 ff.
- PEINTNER, M., Das Gestern im Morgen; in: Falter 1/1985, S. 5 f.
- PLLINKA, A., Zustand und Alternativen des politischen Systems;
in: ÖZPW 1, 1980, S. 25-32.
- PERNTHALER, P. und WEBER, K., Rechtsgutachten über verfassungs-,
verwaltungs- und völkerrechtliche Fragen des geplanten
Baues des Donaukraftwerkes Hainburg; Febr. 1984, 92 S.,
vervielfältigt.
- REDL, G., Überlegungen zum Donaukraftwerk östlich von Wien,
Nov. 1980, 29 S., vervielfältigt.
- REDL, L. und WÖSENDORFER, H., Die Donauinsel. Ein Beispiel
politischer Planung in Wien, Wien 1980.
- REICHARDT, R. H., Segregationstendenzen in der Einstellung
zur Technik; in: Journal für Sozialforschung 2, 1983,
S. 261-271.
- REICHE, J., Ökologie und Zivilisation. Der Mythos von den
"natürlichen Kreisläufen"; in: Die Linke neu denken.
Acht Lockerungen, Berlin, 1984, S. 40-67.
- RESCHER, O.-J., Durchführung von Umweltauswirkungsstudien bei
Mehrzweckanlagen; in: Wasserbau und Umwelt, 1983, a. a. O.,
S. 104-126.

- RINGEL, E., "Ich wollte Hoffnung und bekam Angst"; in: wien aktuell 2, 1985, S. XXIV-XXVI.
- SCHARPF, F. W., Die Rolle des Staates im westlichen Wirtschaftssystem: Zwischen Krise und Neuorientierung; dp/78-71, discussion papers, Wissenschaftszentrum Berlin, Sept. 1978.
- SCHÖRNER, G. (Hrsg.), Umweltverträglichkeitsprüfung; Laxenburger grüne Hefte, Arbeitsheft 2, 1983.
- SCHÖRNER, G. (Hrsg.), Acht Laxenburger Thesen zur Umweltverträglichkeitsprüfung; Laxenburger grüne Hefte, Berichte und Dokumente Nr. 5, 1985.
- SCHWARZ, G., Gedanken zum Konfliktmanagement; o. J., vervielfältigt, 44 S.
- STEINER, H., Nach Hainburg ist alles anders; in: Konstruktiv, 7/8, 1985.
- STEINER, H. M. et al., Beschreibung der Ökologie wesentlicher Tierarten der Lobau und Vorschläge zur dynamischen Erhaltung von Schutzgebieten samt Fauna und Flora; o. J.
- SWS-Meinungsprofile: Einstellungen zum technischen Fortschritt; in: Journal für Sozialforschung 2, 1983, S. 245-260.
- SWS-Meinungsprofile: Kraftwerk Hainburg und andere Großbauprojekte; in: Journal für Sozialforschung 3, 1984, S. 351-358.
- SWS-Meinungsprofile: Regierungspräferenzen und Politikerverdrossenheit in Österreich; in: Journal für Sozialforschung, Heft 2, 1985, S. 202-216.
- SWS-Meinungsprofile: Streit um Großkraftwerke (Hainburg - Zwentendorf); in: Journal für Sozialforschung, Heft 2, 1985, S. 217-232.
- TIEBER, H., Lehren aus Hainburg. Techno-demokratische Notizen; in: Gemeinwirtschaft I, 1985, S. 7-12.

Umweltschutzkalender 1983, hrsgg. von der Österr. Gesellschaft für Natur- und Umweltschutz; Texte und Bilder von R. Golebiowski und G. Navara.

VESTER, F., Ballungsgebiete in der Krise; München 1983.

VOBRUBA, G., Politik mit dem Wohlfahrtsstaat; Frankfurt 1983.

Wasserbau und Umwelt: Seminar des Instituts für konstruktiven Wasserbau der TU Wien in Laxenburg am 19./20. Nov. 1981, Seminarbericht 1983.

WELAN, M., (Hrsg.), Umweltpolitik und Umweltrecht; Laxenburger grüne Hefte, Arbeitsheft 5.

WELAN, M., Hainburg und die demokratische Republik; in: Die Presse, 16.1.1985.

WENDELBERGER, E., Die Auenwälder der Donau; in: Natur und Land; Sonderheft: Die Donau - Erbe und Verpflichtung, Heft 11-12/1949, S. 20-23.

WENDELBERGER, E., Gründe Wildnis am großen Strom. Die Donauauen; St. Pölten - Wien; 1. Aufl. 1976, 2., erweiterte Auflage 1982.

WENDELBERGER, G., Auwälder und Staustufen; in: Wiener Naturschutz-Nachrichten; Sonderheft: Schutz der Donaulandschaft, Mai 1976, S. 16-21.

WENDELBERGER, G., Ökosystem Auwald; Hrsg.: Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung, Wien, Sept. 1975.

WORM, A., Die E-Werke-Millionäre; in: profil, 13.12.1982.

WÖSENDORFER, H., Auwaldverluste und Konsequenzen; in: ÖGNU (Hrsg.), 1984, S. 143-157.

WÖSENDORFER, H. und JUNG, H., Ein Beitrag zur Erhaltung der Donauauen im Zuge des Kraftwerkbaues; Wien, Sept. 1981, 129 S., vervielfältigt.

WÜRTENBERGER, Th., Staatsrechtliche Probleme politischer
Planung; Verlag Duncker & Humblot, Berlin, 1979.

WURZER, E., Wasserbautechnische Prüfung von Mehrzweckanlagen
im Rahmen des Wasserrechtsverfahrens; in: Wasserbau und
Umwelt, a. a. O., S. 80-101.

Abkürzungsverzeichnis:

APL	= Arbeitsplätze
AVG	= Allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz
BM	= Bundesministerium
BMLF	= Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft
DoKW	= Österr. Donaukraftwerke-Aktiengesellschaft
KW	= Kraftwerk
LH	= Landeshauptmann
LSG	= Landschaftsschutzgebiet
NP	= Nationalpark
NSG	= Naturschutzgebiet
ÖIR	= Österr. Institut für Raumplanung
PAS	= Politisch-Administratives System
PGO	= Planungsgemeinschaft Ost
WRG	= Wasserrechtsgesetz

A N H A N G

"Hainburg": Chronologie eines gesellschaftlichen Konflikts

ANHANG:

Detaillierte Liste der "Einflußbereiche"

1. WIRTSCHAFT

1.1. Energiewirtschaft

1.1.1. Österreichische Donakraftwerke-AG

1.1.1.1. Donaukraftwerk Hainburg

1. Standort/Baustelle
2. Stauraum
3. technische Probleme
4. Ablehnung des Baus
5. Planung

1.1.2. Energiepolitik

1. Bedarfseinschätzung
2. Sparmaßnahmen
3. "alternative" Politik
4. Tarifpolitik, Produktionspreis
5. Produktionsmenge
6. Substitution kalorische Stromproduktion
7. Wasserkraftausbau als Strategie

1.2. Handel und Verkehr

1.2.1. Rhein-Main-Donau-Schiffahrtsstraße

1.2.2. Staatl. Schifffahrt (DDSG)

1.3. Bauwirtschaft

1.4. Industrie

1.4.1. Österreichische Industrie-AG

1.4.2. private Elektro- u. Maschinenindustrie

1.5. Landwirtschaft

1.6. Forstwirtschaft

1.7. Fremdenverkehr

1.8. Beschäftigung/Arbeitsmarkt

1.9. Öffentliche Finanzen (Haushalte)

1.10. Außenwirtschaft/Handelsbilanz

2. POLITISCH-ADMINISTRATIVES SYSTEM

2.1. Legislative

2.1.1. Nationalrat/Bundesrat

2.1.2. Landtag

2.2. Exekutive

2.2.1. Bundesexekutive

2.2.1.1. Bundesverwaltung

2.2.1.1.1. Bundespräsident

2.2.1.1.2. Bundeskanzler

2.2.1.1.3. Bundesregierung

2.2.1.1.4. Bundesminister

2.2.1.1.5. Bundesbehörden

2.2.1.1.5.1. Wasserrechtsbehörde

2.2.1.1.5.1.1. Sachverständige und Begutachtung

2.2.1.1.6. Polizei und Gendarmerie

2.2.2. Gerichtsbarkeit

2.2.3. Landesexekutive

2.2.3.1. Landeshauptmann

2.2.3.2. Landesregierung

2.2.3.3. Landesräte

2.2.3.4. Landesbehörden

2.2.3.4.1. Naturschutzbehörde

2.2.3.4.2. Begutachtung/Sachverständige

2.2.3.5. Bezirkshauptmann

2.2.4. Gemeindeorgane

2.2.4.1. Bürgermeister

2.2.4.2. Gemeinderat

2.3. Verwaltungsgerichtshof

2.4. Verfassungsgerichtshof

2.5. Rechnungshof

2.6. Politische Parteien

2.7. Öffentliche Interessensvertretungen (Sozialpartner)

2.7.1. Arbeitgeberorganisationen

2.7.2. Arbeitnehmerorganisationen

2.8. Vereine und sonst. Verbände

2.8.1. Natur- u. Umweltschutzvereine

2.9. Bürgerinitiativen

2.9.1. Information und Transparenz

2.9.2. Mitsprache und Anhörung

2.10. Universitäten

2.10.1. Universitätslehrer

2.10.2. Hochschülerschaft/Studenten

- 2.10.3. Fachdisziplin
- 2.10.3.1. Gesellschaftswissenschaft
- 2.10.3.2. Naturwissenschaft

3. MEDIEN/ÖFFENTLICHKEIT

- 3.1. Zeitungen
 - 3.1.1. Lokalzeitungen
 - 3.1.2. Tageszeitungen
 - 3.1.3. Wochen- u. Monatszeitungen
- 3.2. ORF
 - 3.2.1. Rundfunk
 - 3.2.2. Fernsehen

4. BEVÖLKERUNG/HUMANÖKOLOGIE

- 4.1. Psychologie Einzelperson
- 4.2. Schichtung/Gruppenbildung
 - 4.2.1. Geschlecht
 - 4.2.2. Alter
 - 4.2.3. Beruf
 - 4.2.4. Ausbildung
 - 4.2.5. regional
- 4.3. Einstellungen (Erfragungen)
- 4.4. Gesundheit und Wohlbefinden
- 4.5. Erholung, Freizeit, Sport
- 4.6. Bildung und Ausbildung
- 4.7. Hochwasserschutz
- 4.8. Trinkwasserversorgung
- 4.9. Abwasserentsorgung

5. NATURHAUSHALT/-SCHUTZ

- 5.1. Gewässer
 - 5.1.1. Oberflächengewässer
 - 5.1.1.1. Stauräume
 - 5.1.1.2. Fließstrecken
 - 5.1.1.3. Altarme, Augewässer
 - 5.1.2. Grundwasser

- 5.1.3. Heilquellen (Bad Deutsch Altenburg)
- 5.2. Gestein und Boden
- 5.3. Luft, Atmosphäre
- 5.4. (Regional)klima
- 5.5. Lebewesen/Auenschutz
 - 5.5.1. Pflanzenwelt
 - 5.5.2. Tierwelt
- 5.6. Au(wald), Biotopschutz
- 5.7. Landschaftsbild
 - 5.7.1. Bild der Kulturlandschaft
 - 5.7.2. Bild der Naturlandschaft
- 5.8. Ökotechnische Maßnahmen
 - 5.8.1. Sohleneintiefung der Donau
 - 5.8.2. Dotierung, Grundwassersicherung
 - 5.8.3. Hochwasserüberströmung
 - 5.8.4. "Gießgang", "Altarmaktivierung"
 - 5.8.5. Staurationgestaltung
- 5.9. Rechtlicher Naturschutz
 - 5.9.1. Internationale Abkommen
 - 5.9.2. Nationalpark Donau-March-Thaya-Auen
 - 5.9.3. Natur- u. Landschaftsschutzgebiete

"Hainburg": Chronologie eines gesellschaftlichen Konflikts

Einleitung

Die Chronologie ist eine der wesentlichen empirischen Grundlagen zur "Erklärung" des Falles Hainburg. In ihr sind sowohl öffentlichwirksame und öffentlich bekanntgewordene Aktionen als auch Vorgänge in der Verwaltung, der Planung etc., die sich der allgemeinen Sicht entzogen, festgehalten. Aus ihr soll die Parallelität, die Verwobenheit der Vorgänge auf verschiedenen Ebenen und Schauplätzen zum Ausdruck gebracht werden. Sie ist aus unterschiedlichsten Quellen zusammengestellt und kann keinen Anspruch auf Vollständigkeit stellen. Sie ist dennoch die umfassendste Darstellung des gesamten Prozesses, die bislang erstellt wurde.

Im einzelnen wurde immer versucht, folgendes festzuhalten:

- Akteur, Handelnder, Initiator
- Art der Handlung, Handlungsform
- Intention, Ziel, Zweck der Aktion
- Reichweite, Bedeutung in der Öffentlichkeit
- genaues Datum.

Ein Ziel der Chronologie ist es, die Aktionen im unmittelbaren Handlungsfeld Hainburg möglichst genau zu dokumentieren. Das zweite Ziel der Aufzeichnung der Chronologie ist es, das Handlungsfeld zu strukturieren. Es lassen sich mehrere "Entwicklungslinien" zeigen, die jede für sich in verschiedene zeitlich-inhaltliche Phasen gegliedert werden kann. Jede "Entwicklungslinie" ist einem bestimmten Akteur (bzw. Aktionsbereich) und einem bestimmten Aktionstyp zuordenbar (manche Aktionen sind nicht eindeutig zuordenbar):

Aktion A: Die Kraftwerksplanung der Österreichischen Donaukraftwerks-Aktiengesellschaft im Raum Hainburg/Petronell; ein im Prinzip technischer Planungsprozeß mit naturwissenschaftlicher Grundlagenerhebung als Planungsvoraussetzung.

Aktion B: Die Landschaftsplanung und Naturschutzaktivitäten im Donaauraum östlich von Wien; Akteure: ein Teilbereich des politisch-administrativen Bereichs (amtlicher Naturschutz in NÖ und Wien; Planungsgemeinschaft Ost; Raumplanungsabteilungen in Wien und NÖ).

Aktion C: Behördenverfahren zum Kraftwerk Hainburg: Auf Bundesebene das Wasserrechtsverfahren, auf Landesebene (NÖ) das Naturschutzrechtsverfahren; behördliche Abläufe im PAS nach den Allgemeinen Verwaltungsgesetzen und einschlägigen Rechtsnormen.

Aktion D: Widerstand gegen das Kraftwerk und/oder Befürwortung des Nationalparks/bzw. Ausschutzes; verschiedene Akteure, dann Herausbildung der "Lobby Nationalpark"; ein politischer Prozeß, der auf verschiedenen Ebenen (Medienöffentlichkeit; juristische Ebene, 'politische Aktionen') abläuft.

Aktion E: Befürwortung und Durchsetzung des Kraftwerks (z. T. Widerstand gegen den Nationalpark); auch hier kommt es zu einer organisatorisch und inhaltlich abgrenzbaren "Lobby Kraftwerk"; ein politischer Prozeß, der sich in bestimmten Aktionsformen niederschlug.

Aktion F: "Neutrale Aktionen"; verschiedene Akteure, z. B. Vermittlungsversuche, Organisation von Konflikt/Konsens-Veranstaltungen, sonstige Veranstaltungen im handlungsrelevanten Umfeld.

Das dritte, mit der Erstellung dieser Chronologie angestrebte, Ziel besteht darin, daß die isolierten 'Entwicklungslinien', die sich überlagerten, vernetzten, daß personellen, organisatorische, inhaltliche Übereinstimmungen, Verstärkungen, Abschwächungen in ihrem Zusammenhang dargestellt und analysiert werden können.

Die erstgenannte Zielsetzung ist mit der Niederschrift der Chronologie an sich erreicht. Die 'Entwicklungslinien' sind im Kapitel 1.1. dargestellt, womit der unmittelbare Handlungsbereich strukturiert und damit die zweite angesprochene Zielsetzung erfüllt ist.

Die Konfliktdynamik, die Vernetzungen und Überlagerungen im unmittelbaren Handlungsfeld sollen in den Kapiteln 2.1. und 2.3. analysiert werden.

Wie aus den Ausführungen ersichtlich, wird aus der Chronologie insbesondere folgendes nicht abzuleiten sein:

- eine Inhaltsanalyse der Medienberichterstattung
 - die "Konflikt-Rhetorik"
 - die inhaltliche Diskussion ("Sachdiskussion", "Durchsetzungsdiskussion")
 - die unterschiedlichen Werthaltungen, Sichtweisen bzw. Qualifizierung der Argumentationsweisen.
-

D: Die Bürgerinitiative "Rettet die Lobau" - ist seit etwa 1969/70 aktiv. Im August 1972 wird sie nach einem Ölunfall im Tanklager Lobau von den Medien stark unterstützt.

D: April 1972 - Juni 1972 - Kronenzeitung-Aktion: "Mehr Raum für den Baum".

F: Im Mai 1973 erwirbt die Gemeinde Wien von den Bundesforsten die Untere Lobau.

D: Im Jänner 1973 hat die Bürgerinitiative "Rettet den Sternwartepark" etwa 17.000 Unterschriften gesammelt. Am 15.3.1973 beginnt die Aktion der Kronenzeitung: "Finger weg vom Sternwartepark". Ende Mai 1973 Volksbefragung über den Sternwartepark.

A: 1976 beginnt die DoKW mit den Voruntersuchungen zu einem Kraftwerk Hainburg in zwei Standortvarianten (Strom-km

1888,7/Strom-km 1883,6; wasserwirtschaftliche Studie).

- B: 10. Jänner 1978: Verordnung des Naturschutzgebietes "March-
auen" bei Marchegg und des Naturschutzgebietes "Salzsteppe
Baumgarten" durch die NÖ Landesregierung.
- B: 20. Juni 1978: Verordnung des Naturschutzgebietes "Lobau -
Schüttelau - Schönauer Hafen" durch die NÖ Landesregierung.
- B: Oktober 1978: Lobau-Verordnung, mit der der Wiener Teil
unter Voll- bzw. Teilnaturschutz gestellt wird.
- B: 20. Dezember 1978: Das Amt der NÖ Landesregierung beauftragt
das Österreichische Institut für Raumplanung mit der Ab-
grenzung des Landschaftsschutzgebietes "Donau-March-Thaya-
Auen" und mit der Abgrenzung eventuell möglicher Natur-
schutzgebiete.
- B: 22. Juni 1979: Prof. Dr. Schwaiger: Entwurf für Motivenbe-
richt für das Landschaftsschutzgebiet "Donau-March-Thaya-
Auen".
- D: 17. November 1979: Der NÖ Naturschutzbund fordert in einer
Resolution die Landespolitiker auf, für eine rasche Ver-
wirklichung des geplanten Nationalparkes "Donau-March-
Thaya-Auen" Sorge zu tragen.
- D: 29. November 1979: LHStv. Hans Czettel schreibt A. Klein
("Verband für Umweltschutz und Gesundheitssport"), daß er
zum Ausschutz alles Mögliche unternehmen werde.
- B: 2. Oktober 1979: Verordnung des Naturschutzgebietes "Kleiner
Breitensee" an der March durch die NÖ Landesregierung.
- B: Vom Oktober 1979 datiert die generalisierte Darstellung und
Abgrenzung des Vorprojekts des "Nationalparks Donau-March-
Thaya-Auen", aufgezeichnet vom Österreichischen Institut
für Raumplanung.

- A: 1979/80 hat die DoKW im linksufrigen Augebiet gegenüber Hainburg erste geophysikalische Messungen durchgeführt.
- D: 19. Jänner 1980: A. Klein schreibt LH Maurer bezüglich der Schaffung eines "Nationalparkes Ost".
- D: 17. Feber 1980: Einleitung der Unterschriftenaktion für den Nationalpark Donau-March-Thaya-Auen durch Anton Klein im Rahmen einer Versammlung im Lobau-Museum.
- B: Im März 1980 erstellt die Abt. II/3 des Amtes der NÖ Landesregierung einen Verordnungsentwurf zur Erklärung der "Unteren Donauauen" zum Naturschutzgebiet.
- D: 14. Mai 1980: Der Gemeinderat von Hainburg befürwortet einstimmig die Schaffung eines Naturschutzgebietes "Untere Donauauen".
- D: 28. Mai 1980: A. Klein spricht von 27.000 Unterschriften für das "Volksbegehren Nationalpark Ost", initiiert vom Lobaumuseum mit Freiwilligen; angeschlossen haben sich die Landesgruppen Wien und Niederösterreich des Österr. Naturschutzbundes. Umweltschutzminister Salcher und Wissenschaftsminister Hertha Firnberg sprechen sich gegen die Trockenbauweise aus.
- D: 2. Juli 1980: Schreiben von LH Maurer an A. Klein: Verfahren der Unterschutzstellung der Donau-March-Thaya-Auen läuft; er wird sich einsetzen.
- D: 26. September 1980: Diskussion im Arbeiterkammersaal in Hainburg über geplantes Donaukraftwerk. In einer Resolution, der 30.000 Unterschriften beigelegt sind, fordern die Naturschützer eine Umplanung des Kraftwerkes: Verschiebung stromaufwärts; damit keine Hebung der Donaubrücke (75 Mio. öS.) erforderlich; Vizebürgermeister, Gemeinderäte Hainburg; Bürgermeister Bad Deutsch Altenburg anwesend.

- D: 29. September 1980: Diskussionsveranstaltung in einem Gasthaus in Eckartsau, 80 Teilnehmer; K. Fritscher, Dr. Czwiertnia, Dr. Putzgruber, S. Leitgeb, G. Navara und R. Golebiowski, Bürgermeister und Vizebürgermeister von Eckartsau anwesend.
- D: 18. Oktober 1980: Auwaldexkursion in Stopfenreuth und Diskussion in der Hainburger Bauernkammer; Vizebürgermeisterin von Engelhartstetten, Eckartsauer Vizebürgermeister, Hainburger Gemeinderäte anwesend; Primarius Zacherl und Dir. Fischer (Austria Tabak).
- D: 18. Oktober 1980: Versammlung der "Alternative 1892" in der Arbeiterkammer in Hainburg: fordern Kraftwerksbau in Nestbauweise oberhalb Bad Deutsch Altenburgs und den Nationalpark.
- E: 30. Oktober 1980: Bei der Gemeinderatssitzung in Hainburg geben ÖVP und SPÖ zwei getrennte Stellungnahmen zum geplanten Kraftwerksbau ab, die beide grundsätzlich den Bau positiv beurteilen; die SPÖ spricht sich gegen die Aktivitäten der Bürgerinitiative ("Verunsicherungskampagnen") aus.
- Mitte November 1980: G. Redl stellt seine 1. Broschüre über das Kraftwerk Hainburg, Projektstudie der DoKW aus 1976, fertig (1. grundsätzliche Information über das Projekt).
- D: 28. November 1980: Versammlung im Hainburger Arbeiterkammersaal; Naturschützer verlangen Verlegung des Kraftwerkes stromauf, um Brückenhebung einzusparen.
- D: 29. November 1980: Diskussionsveranstaltung in Eckartsau, von Frau Silvia Leitgeb organisiert (80 Personen, Czwiertnia, Fritscher, Putzgruber, Lazowski, Ton-Diaschau); Verfassung einer Protestresolution: Rückstellung des Kraftwerksbaus und rasche Verwirklichung des Nationalparks Donau-March-Thaya-Auen gefordert.

- A: Im Verlaufe des Jahres 1981 hat die DoKW 20 Landbohrungen in der Stopfenreuther Au und 45 Strombohrungen zwischen der Marchmündung und Petronell durchgeführt.
- A: Im Jahre 1981 hat die DoKW mit dem Bau des Hochwassermodells zur Staustufe Hainburg begonnen.
- C: 7. Jänner 1981: Verfügung der Wasserrechtsbehörde, daß die Bundesforste Vermessungsarbeiten und Bohrungen (geolog. Aufschlüsse) zu dulden haben.
- D: 8. Jänner 1981: Der World Wildlife Fund/Österreich unterstützt die vom Verband für den Umweltschutz und Gesundheitssport ins Leben gerufene Unterschriftenaktion für einen Nationalpark und kritisiert, daß "Nationalpark Lobau" zu eng begriffen ist.
- D: 17. Jänner 1981: Diskussionsveranstaltung in Loimersdorf; veranstaltet von S. Leitgeb; Referat: Hofrat Czwiertnia und OFR Putzgruber; anwesend R. List, W. Lazowski, Bgm. Mayer, BGM Windisch, Aktivisten des Lobaumuseums; insgesamt rund 50 Personen; Forderungsliste in Form eines 10-Punkteprogramms: für den Nationalpark etc.
- F: 30. Jänner 1981: Die Österr. Hochschülerschaft der Universität für Bodenkultur veranstaltet das Seminar "Donaulandschaft - Kraftwerksbau", ganztägig, 9 Referenten, 300 Teilnehmer, darunter Vertreter der lokalen Initiativen und Gemeinden (1. großes Treffen auf universitärem Boden); Pressevertreter: Kurier, AZ, Presse.
- D: 1. Feber 1981: Veranstaltung von S. Leitgeb im GH Zeuke in Orth: S. Leitgeb, Putzgruber, HR Czwiertnia, H. Margl und die Bürgermeister von Orth und Leopoldsdorf anwesend; 50 Teilnehmer.
- F: 3. März 1981: Konstitution des Proponentenkomitees "Donaulandschaft - Kraftwerksbau" an der Universität für Bodenkultur in Wien.

- F: 27. März 1981: 2. Sitzung der AG "Donaulandschaft - Kraftwerksbau" an der BoKu.
- D: 3. April 1981: Informationsabend der "Interessensgemeinschaft Nationalpark Ost" (R. List) im Kurhaus Ludwigsdorff in Bad Deutsch Altenburg; es sprechen Prof. Löffler, G. Redl und K. Fritscher.
- C: 28. April 1981: Empfehlung der Wasserrechtsbehörde an DoKW und NÖSIWAG, den Marchfeldkanal und Wasserkraftausbau östl. von Wien aufeinander abzustimmen.
- F: 7. Mai 1981: 3. Sitzung der AG 'Donaulandschaft - Kraftwerksbau', Fertigstellung des 'Memorandums'.
- D: 8. Mai 1981: Gründungsankündigung eines "Vereins gegen den Kraftwerksbau bei Hainburg", für den Kraftwerksbau bei Petronell (in Hainburg!).
- E: 11. Mai 1981: Resolution der Präsidenten der Arbeiter-, Handels- und Landwirtschaftskammer in Niederösterreich zum vorrangigen Ausbau der Wasserkraft.
- E: 12. Mai 1981: Rd. 500 Betriebsräte, Funktionäre der Gewerkschaft und Arbeiterkammer auf Donaufahrt. NÖ Arbeiterkammer fordert zügigen Ausbau der Donaukraftwerke; auch Betriebsräte der Bau-, Metall- und Elektroindustrie; Teilnahme Brezowskis, Aneliese Albrecht, Hesoun, Landesrat Höger, Vertreter DoKW, NEWAG und Verbundgesellschaft. Motto: "Wirtschaft, Energie, Vollbeschäftigung".
- A: Im Juni 1981: Vertrag für KW Greifenstein und Hainburg (zwischen DoKW und ARGE der Baufirmen) wird unterzeichnet.
- A/E: 2. Juni 1981: DoKW-Direktoren Kobilka und Neiger informieren in einem öffentlichen Gespräch mit Vertretern der Bauernschaft des Bezirks Marchegg in Bad Deutsch Altenburg (?) über das Projekt des KW Hainburg: Es komme nur Trockenweise in Frage.

- D/F: 12. Juni 1981: Landwirtschaftsminister Haiden wird in der Hainburger Au keine Rodungsbewilligung erteilen; neuerliche Prüfung der Standortfrage angekündigt; Pressekonferenz.
- A/E: 25. Juni 1981: Informationsveranstaltung in der AK Hainburg: BM Staribacher; DoKW-Direktoren Kobilka und Neiger informieren über das Kraftwerksprojekt; 200 Teilnehmer.
- F: 20. Juli: Hochschülerschaft der Universität für Bodenkultur veröffentlicht die 'BoKu-Blätter' 3/4, 1981, die einen Seminarbericht und die Ergebnisse des AK 'Donaulandschaft - Kraftwerksbau' beinhalten; bis auf weiteres die wichtigste Informationsbroschüre; 1. Nachdruck.
- B: 7. September 1981: Im Auftrag des Beschlußorganes der Planungsgemeinschaft Ost wurden die Arbeiter an einem "Nationalpark Ost"-Konzept begonnen.
- F: 29. Oktober 1981: Vorsprache der AG 'Donaulandschaft - Kraftwerksbau' bei BM Steyrer: Vorschlag Standortvariantenuntersuchung.
- F: 15. November 1981: Exkursion der AG 'Donaulandschaft - Kraftwerksbau' in die Auen bei Stopfenreuth und Petronell; zur Vorbereitung einer Stellungnahme zum KW Hainburg für BM Steyrer.
- F: 30. November 1981: Parlamentarische Anfrage 1527/J von Dr. König, H. Löffler und Genossen betreffend Donaukraftwerk Hainburg (10 Punkte).
- A: Jänner 1982: Zur Untersuchung der Hauptbauwerksvarianten Petronell und Stopfenreuth werden im Jahr 1982 zwischen Hainburg und Petronell 49 Bohrungen mit Tiefen bis zu 50m durchgeführt.

1982 wird entlang beiden Donauufern zwischen Hainburg und Fischamend alle Kilometer je eine Bohrung durchgeführt: Planungsgrundlagen für die Dammdichtungen (Untergrunddichtungen).

24 Bohrungen im Augebiet werden 1981 und 1982 als Grundwasserpegel ausgerüstet: Planungsgrundlagen für das mathematische Grundwassermodell (Randbedingungen); mit weiteren Bohrungen werden die Höhenlage des Grundwasserstauers und die Durchlässigkeit der Kiesschichten festgestellt.

Im Jahre 1982 wird die Eichung des Hochwassermodells Wien - Wolfsthal vorgenommen und der vor dem Bau der Staustufe vorhandene Zustand untersucht.

- B: 7. Jänner 1982: Vorlage des Verordnungsentwurfs zur Unterschutzstellung der "Unteren Donauauen" (von Eckartsau stromabwärts) seitens der Abt. II/3 des Amtes der NÖ Landesregierung beim Landesrat für Naturschutz.
- F: 19. Jänner 1982: Übergabe der Stellungnahme der AG 'Donaulandschaft - Kraftwerksbau' zur Staustufe Hainburg/Bad Deutsch Altenburg an BM Steyrer: interdisziplinäre Vorprüfung (UVP) und Untersuchung von Standortvarianten empfohlen; Ablehnung des Standortes Hainburg, Empfehlung des Standortes Petronell.
- F: 20. Jänner 1982: Vorsprache der AG 'Donaulandschaft - Kraftwerksbau' bei Landwirtschaftsminister Haiden und Übergabe sowohl des 'Memorandums' als auch der 'Stellungnahme'.
- B: 9. März 1982: Die Donau-March-Thaya-Auen werden mit Verordnung der NÖ Landesregierung zum Landschaftsschutzgebiet erklärt.
- F: 7. April 1982: Vorschlag der AG 'Donaulandschaft - Kraftwerksbau' für eine interdisziplinäre Voruntersuchung zur Standortfrage wird ans BM für Land- und Forstwirtschaft gesendet.

- D: 16. April 1982: Tonbild-Dia-Schau der "Interessensgemeinschaft zur Erhaltung der March-Donauauen" (R. Martinsich) im Kurhaus Ludwigstorff in Bad Deutsch Altenburg; es sprechen Dr. P. Weish und R. List.
- F: 21. April 1982: Stadtsaal Tulln; Bezirkslehrerarbeitgemeinschaft; Pro-/Kontravorträge zum Kraftwerk Greifenstein; 350 Teilnehmer (Volks- und Hauptschullehrer).
- D/B: 4. Mai 1982: Schriftliche Anfrage der Abt. II/3 des Amtes der NÖ Landesregierung an den Landesrat für Naturschutz bezüglich des Standes des Verfahrens zur Unterschutzstellung der "Unteren Donauauen" als Naturschutzgebiet.
- D/B: 14. Juni 1982: Schriftliche Anfrage der Abt. II/3 des Amtes der NÖ Landesregierung an den Landesrat für Naturschutz bezüglich des Standes des Verfahrens zur Unterschutzstellung der "Unteren Donauauen" des Naturschutzgebietes.
- B: 2. Juli 1982: Im Juli 1982 ist der vervielfältigte Bericht des ÖIR zum Landschaftsrahmenplan Donauauen, Wien - Hainburg, für die PGO fertiggestellt.
- F: 8. Juli 1982: 1. Anbotslegung der AG 'Donaulandschaft - Kraftwerksbau' im BM für Land- und Forstwirtschaft: Untersuchung der Standortfrage in den Disziplinen: Geologie, Grundwasserwirtschaft, Wasserbau, Wassergütewirtschaft, Zoologie, Limnologie, Vegetationskunde, Raumplanung; Umfang der Gesamtbeauftragung: 5 - 9,5 Mio. öS/12 bzw. 24 Monate als Bearbeitungszeitraum erforderlich.
- D/B: 30. Juli 1982: Schriftliche Anfrage der Abt. II/3 des Amtes der NÖ Landesregierung an den Landesrat für Naturschutz bezüglich des Verfahrens zur Unterschutzstellung der "Unteren Donauauen" als Naturschutzgebiet.
- C/F: 15. September 1982: Stadt Wien verlangt Anhörung bei der Wasserrechtsbehörde.

- F: 8. Oktober 1982: Die PGO leitet die Stellungnahme über ihre Variantenuntersuchung zu Standorten in Hainburg und Bad Deutsch Altenburg an vier Minister (Haiden, Steyrer, Sekanina und Staribacher) weiter. In den Antwortbriefen werden die Gutachten der PGO als informelle Grundlagen für weitere Entscheidungen bestätigt.
- D: 16. Oktober 1982: Im Herbst 1982 bewilligte der WWF-International ein mit 80.000 SFR dotiertes "Projekt zur Rettung der Auwälder östlich von Wien".
- F: 28. Oktober 1982: Gespräch von Vertretern der PGO und der DoKW; zusätzliche Aufschlußbohrungen zur genaueren Variantenbeurteilung werden geplant.
- D: 30. November 1982: Niederösterreichische Naturschützer schlagen vor, das Kraftwerk im Bereich der Schwalbeninsel zu errichten.
- E: 2. Dezember 1982: Sitzung des Beschlußorganes der Planungsgemeinschaft Ost: Empfehlung, daß alle Donau-Staustufen entsprechend dem Rahmenplan der DoKW ohne Verzögerung realisiert werden sollen; der 1. Teil der Raumplanungsstudie über den Nationalpark Ost wird diskutiert, der 2. Teil wird erwogen.
- D: 16. Dezember 1982: Die vom Bundespräsidenten unterzeichnete und vom Bundeskanzler gegengezeichnete Beitrittsurkunde zum 'Ramsar-Abkommen' (Übereinkommen über Feuchtgebiete von internationaler Bedeutung) wird beim Generaldirektor der UNESCO hinterlegt.
- F: 22. Dezember 1982: Anbotsabgabe der Arbeitsgemeinschaft 'Donaulandschaft - Kraftwerksbau' im BM für Land- und Forstwirtschaft (Limnologie, Vegetationskunde, Zoologie); die technischen Disziplinen entfallen; Gesamtbeauftragsumme unter öS. 2 Mio.

- A: Im Frühjahr 1983 werden von der DoKW 40 Bohrungen zur Erforschung der Grundwasserverhältnisse im Marchfeld abgeteuft und als Grundwasserpegel ausgestattet (Beweissicherung und Grundlage für Planung von Begleitmaßnahmen).
- A: 1982/83 (?) wird mit 78 Untersuchungsbohrungen die Konfiguration des Kalkspornes bei Bad Deutsch Altenburg (Heilquellen) festgestellt: Detailuntersuchung eines zentralen Problems der Auswirkungen der Kraftwerkerrichtung).
- A: Nach Beendigung der 'Anschlußzeichnung' (bis Mitte 1983 ?) wird anschließend das Modell des Kraftwerkes Hainburg eingebaut und geprüft (ab Mitte 1983 ?) (hydraulisches Hochwassermodell).
- B: 1. Feber 1983: In einem Arbeitskreis "Nationalpark Ost" (Behördenvertreter von Wien, NÖ und dem Burgenland) werden die wesentlichen Ergebnisse des 1. Abschnittes konkretisiert; im weiteren Verlauf wurde das ÖIR durch die PGO beauftragt, den 2. Teil der Studie zu erstellen.
- D: Im Feber 1983 startet die WWF-Kampagne "Rettet die Auen" in Österreich.
- D: 19./20. Feber 1983: Energieseminar der Alternativen Liste und diverser Natur- und Umweltschutzinitiativen in Zwentendorf: "bedingtes Nein" zum Kraftwerk Hainburg; Forderung einer Umweltverträglichkeitsprüfung.
- D: 23. Feber 1983: Im Marchfeld formiert sich eine 2. Bürgerinitiative gegen das Kraftwerk Hainburg; Grundstein für eine Kooperation mit BI. Hainburg gelegt.
- F: 3. März 1983: Stellungnahme des Fischereivereins Hainburg zum Kraftwerk an die Gemeinde.

- B: 7. März 1983: Aussendung des Entwurfs einer Verordnung zur Unterschutzstellung der "Unteren Donauauen" als Naturschutzgebiet durch die NÖ Naturschutzbehörde.
- E: 7. März 1983: DoKW, Arbeiterkammer und das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft suchen in Anschluß daran um Fristverlängerung an (bezügl. NSG "Untere Donauauen").
- F: 15. März 1983: Eine Schleusenkammer muß gemäß einer Verordnung des Bundesministeriums für Verkehr auf größere Ausmaße (34 x 275 m) ausgebaut werden.
- B/D: 16. April 1983: Das Übereinkommen über Feuchtgebiete, insbesondere als Lebensraum für Wasser- und Watvögel, von internationaler Bedeutung (Ramsar-Abkommen) tritt für Österreich in Kraft; die Donau-March-Auen sind in der 'Liste österreichischer Feuchtgebiete von internationaler Bedeutung' explizit angeführt (Völkerrechtliche Verpflichtungen).
- A/F: 27. April 1983: Die Planungsgemeinschaft Ost (Geschäftsstelle) wird seitens der DoKW über die Ergebnisse der Untersuchungen zur Heilquelle in Bad Deutsch Altenburg informiert.
- A/E: 28. April 1983: Dir. Kobilka (DoKW) erläutert im Rahmen einer Pressekonferenz die schwierigen, geologischen Verhältnisse im Raum Bad Deutsch Altenburg und bezeichnet die Variante Hainburg als die optimale.
- B: 1. Mai 1983: Die vom Bundespräsidenten unterzeichnete und vom Bundeskanzler gegengezeichnete Ratifikationsurkunde des "Bernier Abkommens" (Übereinkommen über die Erhaltung der europäischen wildlebenden Pflanzen und Tiere und ihrer natürlichen Lebensräume) wird beim Generalsekretär des Europarates hinterlegt.
- F: 5. Mai 1983: Exkursion ins Nationalparkgebiet: Veranstalter

Prof. Radler/Prof. Reith (Universität für Bodenkultur; mit Studenten von der ETH Zürich; 75 Teilnehmer).

- D: 7. Mai 1983: Die Bürgerinitiative gegen das Kraftwerk Hainburg gestaltet die kleine, bunte Broschüre gegen den Kraftwerksbau; Versand an alle Haushalte im Hainburger Raum.
- D: 13. Mai 1983: Veranstaltung in Hainburg: Großer Saal der Arbeiterkammer: B. Lötsch nimmt zum Bau des Kraftwerkes Hainburg Stellung; Diaschau "Grüne Wildnis ..." (Navara, Golebiowski)
- D: 15. Mai 1983: Die Österr. Ärztekammer schließt sich den Gegner des Kraftwerkes Hainburg an.
- A: 19. Mai 1983: Antrag der DoKW zur Bevorzugungserklärung in der Wasserrechtsbehörde eingebracht, Projektvorlage in 3 Varianten.
- F: 26. Mai 1983: Podiumsdiskussion zum KW Hainburg an der TU Wien, veranstaltet von der katholischen Hochschulgemeinde; Wedl, Neiger, List, Redl, Ritter, Weish; rd. 150 Teilnehmer.
- E: 31. Mai 1983: Regierungserklärung beinhaltet ausdrücklich den Bau des Kraftwerkes Hainburg.
- E/F: Ende Mai 1983: Der Verein "Sichere Energie - sichere Zukunft" (Hesoun, Pöttschacher) legt eine Dokumentation zum Kraftwerk Hainburg mit Variantenvergleich des Einreichungsprojektes vor; tritt für Kontinuität der Beschäftigung ein (Zahlenangaben).
- C: 3. Juni 1983: Beauftragung von Gutachten zu Hydrogeologie an Dr. Boroviczény und Prof. Maurin durch die Wasserrechtsbehörde wegen der eventuellen Gefährdung der Heilquellen in Bad Deutsch Altenburg.

- : 6. Juni 1983: Eingabe der Bürgerinitiative Marchfeld - "Zur Rettung der Donau- und Marchauen" - an Bundesminister Haiden.
- E: 8. Juni 1983: Die Broschüre der DoKW zum Kraftwerk Hainburg (Gegenargumente gegen Broschüre der Bürgerinitiative) erscheint in erster Auflage.
- D: 4. Juni 1983: Alle Bürgerinitiativen haben sich in einer Krisensitzung zu einem gemeinsamen Vorgehen in Sachen Stau- stufe Hainburg entschlossen (Sitzungsergebnis).
- D: 1. Juli 1983: Die Bürgerinitiative Hainburg überreicht dem Bürgermeister mehr als 2.400 Unterschriften von Bürgern, die gegen das Kraftwerk Hainburg sind (mehr als 50% der Wahlberechtigten).
- D: 12. Juli 1983: Die Vereinten Grünen treten gegen jeden weiteren Ausbau der Wasserkraft an der Donau ein (im Zuge des Wahlkampfes zur NÖ Landtagswahl).
- E: 13. Juli 1983: Betriebsrätekonferenz in der NÖ Arbeiter- kammer betreffend Donaukraftwerke Hainburg. Die Betriebs- räte der am Bau von Hainburg beteiligten Firmen sprechen sich gegen jede Bauverzögerung aus.
- D: 14. Juli 1983: Die Frauenbewegung der ÖVP schließt sich den Kraftwerksgegnern an.
- C: 27. Juli 1983: Abgabe der Gutachten von Dr. Boroviczény und Prof. Dr. Maurin zur Heilquellengefährdung in der Obersten Wasserrechtsbehörde.
- D: 31. Juli 1983: Schlauchbootfahrt in Stopfenreuth, veran- staltet von den Vereinten Grünen.
- F/E: 1. August 1983: "Hainburg-Gipfel" im Bundeskanzleramt (Sinowatz, Haiden, Steyrer, Schmidt, Grünzweig, Schieder,

- Kobilka): Abwarten der ökologischen Gutachten angekündigt.
- D: 2. August 1983: Ein Sondergipfel der "Vereinten Initiativen zur Rettung der Donau-March-Auen" verabschiedet ein Memorandum gegen das Kraftwerk Hainburg (energiepolitisch motiviert).
- B: Anfang August 1983 wird der 1. Arbeitsabschnitt des Raumordnungsgutachtens über nationalparkwürdige Gebiete vom ÖIR abgeschlossen und der PGO übergeben; von ÖIR und Zottl wird die Standortvariante "Röthelstein" in Bearbeitung genommen.
- F/D: 5. August 1983: Club 2-Diskussion: SPÖ-Abgeordneter Josef Cap stellt sich gegen die offizielle Parteilinie: "Hainburg soll nicht gebaut werden."
- D: 7. August 1983: WWF-Broschüre langt im Ministerbüro ein (BMLF).
- D: 9. August 1983: Die Alternative Liste nennt die Verhinderung des Kraftwerkes Hainburg einen Schwerpunkt für die NÖ Landtagwahl.
- F/D: 12. August 1983: Mock (ÖVP) tritt für ein Volksbegehren über den KW-Standort in Hainburg ein.
- F: 15. August 1983: Film: "Streifzüge durch die Auen" von Brigitte Vacha in FS 1.
- B: 1. September 1983: Das Übereinkommen über die Erhaltung der europäischen wildlebenden Pflanzen und Tiere und ihrer natürlichen Lebensräume ('Berner Abkommen') tritt für Österreich in Kraft.
- D: Im September 1983 beginnen die regelmäßigen wöchentlichen Treffen der 'Aktionsgemeinschaft gegen das KW Hainburg'; in Fischamend wird eine neue Protestbewegung gegründet,

die sich der 'Aktionsgemeinschaft' anschließt.

- B/D: 4. September 1983: Verordnungsentwurf für ein Naturschutzgebiet "Untere Donauauen" von NÖ Naturschutz an die Wasser-schutzbehörde zur Stellungnahme weitergeleitet.
- F/D: 19. September 1983: Podiums-Diskussionsveranstaltung im Kurhaus Bad Deutsch Altenburg: Bürgerinitiativen-Vertreter List, Landeshauptmann Ludwig; Weish, Kobilka, Schacht u. a. ... Pro Hainburg-Initiative Vertreter etc., 500 - 600 Teil-nehmer; bereits 100.000 Unterschriften gesammelt/Veran-staltung von "Modell Niederösterreich" organisiert. 'Krone' von DoKW geklagt.
- C: 21. September 1983: Aufforderung der Wasserrechtsbehörde an diverse (33) zur Vertretung öffentl. Interessen berufene Stellen (5 Ministerien, 2 Länder, BSTA, Amt für Schifffahrt Kaisermühlen, 7 Kammern, 3 BH's, 13 Gemeinden) im Zuge des Ermittlungsverfahrens, zum Antrag auf Bevorzugungserklärung, Stellung zu nehmen (Frist bis 31. 10. 83; im wesentlichen eingehalten; siehe Anmerkung in der Bevorzugungserklärung); Gemeinden eher reserviert bis ablehnend (ist üblich).
- F/C: 22. September 1983: Die Oberste Wasserrechtsbehörde teilt der Planungsgemeinschaft Ost mit, daß aufgrund der Prüfung der geolog. Gutachten zu den Heilquellen in Bad Deutsch Altenburg, die Verschiebung des Donaubettes in das Augebiet erforderlich sein wird.
- D: 23. September 1983: Die Erklärung der Naturschutzsachver-ständigen an Landeshauptmann Ludwig zur Rechtslage im Fall Hainburg wird organisiert.
- D: 25. September 1983: Bootsrennen Oxford-Cambridge: Wien-Hainburg/'Krone'-Donaufest in Hainburg; Veranstalter: Krone und WWF; Radfahrt von Argus Wien - Hainburg; Sport-minster H. Zilk überreicht Siegerpokal; Ehrenschatz BM Steyrer; mehrere kulturelle Programme; Au-Führungen; Drachensteigen-Wettbewerb; Musikprogramm im Bad ...

- D: 29. September 1983: Rechtsgutachten des Juristentteams der "Aktionsgemeinschaft gegen das Kraftwerk Hainburg" wird dem Landeshauptmann Ludwig überreicht.
- B: Im Oktober 1983 wird der 2. Arbeitsabschnitt des Raumordnungsgutachtens über nationalparkwürdige Gebiete in der Länderregion Ost seitens des ÖIR abgeschlossen und der PGO abgegeben.
- E: 4. Oktober 1983: Die NÖ Arbeiterkammer tritt für den Bau des Kraftwerks Hainburg bei Beachtung einer Reihe von "ökologischen Begleitmaßnahmen" ein.
- D: 12. Oktober 1983: Aktionsgemeinschaft gegen das KW Hainburg: Informationsabend "Stoppt die Lobbies" - Nationalpark statt Kraftwerk! Referate Kaupa, Lötsch, Dister, Breiteneder, Wendelberger; Ehrenschatz BM Steyrer; abschließend: Ton-diaschau "Grüne Wildnis ..." (400 Teilnehmer, vorwiegend Studenten).
- B/F: 14. Oktober 1983: PGO präsentiert Variante Röthelstein intern in der Wasserrechtsbehörde: → als Variante 5 in der WR-Behörde in Behandlung einbezogen.
- F: 17. Oktober 1983: Ingenieur- und Architektenkammer fördert umfassende Voruntersuchung zum KW Hainburg.
- F: 18. Oktober 1983: 'Politisches Gespräch' bei der Gewerkschaftlichen Einheit, 1. Bezirk, Wien: "Ja oder Nein zum Donaukraftwerk Hainburg?" Pro-Kontra-Referate und Diskussion; Dir. Schmid (DoKW)/H. Wösendorfer; 35 Teilnehmer; z.T. Gewerkschafter.
- F/B: 21. Oktober 1983: Variante "Röthelstein" der 'Planungsgemeinschaft Ost' wird in den Medien vorgestellt.
- E: 24. Oktober 1983: Ablehnende Stellungnahme der DoKW zur Variante Röthelstein an Wasserrechtsbehörde.

- C: 24. Oktober 1983: Stellungnahme des Amtes der Wiener Landesregierung zum Antrag der DoKW auf Erklärung von Hainburg zum bevorzugten Wasserbau mit ablehnendem Tenor.
- D: 27. Oktober 1983: BUND, Deutscher Bund für Vogelschutz, Deutsche Ornithologen-Gesellschaft, WWF-Deutschland schicken eine Resolution gegen das Kraftwerk Hainburg an Bundeskanzler Sinowatz (Hans König im Namen von 120.000 Mitgliedern).
- E: 7. November 1983: NÖ Arbeiterkammer-Vollversammlung verabschiedet eine Resolution, fordert rasche Entscheidung der Standortfrage, tritt für Standort Hainburg mit entsprechenden Begleitmaßnahmen ein, fordert gesamten Donauausbau. NÖ Landesregierung distanziert sich von ablehnender Czwiertnia -Stellungnahme.
- E: 9. November 1983: Grünzweig, Brezovski, Verein "Sichere Energie - sichere Zukunft": Aussprache bezüglich Hainburg. 1. Stellungnahme Czwiertnia.
- F: 13. November 1983: Besprechung PGO, DoKW, Zottl in der Obersten Wasserrechtsbehörde über die 'Variante Röthelstein'.
- D: 15. November 1983: Antrag von 21 Naturschutzorganisationen an das Amt der NÖ Landesregierung zur Unterschutzstellung der Donauauen unterhalb Wiens als Naturschutzgebiet oder Naturpark.
- E: Mitte November 1983: Offener Brief des Stadtamtsdirektors der Gemeinde Hainburg an die Bürgerinitiative, die gegen das Kraftwerk eintritt.
- C: 17. November 1983: Die Wasserrechtsbehörde erklärt den Zusammenhang von Ramsar- bzw. Berner Abkommen mit Hainburg aus juristischer Sicht als nicht bindend.

- D: 17. November 1983: Resolution der Naturschutzsachverständigen an Landeshauptmann Ludwig, daß das KW Hainburg nach gegebener Rechtslage naturschutzrechtlich nicht bewilligt werden dürfte.
- C: 22. November 1983: Margl-Gutachten: Landschaftspflege, Teil I an WR-Behörde abgegeben.
- D: 28. Nov. bis 7. Dez. 1983: Hainburg-Ausstellung in der Aula der Universität Wien; Vernissage: G. Nening, Prof. Rainer, E. Busek.
- A: 29. November 1983: Antrag der DoKW auf wasserrechtliche Bewilligung der Hauptvariante des Kraftwerks Hainburg.
- F/D: 1. Dezember 1983: Podiumsdiskussion: "Au oder Kraftwerk?", Audi-Max der Wirtschaftsuniversität; Steger, Heinziger, Fremuth, Lötsch, Dister, Raab, Graupe, Rainer/Veranstalter ÖH; 1.000 Teilnehmer.
- F/C: 2. Dezember 1983: Hearing der Aktionsgemeinschaft im Festsaal der NÖ Landeskammer (Ludwig, Landtagsklub etc.); Dister, Vogel, Zacherl, Weish, Wendelberger etc. → Überreichung der Unterschriften.
- A: 2. Dezember 1983: Ansuchen der DoKW um naturschutzrechtliche Bewilligung bei den Bezirkshauptmannschaften Wien-Umgebung, Bruck/Leitha und Gänserndorf.
- B: 2. Dezember 1983: Tagung des Koordinationsorganes der PGO: Thema u. a. "Nationalpark Ost" und "Landschaftsrahmenplan Wien - Wolfsthal".
- C: 7. Dezember 1983: Geolog. Gutachten von Bonovizcény bei WRB abgegeben.
- D: 9. Dezember 1983: Exkursion schweizer und französischer Journalisten ins Projektgebiet. Weitere Internationali-

sierung des Konflikts durch Franz Weber's Assoziation im französischen Sprachraum; Organisation: WWF.

- C: 13. Dezember 1983: Sitzung der NÖ Landesregierung → Stellungnahme zum Antrag auf Bevorzugungserklärung.
- F/D: 15. Dezember 1983: ORF-Mittagsjournal: laut Prof. Raschauer Kraftwerksbau ohne Gesetzesbruch nicht möglich = Vorstellung seines Gutachtens.
- B: 19. Dezember 1983: Sitzung des Beschlußorgans der Planungsgemeinschaft Oat: Behandlung u. a. des Landschaftsrahmenplanes Donauauen; Wien - Wolfsthal; zum "Nationalpark Ost" wird ein Beschluß gefaßt, weitere Aktivitäten in diese Richtung nicht zu setzen und die Klärung des "Falles Hainburg" abzuwarten; zur Variante Röthelstein wird die DoKW zu genaueren Untersuchungen aufgefordert.
- C: 22. Dezember 1983: Bescheid des BM für Land- und Forstwirtschaft: Erklärung des Donaukraftwerkes Hainburg zum 'bevorzugten Wasserbau' (wasserrechtliche Bewilligung bis 3Q. 9. 84 zu erwirken = Abschluß Bevorzugungsverfahren; Voraussetzung: Vorliegen positiver naturschutzrechtlicher Bewilligungen u. a.).
- C: 23. Dezember 1983: Zoologiegutachter Prof. Steiner bei WRB abgegeben.
Die Interessensvertretungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer begrüßen die prinzipielle Entscheidung für den Bau des Kraftwerkes Hainburg.
- Ende Dezember 1983: Geolog. Gutachten Prof. Maurin bei der Wasserrechtsbehörde abgegeben.
- Ende Dezember 1983: Limnolog. Gutachten von Prof. Löffler bei WRB abgegeben.
- D: 29. Dezember 1983: Besetzung des "Sauhaufens" in Simmering wird vorbereitet.

- D: 30. Dezember 1983: Beginn der Besetzung des "Sauhaufens" (Freitag).
- D: 2. Jänner 1984: Besetzung des "Sauhaufens" fortgesetzt (Montag); Verhinderung der Rodungsarbeiten.
- D: 3. Jänner 1984: Weitere Besetzung und Verhinderung der Rodungsarbeiten am "Sauhaufen".
- D: 4. Jänner 1984: Weitere Besetzung und Verhinderung der Rodungsarbeiten
- D: 5. Jänner 1984: Mit der Übermacht von 100 Arbeitern und 200 Polizisten wird die Rodung des "Sauhaufens" durchgeführt.
- C: Anfang Jänner: Beginn des Vorprüfungsverfahrens zur wasserrechtlichen Bewilligung in der Wasserrechtsbehörde.
- C: 16. Jänner 1984: Verfügung von BM Haiden zur Schaffung der 1. Ökologiekommission ("ökologische Kommission Kraftwerk Hainburg") im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft.
- C: 17. Jänner 1984: 1. Sitzung der "Ökologiekommission Donaukraftwerk Hainburg" im BMLF.
- E: 19. Jänner 1984: Gemeinsame Konferenz der Interessensvertretungen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern in der NÖ Arbeiterkammer zum Thema Hainburg. Der Österr. Arbeiterkammertag, die Bundeswirtschaftskammer, die Gewerkschaften Metall-, Bergbau- und Energie sowie der Privatangestellten und die NÖ Arbeiterkammer unterstützen die forcierte Nutzung der Wasserkraft und den Bau des Kraftwerkes Hainburg.
- D: 27. Jänner 1984: Der BUND protestiert mit seinen 75.000 Mitgliedern gegen den Bau von Hainburg und droht mit Urlaubsboykottaufruf unter seinen Mitgliedern (Brief G. Thielke an Bundeskanzler Sinowatz).

- F: 30. Jänner 1984: Akademie für Umwelt und Energie, Laxenburg (NÖ): Kraftwerk Hainburg (Dir. Kobilka), Nationalpark Ost (Hofrat Silberbauer) und Pro-/Kontra-Expertenhearing; nicht-öffentliche Veranstaltung; 52 Teilnehmer; z. T. für Naturschutzverfahren wichtige Beamte; Zielsetzung: Versachlichung der Diskussion (einer der wichtigsten, aber zu späten Ansätze); anschließend Stellungnahmeverfahren und Buchveröffentlichung.
- F/D: 31. Jänner 1984: Rechtsgutachten von Prof. Pernthaler und Dr. Weber, im Auftrag der ÖGNU, zur Bevorzugungserklärung des Projekts vorgestellt (andere Quelle: 6. 2. 1984).
- C: 14. Feber 1984: 2. Sitzung der Ökologiekommision des BMLF.
- D: Ende Feber 1984 kommt die 1. Auflage (5.000 Exemplare) der Information der Aktionsgemeinschaft gegen das Kraftwerk Hainburg heraus: "Das Projekt Donaukraftwerk Hainburg".
- E: 1. März 1984: Stellungnahme des Gemeinderats von Hainburg zum Donaukraftwerk Hainburg: Ja, aber keine Verlegung Richtung Stadt; viele Auflagen gefordert; Nein zur Variante Röthelstein.
- C: 3. März 1984: Die Sachverständigen der WR-Behörde wurden bereits bestellt (Namen siehe Kopie!) und Beweissicherung in die Wege geleitet. (Wasserrechte, Wasserqualität, land- und forstwirtschaftliche Nutzung, Hydrografie → IST-Zustand).
- E: 8. März 1984: Pro-Hainburg Expertenhearing: Prof. Schöpf, Prof. Blind, Prof. Makovec, Prof. H. Wagner (DoKW-Experten), Niesner (BStr.B.A.).
- A/E: 12. März 1984: Univ. Prof. Dr. Wimmer (Innsbruck) erstellt für die DoKW ein Rechtsgutachten über die mit der naturschutzrechtlichen Bewilligung verbundenen Fragen.

- D: 16. März 1984: Die "Kooperation deutscher Heilpraktikerverbände" der BRD (vertritt 7.200 von 8.100 Kollegen) unterstützen die Aktionen der Deutschen, Schweizer und Liechtensteiner Naturschutzorganisationen gegen das Kraftwerk Hainburg (Brief an Bundeskanzler Sinowatz, Steger, Steyrer, Ludwig).
- D: 21. März 1984: Der Deutsche Naturschutzring droht Appell zum Urlaubsboykott Österreichs an.
- D: 22. März 1984: Franz Weber protestiert im Namen der Aktionsgemeinschaft beim Europarat in Straßburg.
- D: 27. März 1984: Pressekonferenz der NÖ Naturschutzsachverständigen im Presseclub Concordia gegen das Kraftwerk Hainburg.
- D: 29. März 1984: 3 ÖVP-Abgeordnete (Heinziger, Hubinek, Karas) überreichen im Nationalrat die Petition Konrad Lorenz': "Petition zum Schutz der Donau-March-Auen". Autor: Karas.
- D: 30. März 1984: Die Jugendorganisationen der SPÖ fordern die endgültige Streichung von Zwentendorf und Hainburg aus dem politischen Programm der Partei, damit zukünftige Wahlniederlagen vermieden werden; zum Teil innerorganisatorische Opposition gegen diesen Beschluß.
- D: 10. April 1984: Die Jugendorganisationen aller 3 Parlamentsparteien sind gegen das Kraftwerk Hainburg (A. Gusenbauer, O. Karas, H. Gorbach) - zumindest gegen den Standort.
- C: 10. April 1984: 3. Sitzung der Ökologiekommission des BMLF.
- D: 17. April 1984: Pressekonferenz der Österr. UNESCO-Kommission (M. Wagner, H. Löffler): Biosphäre-Reservat Lobau und Kraftwerk Hainburg sind unvereinbar; Ramsar- und Berner Abkommen müssen beachtet werden!

- D: 3. Mai 1984: Prinz Philip, Präsident des WWF-International, ruft in öffentlichem Auftritt zur Einhaltung der Ramsar-Konvention und zum Schutz der Donauauen in Hainburg auf.
- D: 6. Mai 1984: Umzug in Tierkostümen auf dem Wiener Ring: "Hainburgisnacht".
- D: 7. Mai 1984: "Pressekonferenz der Tiere" im Presseclub Concordia (Nenning, Mauthe, Gorbach, Lötsch, Turrini, Karas, Meissner-Blau; Ankündigung des Volksbegehrens gegen das KW Hainburg).
- D: 14. Mai 1984: Einleitung des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens im Presseclub Concordia.
- D: 17. Mai 1984: Bereits rund 25.000 Unterstützungsschriften für das Konrad-Lorenz-Volksbegehren (?), Grundzüge des Konzepts des Überparteilichen Personenkomitees des Volksbegehrens formuliert.
- E: 17. Mai 1984: Pro-Hainburg-Demonstration in Wien, Heldenplatz; 40.000 Teilnehmer; Redner Benya, Hesoun; veranstaltet von den Sozialistischen Gewerkschaften und diversen Firmenleitungen.
- D: 20. Mai 1984: Ausflug und Fest in der Hainburger Au; veranstaltet vom WWF; mit Prominenten "Künstler für die Au".
- F/E: 21. Mai 1984: Eröffnung des Donaukraftwerkes Greifenstein.
- C: 28./29. Mai 1984: Besichtigung des Projektgebietes durch die Ökologiekommision des BMLF.
- D: 30. Mai 1984: Der Schwur von Hainburg, gesprochen auf der alten Burg von Hainburg; rund 3.000 (?) Teilnehmer (Lötsch, Nenning), KLV und andere.

- D: 2. Juni 1984: Österr. Gesellschaft für Vogelkunde: Jahrestagung in Weyer (OÖ); Referat über Nationalpark und Kraftwerk Hainburg; 60 Teilnehmer.
- D: 3. Juni 1984: Artikelserie "Argumente für das Konrad-Lorenz-Volksbegehren" startet in der Kronenzeitung.
- E: 5. Juni 1984: Die Sozialpartner (einschließlich der Landwirtschaftskammer) veranstalten ein Expertengespräch zum Donaukraftwerk Hainburg und zum Ausbau der Wasserkraft in den Sofiensälen in Wien.
- D: 5. Juni 1984: Forum-Sondernummer erscheint: Beinhaltet die Programmatik und Erläuterungen des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens.
- D: 7. Juni 1984: Im Juni 1984 unterstützt "Nein zu Zwentendorf" ausdrücklich das Konrad-Lorenz-Volksbegehren.
- C: 20. Juni 1984: Erlassung des Bescheids der BH Gänserndorf, Zl. 9-N-8360, mit dem der DoKW die naturschutzbehördliche Bewilligung zur Errichtung des Kraftwerkes Hainburg versagt wurde (1. Instanz d. naturschutzrechtlichen Verfahrens).
- D: 29. Juni 1984: Demonstration Ballhausplatz und 'Dschungelfest' Am Hof: Motto Frieden mit der Natur. Veranstalter: Aktionsgemeinschaft Nationalpark 85.
- D: 30. Juni 1984: Nationalpark-Deklaration, gemeinsame Fahrt in die Auen - Aktionsgemeinschaft Radfahrt Wien - Stopfenreuth (Argus) zur Nationalparkerklärung.
- C: 2. Juli 1984: Anfang Juli wird das Gutachten: Kresser "Donau-eintiefung" von der Wasserrechtsbehörde in Auftrag gegeben.
- C/A: 5. Juli 1984: Einbringung der Berufung der DoKW gegen den naturschutzrechtlichen Bescheid, 1. Instanz der BH Gänserndorf.

- D: 6. Juli 1984: Deutsche Naturschutzvertreter: B. Grzimek, Prof. Heydemann, Prof. Engelhardt u. a. geben Pressekonferenz und Exkursion Hainburg im Bus (Aktion des WWF), Thema: "Tourismusboykott oder -empfehlung?" Sprechen sich gegen das Kraftwerk Hainburg aus.
- D: 7.-9. Juli 1984: 1. Koordinationstreffen des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens in Salzburg.
- F: 10. Juli 1984: Film von T. Brandstaller in FS 1 (Gegenüberstellung von Interviews: K. Lorenz, O. König, B. Lötsch etc.) (Naturaufnahmen, KW-Bau), 3/4 Stunde.
- C: 12. Juli 1984: Der NÖ Landtag beschließt den Dringlichkeitsantrag, wonach Landesrat Brezowsky über die Berufung der DoKW gegen die abweislichen Bescheide selbst entscheiden sollte.
- D: 15. Juli 1984: Entwurf einer Erklärung gegen eine eventuelle "Überfallsdemokratie" (des Volksbegehrens?) → Reaktion auf Probebohrungen// auch diesbezügliche Briefaktion von G. Schobesberger; Pressekonferenz des Volksbegehrens.
- C/E: 19. Juli 1984: Landesrat Brezowsky stellt fest, daß der in 1. Instanz von drei Bezirkshauptleuten erlassene ablehnende Naturschutzbescheid einer Beurteilung des Verwaltungsgerichtshofes nicht standhalten würde, weil wichtige Entscheidungen dieses Höchstgerichtes übersehen wurden.
- C: 23./24. Juli 1984: Besichtigung der KW Greifenstein und Altenwörth durch die Ökologiekommission.
- C: 8. August 1984: Forstrechtliche Bewilligung (Rodungsbewilligung für Vorarbeiten) von zusätzl. geolog. Aufschlüssen für DoKW.
- C: 16. August 1984: Aufforderung der WRB an DoKW, den Kreis der betroffenen Parteien bekanntzugeben.

- C: 22. August 1984: Bekanntgabe offener Fragen durch die Wasserrechtsbehörde an die DoKW.
- A/E: 30. August 1984: DoKW legt endgültige Abgrenzung des Projektgebietes dar.
- C: 2. September 1984: Prof. Kresser gibt das Gutachten zur "Donaeintiefung" Anfang September bei der WRB ab.
- D: 13. September 1984: Societas Internationalis Limnologiae (Präsident: H. Löffler) gibt gemeinsam mit den Naturschutzsachverständigen des Landes NÖ eine Pressekonferenz zu Hainburggutachten und zum Naturschutzverfahren 2. Instanz (König-Gutachten auf 12 Seiten zerplückt).
- D: 16.-22. Sept. 1984: SSR-Reisen, Schweizer Reisegruppe unternimmt über WWF-Organisation Bootsfahrten durch die Donauauen (Roberto Epple) und gibt eine gemeinsame öffentliche Erklärung für den Nationalpark ab.
- D: 21. September 1984: Pressekonferenz des WWF: Zur Trinkwassersituation im Raum Wien, Prof. Lund u. a.
- D: 22. September 1984: WWF-Symposium über 'Trinkwasser - Grundwasser - Abwasser' an der Universität Wien.
- C: 27. September 1984: Erstreckung der Frist zur Erreichung der wasserrechtlichen Bewilligung durch die WR-Behörde bis 31. 3. 1985.
- D: 30. September 1984: Ab September startet die Kronenzeitung eine Initiative, bei der sich Prominente gegen das KW Hainburg aussprechen: jeweils Bild und Interview-Passage.
- C: 1. Oktober 1984: Prof. V.d.Emde: Abwasser/Gewässerschutz-Gutachten fertiggestellt.

- D: 2.-4. Oktober 1984: Konrad-Lorenz-Volksbegehren, österr. Hochschülerschaft: Symposium "Umweltpolitik - Rettung der Zukunft" an der Universität Wien (Referate, Arbeitskreise, Plenarsitzung, Podiumsdiskussion).
- D: 4.-6. Oktober 1984: WWF-Symposium "Nationalpark Donau-March-Thaya-Auen" in Orth/Donau.
- C: 8.-11. Oktober 1984: Behördenbesprechung betreff wasserrechtliche Bewilligung einschließlich DoKW, Amtssachverständige, Landes- und Gemeindevertreter.
- C: 12. Oktober 1984: Margl-Gutachten II ("Sonngang"/"Nationalpark") bei Wasserrechtsbehörde abgegeben.
- D: 14. Oktober 1984: Hilpoltstein bei Nürnberg: Landestagung des Landesbundes für Vogelschutz in Bayern e. V. (20.000 Mitglieder); Referat: "Kein Kraftwerk Hainburg"; 300 Teilnehmer.
- C: 5.-7. November 1984: 1. Teilabschnitt der Anrainerverhandlungen des wasserrechtlichen Bewilligungsverfahrens.
- E: 8. November 1984: Stellungnahme der DoKW zum naturschutzbehördlichen Genehmigungsverfahren.
- D: 11. November 1984: Das Konrad-Lorenz-Volksbegehren beginnt die Organisation der Aubesetzung vorzubereiten.
- C: 12.-14. November 1984: 2. Teilabschnitt der Anrainerverhandlungen des wasserrechtlichen Bewilligungsverfahrens.
- C: 15./16. November 1984: 4. Teilabschnitt der Anrainerverhandlungen des wasserrechtlichen Bewilligungsverfahrens.
- C: 19.-21. November 1984: 3. Teilabschnitt der Anrainerverhandlungen des wasserrechtlichen Bewilligungsverfahrens.

- C: 23. November 1984: Stellungnahme der Wasserrechtsbehörde an das Außenamt bezüglich des Ramsarabkommens.
- C: 26. November 1984: Naturschutzbescheid der 2. Instanz (LR Brezowsky) für KW Hainburg positiv: d. h. Erteilung der naturschutzbehördlichen Bewilligung unter Vorschreibung von 31 Auflagen.
- C: 27. November 1984: 4. Sitzung der Ökologiekommision des BMLF.
- D: 27. November 1984: WWF-Pressekonferenz gegen das KW Hainburg.
- C: 27. November 1984: Jungwirth/Gilnreiner: Ökologie und Gestaltung ... im Rahmen der Ökologiekommision abgegeben. WRB.
Symbolische Besetzung des niederösterreich. Landhauses.
- C: 5. Dezember 1984: Erteilung der wasserrechtlichen Bewilligung durch die Oberste Wasserrechtsbehörde (BM Haiden). Der Bescheid beinhaltet die Rodungsbewilligung und die Bewilligung für die Detailprojekte "Baustellenerschließung" und "Hebung der Donaubrücke". Der Landeshauptmann von Wien wird seitens der WRB aufgefordert, einen Zeitplan für eine entsprechende Sanierung der Abwassersituation vorzulegen.
- C: 6. Dezember 1984: Verordnung der Bezirkshauptmannschaften von Bruck/Leitha und Gänserndorf, den Unbefugten den Aufenthalt auf der Baustelle des KW Hainburg zu untersagen, wird erlassen ("1. Sperrverordnung").
- D: 7. Dezember 1984: Eine Klage wegen Amtsmißbrauch gegen LR Brezowsky bei der Staatsanwaltschaft Wien wird eingebracht (Personenkomitee).
- D: 8. Dezember 1984: 'Aktionsgemeinschaft' und 'Volksbegehren': Advent in der Au; Sternwanderung von 6 Gemeinden aus; nachmittags Programm in Stopfenreuth; Prominentenbeteiligung,

Radio und Fernsehen; Frantz Weber (Schweiz) und ausländ. Fernsighteams.

- A: 10. Dezember 1984: DoKW versucht, mit den Rodungsarbeiten zu beginnen.
- D: 10. Dezember 1984: 100-300 Aubesetzer verhindern den ersten Rodungsversuch; Beginn der Söpfenreuther Aubesetzung.
- D: 11. Dezember 1984: 300 Aubesetzer verhindern den 2. Rodungsversuch, verbarrikadieren die Au und beginnen die flächenhafte Besetzung.
- E: 11. Dez. 1984: Die Betriebsräte der am Bau beteiligten Firmen kündigen eine Großdemonstration im Augebiet an.
- F: 12. Dez. 1984: Bundesregierung und Aubesetzer: Stillhalteabkommen bis 16. 12. 84, sind Räumung und Rodung der Au ausgesetzt (4-Punkte-Abkommen zwischen der Bundesregierung und den Besetzer-Vertretern).
- D: 13. Dez. 1984: Die Errichtung der Lager 1-5 der Aubesetzer ist im wesentlichen abgeschlossen.
- F: 13. Dez. 1984: Verhandlungen zwischen Regierung und Kraftwerksgegnern.
- F: 14. Dez. 1984: Verhandlungen zwischen Regierung und Kraftwerksgegnern.
- D: 14. Dez. 1984: Anhaltende Aubesetzung.
- D: 15. Dez. 1984: Lager 6 wird im Augebiet errichtet; anhaltende Aubesetzung.
- C: 15. Dez. 1984: Der Verfassungsgerichtshof weist Beschwerden, die ein Mitsprecherrecht im naturschutzbehördlichen Verfahren behaupteten, ab (leitet sie an Verwaltungsgerichtshof weiter).

- D: 16. Dez. 1984: Einer Au-Messe bei Stopfenreuth wohnen rund 4.000 Besucher bei; anhaltende Aubesetzung.
- A/E: 17. Dez. 1984: Weiterer Versuch, Rodungsarbeiten durchzuführen (verstärkter Polizeieinsatz ungenügend).
- D: 17. Dez. 1984: Die Aubesetzer verhindern die Rodung; anhaltende Aubesetzung.
- E: 17. Dez. 1984: Betriebsrätekonferenz in der Amtsstelle Hainburg der NÖ Arbeiterkammer: 1.000 Teilnehmer. Resolution für Baubeginn, Ersuchen um politische Unterstützung und Appell an die Medien (ORF + Printmedien), objektiv zu berichten.
- E: 18. Dez. 1984: Betriebsräte und Gewerkschaftsvertreter ziehen nach einer Aussprache mit dem Bundeskanzler die angekündigte Audemonstration zurück.
- D: 18. Dez. 1984: Anhaltende Aubesetzung.
- C: 19. Dez. 1984: Geringfügige Änderung des Bewilligungsbescheides der Wasserrechtsbehörde (Zäune, Dammverlegung zu prüfen).
Verordnung der BH Gänserndorf und Bruck/Leitha, womit das Betreten und der Aufenthalt in der Stopfenreuther Au untersagt wird, tritt 0.0 Uhr in Kraft ("2. Sperrverordnung").
- A/E: 19. Dez. 1984: Rodung eines beschränkten abgeschlossenen Areals unter großen Einsatz der Exekutive.
- D: 19. Dez. 1984: Anhaltende Aubesetzung; Großdemonstration mit rund 30.000 Teilnehmern am Ring in Wien aus Protest gegen die Vorgänge am 19. 12. in der Au (Verletzte, Schlägereien etc.).
- D: 20. Dez. 1984: Anhaltende Aubesetzung.

- D: 21. Dez. 1984: 3 Bauern bringen beim Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshof eine Beschwerde gegen die wasserrechtl. Bewilligung des KW Hainburg ein und beantragen aufschiebende Wirkung; anhaltende Aubesetzung.
- F: 21. Dez. 1984: Die Bundesregierung setzt Rodungs- und Bauarbeiten bis Anfang Jänner 1985 ab und nimmt den geplanten großangelegten Räumungseinsatz zurück ("Weihnachtsfriede").
- D: 22. Dez. 1984: Anhaltende Aubesetzung.
- D: 23. Dez. 1984: Anhaltende Aubesetzung.
- D: 24. Dez. 1984: Anhaltende Aubesetzung; Weihnachts-Mitternachtsmette in der Au mit vielen Teilnehmern.
- D: 25. Dez. 1984: Anhaltende Aubesetzung.
- D: 26. Dez. 1984: Anhaltende Aubesetzung.
- C: 27. Dez. 1984: Flamm/Weber-Gutachten fertiggestellt: Hygiene-Gutachten.
- D: 27. Dez. 1984: Anhaltende Aubesetzung.
- D: 28. Dez. 1984: Anhaltende Aubesetzung.
- F: 29. Dez. 1984: Verzicht der Bundesregierung auf weitere Rodungsarbeiten auch nach dem 4. Jänner 1985.
- D: 29. Dez. 1984: Anhaltende Aubesetzung.
- D: 30. Dez. 1984: Anhaltende Aubesetzung.
- D: 31. Dez. 1984: Anhaltende Aubesetzung.
- A/E: 31. Dez. 1984: Univ. Prof. Wimmer (Innsbruck) erstellt für die DoKW ein Rechtsgutachten über die Frage der Notwendigkeit einer baubehördlichen Bewilligung.

- D: 1. Jänner 1985: Anhaltende Aubesetzung; symbolische Pflanzung eines Baumes auf der Rodungsfläche.
- C: 2. Jänner 1985: Verwaltungsgerichtshof spricht der Beschwerde dreier Grundbesitzer aus Stopfenreuth aufschiebende Wirkung zu und verbietet damit weitere Schlägerungsarbeiten. Begründung: Formfehler im Wasserrechtsbescheid.
- D: 2. Jänner 1985: Anhaltende Aubesetzung.
- D: 3. Jänner 1985: Anhaltende Aubesetzung.
- F: 4. Jänner 1985 11-Punkte-Programm der Bundesregierung vom Ministerrat beschlossen und Beginn der "Nachdenkpause".
- D: 4. Jänner 1985: Anhaltende Aubesetzung.
- D: 5. Jänner 1985: Beginn der Räumung der Lager durch die Aubesetzer.
- E: 8. Jänner 1985: Das ÖGB-Präsidium spricht sich für einen umweltschonenden Bau eines Donaukraftwerkes bei Hainburg aus.
- F: 14. Jänner 1985: Schreiben der Akademie für Energie und Umwelt in Laxenburg an die Oberste Wasserrechtsbehörde zwecks Veröffentlichung der Entscheidungsgrundlagen der WR-Bewilligung (bisher unerledigt).
- F/D: 16. Jänner 1985: Wiener Schauspielhaus: "Abendrot" (Theaterstück über Aubesetzung), 1x wöchentlich.
- F: 23. Jänner 1985: Sinowatz-Parlamentsrede und Debatte.
- D: 25. Jänner 1985: WWF-Veranstaltung: Eckartsau, Videofilm über Besetzung, Harfenkonzert von A. Vollenweider, 300 Personen Teilnahme

- C: 28. Jänner 1985: Der Verwaltungsgerichtshof weist Beschwerden, die ein Mitspracherecht im naturschutzbehördlichen Verfahren behaupten, als unbegründet oder unzulässig ab, weil den Beschwerdeführern keine Parteistellung zugekommen ist.
- D: 1.-3. Feber 1985: Bundeskongreß des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens in Salzburg (Treffen aller Bürgerinitiativen und Initiativgruppen; Referate, Plenas, Arbeitskreise).
- F: 12. Feber 1985: Podiumsdiskussion bei den Gewerkschaften der Wiener Gemeindebediensteten: Ref. W. Kainrath, R. Pöder, J. Sander ("Namensliste ..."); ca. 200 Teilnehmer.
- E: 22. Feber 1985: Betriebsrat der DoKW kündigt Kampagne mit Flugblättern und Plakaten an; 'Freizeit beim Kraftwerk' - Stand auf Wiener Freizeitmesse mußte geschlossen werden. Wiens Vizebürgermeister Mayr urgiert Kraftwerksbau von Hainburg.
- D: 24. Feber 1985: International Council for Bird Preservation: Symposium, Riverine Forests in Europe; Rapperswil am Zürichersee; Referat über die Auen östlich von Wien; Verabschiedung einer Pro-Nationalpark/Gegen-Kraftwerk-Resolution des ICBP, 70 Teilnehmer; 50 Broschüren verkauft.
- D: 26. Feber 1985: Herausgabe der gelben Broschüre "Hainburg - Versuch einer sachlichen Information" von der ÖH der BoKu und der 'Aktionsgemeinschaft'.
- D: 2. März 1985: Uraufführung des Goess-Films: "Aufwachen" über die Besetzung der Stopfenreuther Au, Hainburg a./D.
- D: 4.-11. März 1985: Eintragungswoche des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens.
- C: 5. März 1985: Die Rechtmäßigkeit der naturschutzrechtlichen Bewilligung wird in einem Erkenntnis der Höchstgerichte bestätigt.

- D: 9. März 1985: WWF und Sylvia Leitgeb veranstalten in Wittau Vortrag "Nationalpark Donau-March-Thaya-Auen" (Löffler, Manzano, Bogner, Klinger) und Besetzungsvideo.
- D: 10. März 1985: Gründung der "Internationalen Hainburg-Bewegung" in Brienz bei Bern (Mitglieder: Franz Weber, Alois Englander (US-Bürger!), G. Nanning u. a.).
- D: 30./31. März 1985: Gesamtösterr. 'Auschützer'-Treffen in Linz; 'Waldgruppen' aus Stopfenreuth: Ziel: gemeinsamer Forderungskatalog zur Energiepolitik.

Hans WÖSENDORFER

" H A I N B U R G " -
Konflikt und Planung

INHALT:

1. <u>Das unmittelbare Handlungsfeld</u>	1
1.1. Phasen der Konfliktentwicklung	1
1.2. Werthaltungen im Konflikt	3
1.3. Die Meinungen der Bevölkerung	9
2. <u>Das handlungsrelevante Umfeld - eine Veranschaulichung</u>	11
3. <u>Ebenen der Konfliktverursachung</u>	19
3.1. <u>Planungsdefizite im engeren Sinn</u>	20
a. die Planung des Großprojektes nach ausschließlich technischen und wirt- schaftlichen Kriterien	20
b. das Fehlen einer systematischen und frühzeitig angesetzten Prüfung von Umweltverträglichkeit	21
c. die strategische Handhabung von Gut- achten und die "strategische" Argumen- tation ökologischer Sachverhalte	22
d. ungenügend planungsorientierte Ver- waltungsverfahren und Leistungs- schwächen des Genehmigungsrechtes	24
e. der fast vollständige Ausschluß von "interessierter Öffentlichkeit"	25
3.2. <u>Rahmenbedingungen des Konflikts</u>	27
f. die Dominanz der Elektrizitätsver- sorgungsunternehmen in der energie- wirtschaftlichen Planung	28

g. das "strukturelle Defizit" eines effektiven Naturschutzes in Rechtsordnung und Politik	29
h. die alternative Wirklichkeitsbestimmung der neuen sozialen Bewegungen	31
i. Tendenzen in Parteien, Medien und in der Sozialpartnerschaft	32
4. <u>Reformansätze und Empfehlungen</u>	35

Abbildungen:

Übersicht 1 : "Entwicklungslinien" des Konflikts	4
Übersicht 2: "Nationalparklobby" und "Kraftwerkslobby"	5
Übersicht 3 : Ökologie-dominierte Sichtweise der "Nationalparklobby"	7
Übersicht 4 : Ökonomie-dominierte Sichtweise der "Kraftwerkslobby"	8
Übersicht 5 : Ergebnisse aus Meinungsbefragungen	10
Übersicht 6 : Handlungsrelevantes Umfeld zum Hainburg-Konflikt	12
Übersicht 7 : Großprojekt-Planung und Umweltverträglichkeit	21a
Übersicht 8 : Partizipative, interdisziplinäre Großprojektplanung	26a

1. Das unmittelbare Handlungsfeld

1.1. Phasen der Konfliktentwicklung

Wissenschaftliche Analysen beziehen sich fast ausschließlich auf die vollentwickelte Phase des Hainburg-Konflikts, und insbesondere auf die "Stopfenreuther Aubesetzung" selbst. Sein 'Hera n- kommen', seine Entwicklungslogik selbst, stand bisher nicht im Vordergrund der Studien.¹⁾

"Entwicklungslinien"

Die "latente Phase" des Hainburg-Konflikts beginnt bereits anfangs der Siebziger Jahre und seit 1979 lassen sich eindeutig personelle, organisatorische und thematische Entwicklungen verfolgen, die zu ihm führten.

Seine erste Phase, die etwa bis Ende 1982 reicht, kann als "Naturschutzphase" im engeren Sinn des Wortes bezeichnet werden. Vom Thema her geht es im wesentlichen um einen auwaldschonenden Kraftwerksstandort. Die Forderungen nach Projektmodifikationen und Standortverschiebungen sind vom "grünen" Ideengut des Biotopschutzes bestimmt, das von einer "Auszene" getragen ist. An die Verhinderung des Kraftwerksbaus in Hainburg denkt bzw. glaubt man nicht. Eine Vernetzung der verschiedenen Initiativen auf lokaler und fachlicher Ebene und die verstärkte Präsentation des strittigen Themas in der Öffentlichkeit sind die wesentlichen Ergebnisse dieses Abschnitts. Die Planungen zum Kraftwerk und andererseits für erweiterte Naturschutzkonzeptionen laufen parallel und unabhängig davon.

Die zweite Phase läßt sich mit "Hainburg-Diskussion" übertiteln. Sie reicht von der Vorwahlzeit der Nationalratswahl, also ab etwa Jänner 1983, bis zur Bevorzugungserklärung des Kraftwerksprojekts im Dezember 1983 - oder etwas darüber hinaus. "Hainburg" wird von der "Alternativenszene" aufgegriffen und im Rahmen "alternativer Energiepolitik" kritisiert. Mit Bekanntwerden der tatsächlichen Größenordnung des Projektes und seiner Umweltauswirkungen schließen sich alle einschlägigen Initiativen

und Naturschutzorganisationen zu einer "Aktionsgemeinschaft gegen das Kraftwerk" zusammen. Im Verein mit dieser startet die Kronenzeitung ihre Aktion "Rettet die Au". "Hainburg" wird innenpolitisches Thema Nr. 1 - und angesichts der Beharrung aller Vertreter der "politischen Realverfassung" Österreichs auf dem Projekt, beginnt der Aufbau von "Gegenmacht" und "Gegenöffentlichkeit".

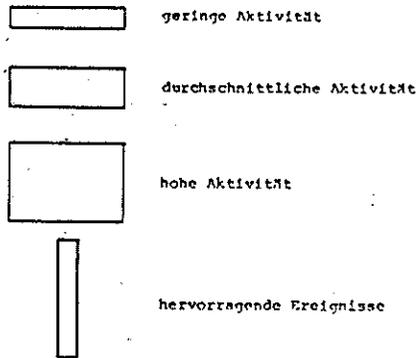
Spätestens ab Mai 1984 könnte die Situation mit "Problematisierung von Politik, Rechtsstaat und Demokratie" übertitelt werden. Beide Seiten tragen durch Machtpräsentation und -ausübung, durch das Gegeneinanderstellen unvermittelbarer "Symbolwelten" dazu bei. Alle Pro- und Kontraargumente werden in erweitertem Umfang öffentlich diskutiert. Im Zuge der endgültigen Bewilligung des Projekts führen sowohl die fortgeschrittene Eskalation als auch aktuelle Ereignisse im Dezember 1984 zur Aubesetzung von Stopfenreuth. Diese erzwingt einen Rodungsstop und den Aufschub der Bauarbeiten.

Mit dem 11-Punkte-Programm der Regierung vom Jänner 1985 und mit der Etablierung der Ökologiekommision unter Leitung des Regierungsbeauftragten J. KANIAK beginnt eine Phase der Entpolitisierung. Das Nationalparkprojekt wird von der Arbeitsgruppe B. LÖTSCH definiert und konkretisiert. Möglichkeiten anderer Stau-lösungen werden vom Regierungsbeauftragten vorgelegt und seitens der Ökologie bewertet.²⁾ Das Vorziehen der Staustufe Wien, die Einleitung eines Prozesses der Nationalparkgründung und die Verschiebung des Ausbaus der Donautrecke östlich von Wien stellen den lokalen und zeitlichen Kompromiß der strittigen Angelegenheit dar.

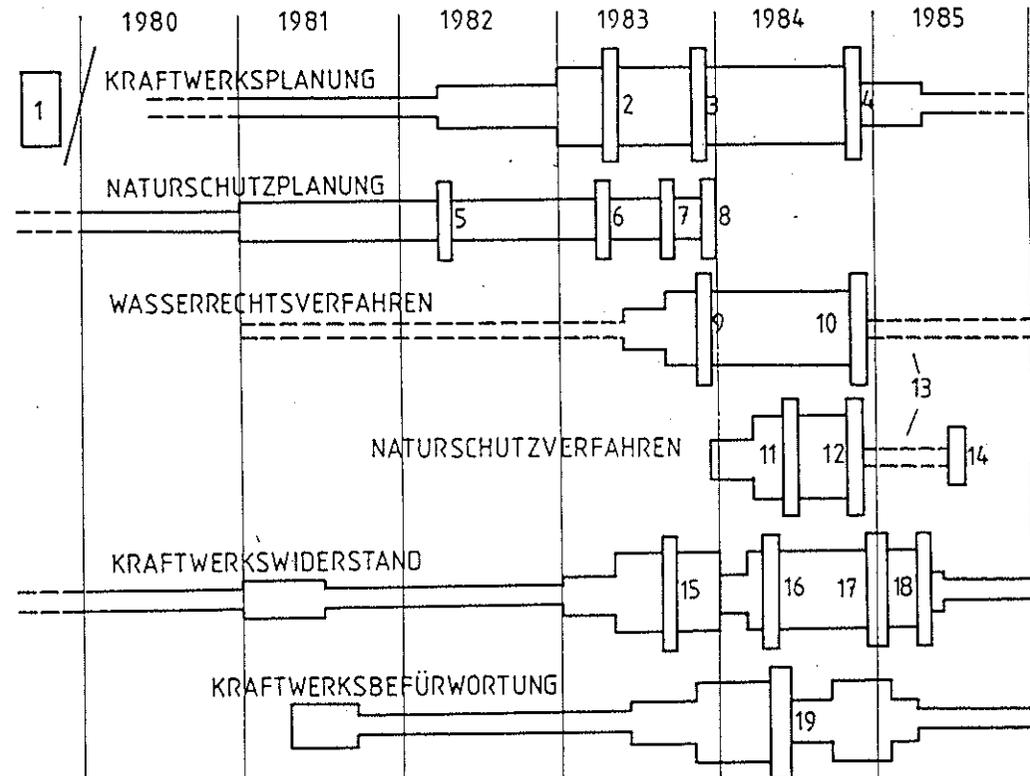
Aus einer Dokumentation der Ereignisse im unmittelbar auf 'Hainburg' bezogenen Handlungsfeld lassen sich einige "Entwicklungslinien" nachzeichnen. Die "Chronologie" im Schlußbericht zum Projekt gestattet es, zwischen den Ebenen der Politik, der Planung und jener der Behördenverfahren zu unterscheiden.

Übersicht 1: "Entwicklungslinien" des Konflikts

Anmerkungen zur Übersicht 1



- 1 - Wasserwirtschaftliche Studie 1976
- 2 - Ansuchen um Erklärung zum bevorzugten Wasserbau
- 3 - Ansuchen um wasserrechtliche und naturschutzrechtliche Bewilligung
- 4 - Versuch des Baubeginns
- 5 - Verordnung des Landschaftsschutzgebietes Donau-March-Thaya-Auen
- 6 - Inkrafttreten der Ramsar-Konvention
- 7 - Inkrafttreten des Berner Abkommens
- 8 - Abschluß der Landschaftsplanung zum Nationalpark Ost
- 9 - Bevorzugungserklärung des Kraftwerks Hainburg
- 10 - Wasserrechtliche Bewilligung des Kraftwerkes Hainburg
- 11 - Negativer Naturschutzbescheid in 1. Instanz
- 12 - Positive naturschutzrechtliche Bewilligung in 2. Instanz
- 13 - Befassung des Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshofes
- 14 - Bestätigung der Rechtmäßigkeit des Naturschutzbescheides(?)
- 15 - Kronzeitungs-Aktion: "Rettet die Auen"
- 16 - Aktionen des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens
- 17 - Aubesetzung in Stopfenreuth
- 18 - Eintragungswoche des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens
- 19 - Großkundgebung für das Kraftwerk Hainburg am Heldenplatz



Mit "Politik" sind der Prozeß der Widerstandsentwicklung gegen das Kraftwerk Hainburg zum einen und dessen Befürwortung sowie die Versuche seiner Durchsetzung zum anderen skizziert. Die technische Projektplanung des Kraftwerkes konkurriert im selben Raum mit Intentionen der Landschafts- und Nationalparkplanung, um die sich der Kraftwerkswiderstand kristallisiert. Als "Planung" sind diese Aktivitäten explizit hervorgehoben. Der politisch-administrative Entscheidungsprozeß findet in den Behördenverfahren Ausdruck: Im Wasserrechtsverfahren auf Bundesebene und im Naturschutzverfahren auf Landesebene. In der Übersicht 1 sind der zeitliche Ablauf und die wichtigsten Ereignisse der "Entwicklungslinien" dargestellt. Die detaillierte Beschreibung befindet sich im Schlußbericht zum Projekt.³⁾

1.2. Werthaltungen im Konflikt

Im Zuge der "Hainburg-Diskussion" kommt es zu einer organisatorischen Verfestigung einer Befürwortungsszene ("Lobby Kraftwerk") und einer Widerstandsszene ("Lobby Nationalpark") (siehe dazu die Übersicht 2).

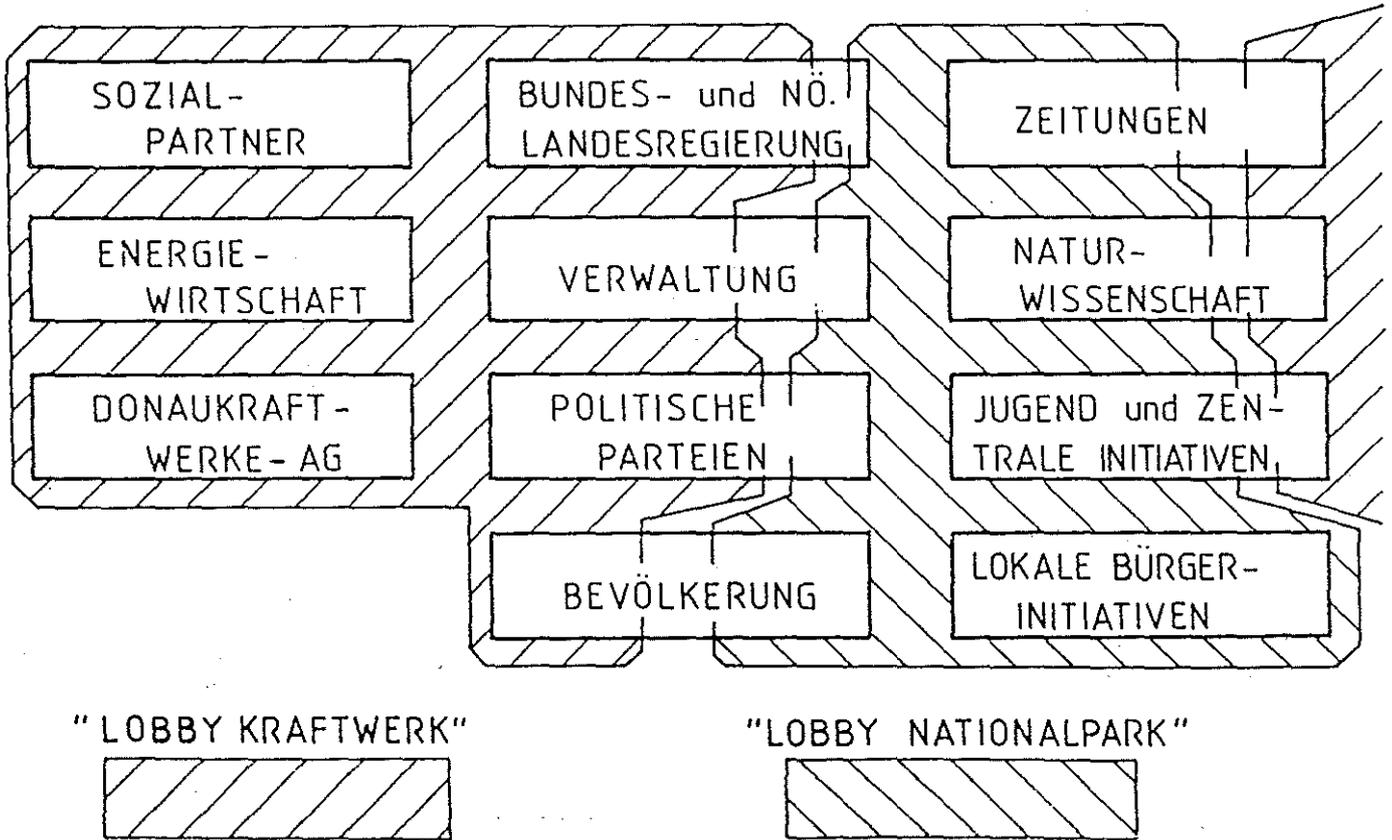
Die Vernetzung der "Lobby Nationalpark" führt über folgenden Weg:

"traditioneller Auschutz" und Vertreter von Naturschutzvereinen, lokale Initiativen, studentische Initiativen, engagierte (Natur)wissenschaft, alternative Gruppierungen, Kurier und Kronenzeitung, WWF-Aktion: Rettet die Au, Aktionsgemeinschaft aller Naturschutzvereine und Initiativen, Kronenzeitungsaktionen, Konrad-Lorenz-Volksbegehren und Einflußnahme europäischer Naturschutzorganisationen.

Etwas verkürzt ist dies in der Übersicht 2 mit "lokale Bürgerinitiativen", "Jugend und zentrale Initiativen", "Naturwissenschaft" und "Zeitungen" bezeichnet.

Die Befürwortungsszene ("Lobby Kraftwerk") ist weitaus höher-rangig zusammengesetzt aus: "Bundes- und NÖ-Landesregierung", ein Großteil der "Verwaltung" und der politischen Parteien, ge-

Übersicht 2: "Nationalparklobby" und "Kraftwerkslobby"



schlossen die Sozialpartner, die Energiewirtschaft und natürlich der Projektwerber "österreichische Donaukraftwerke-AG" (DoKW). Aktivitätszentrum befindet sich in der DoKW, in der NÖ Arbeiterkammer und in der Gewerkschaft Bau-Holz. Das Kraftwerk ist sowohl in der Regierungserklärung vom Mai 1983 als auch im Programm für den beschleunigten Ausbau der Wasserkraft der Nach-Zwentendorf-Ära beinhaltet und erfährt daher Unterstützung von allen staats-tragenden Kräften aus Wirtschaft und Politik.

Vereinfacht gesagt, steht dem parteienstaatlichen Parlamentarismus und dem verbändestaatlichen Korporatismus (Sozialpartnerschaft) - die sich einhellig für das Kraftwerk aussprechen - ein neopopulistisches Arrangement gegenüber. Ein Arrangement aus "postmaterialistischen" Gruppierungen und der auflagenstärksten

Tageszeitung Österreichs, die im Zuge informeller politischer Aktivitäten und mittels gezielter Herstellung von Öffentlichkeit in Form von Medienkampagnen unmittelbaren politischen Druck auf Parteien, Verwaltung und Verbände ausübt (vgl. A.PELINKA 1986).

Aus der Zeit von 1980 bis 1984 habe ich 10 Schriften der Kraftwerksgegner nach angesprochenen Themen analysiert. Mit dem Zeitpunkt des organisatorischen Zusammenschlusses der Initiativen in der "Aktionsgemeinschaft gegen das Kraftwerk Hainburg" (Juni 1983) tritt die Ausdifferenzierung einer relativ einheitlichen Sichtweise und des gemeinsamen Forderungsprogramms zutage.

Der "Widerstandsszene" gelang es, aus "ökologischer Sicht" die Naturzerstörungen des Kraftwerks glaubhaft zu machen und mit dem "Nationalpark Donau-March-Thaya-Auen" ein Gegenprojekt vorzuweisen. Ihre Argumente konzentrierten sich darauf, daß eine alternative Energie- und Beschäftigungspolitik gesellschaftlich rationaler als der Bau dieses Großprojekts mit den ^{damit ver-} bundenen Naturzerstörungen sei.

Insgesamt gelang es der 'Lobby Nationalpark', ein beachtliches Medienpotential zu aktivieren, eine nicht zu übersehende Meinungsbildung in einem Teilsektor von "Öffentlichkeit" zu erreichen und das Image der Naturlandschaften an Donau, March und Thaya deutlich zu heben. Der Höhepunkt dieser Prozesse scheint gerade im Sommer/Herbst 1984 erreicht worden zu sein. Die Übersicht 3 zeigt - in etwas vereinfachter Form - das Argumentationsspektrum der "Nationalparklobby".

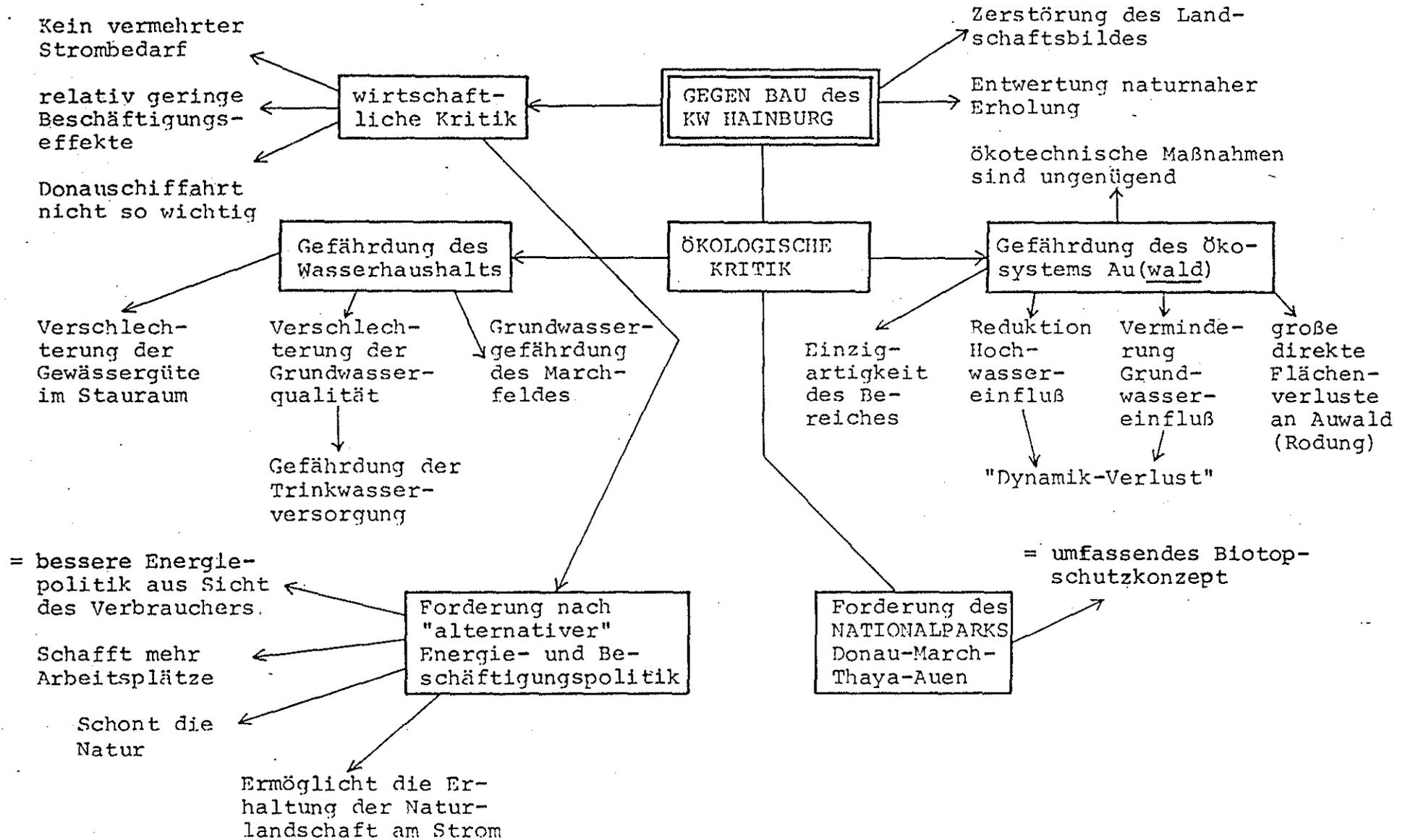
Die Informationen der "Kraftwerkslobby" bauen im wesentlichen auf einer public-relations-Strategie^f, deren Inhalte von der österreichischen Donaukraftwerke-AG bestimmt werden.

Die "Kraftwerksbefürworter" entwickelten aus einer volkswirtschaftlichen Sichtweise einen Argumentationsrahmen, in dem das Kraftwerk sozusagen als Optimalprojekt für Ökonomie und Ökologie präsentiert wird. Im Zentrum forcierten sie das Argument, daß sich das Ökosystem Au sowieso durch Selbstzerstörung (Sohlenein-

Tauf

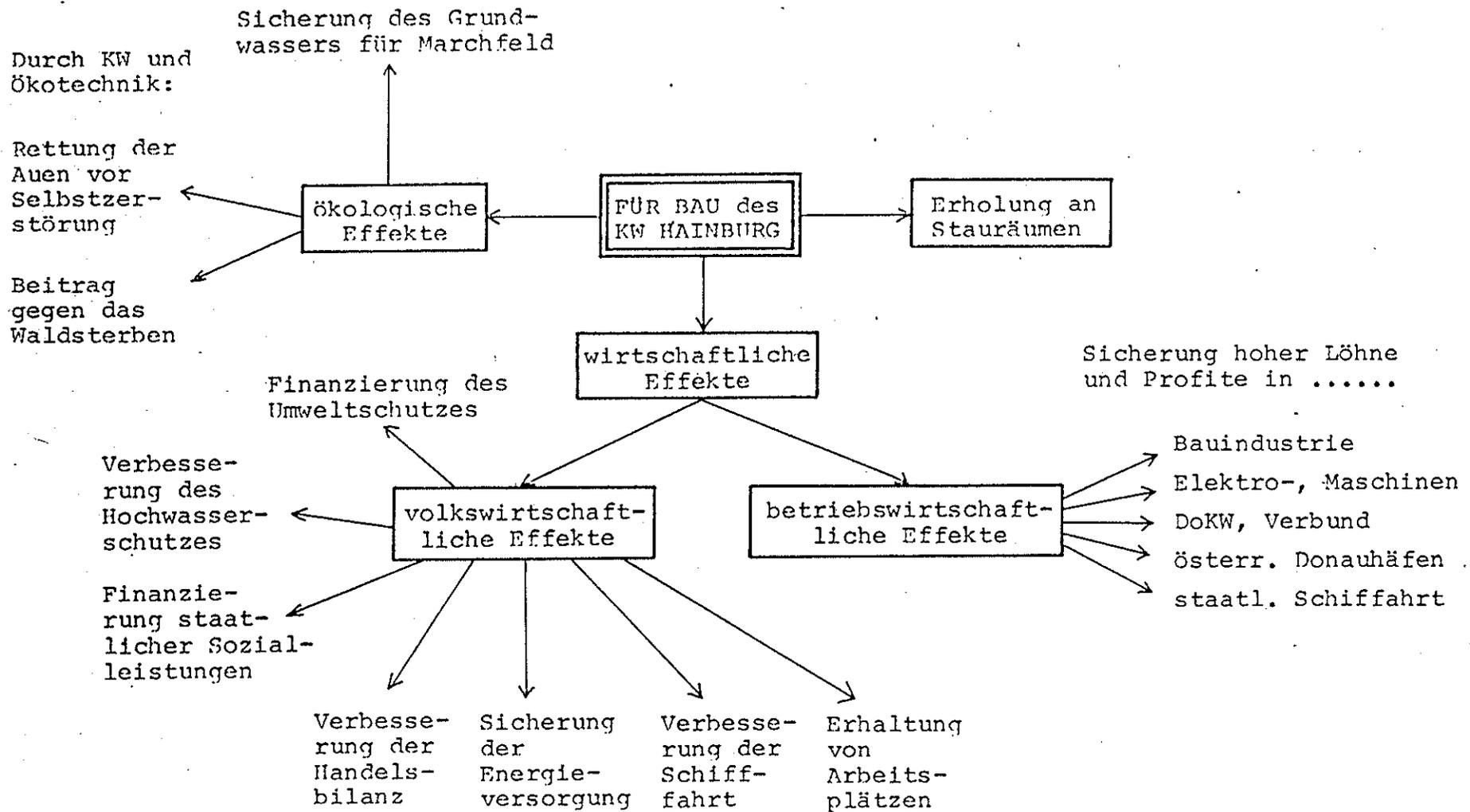
Übersicht 3:

ÖKOLOGIE-dominierte Sichtweise der "Nationalparklobby"



Übersicht 4:

Ökonomie-dominierte Sichtweise der "Kraftwerkslobby"



tiefung) gefährde, und nur das Kraftwerk mit seinen ökotechnischen Begleitmaßnahmen die Au retten könne.

Eine Auswertung der einschlägigen Broschüren ergibt das in Übersicht 4 abgebildete Argumentationsspektrum der "Kraftwerkslobby".

Beide Seiten entwickelten so "ihr" Projekt und entwickelten zwei gegeneinander stehende Argumentationsschemata, die sich ab einem gewissen Zeitpunkt 'unversöhnlich' gegenüberstanden.⁴⁾

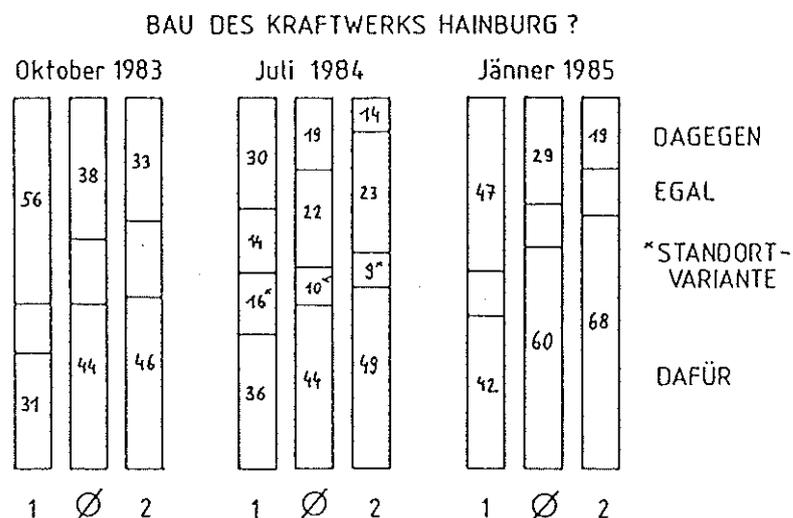
1.3. Die Meinungen der Bevölkerung

Ab der Jahresmitte 1983 verfolgten nahezu alle Meinungsbefragungsinstitute das Hainburg-Geschehen im Auftrag von Parteien, Zeitungen oder der Energiewirtschaft.

Im Schnitt ergibt sich eine Zustimmung zum Kraftwerksbau von rund 45%, eine Ablehnung von rund 33% und - wo befragt - das Votum für einen anderen Standort von etwa 22%.

Ein zweites, durchgehend zu beobachtendes Phänomen ist, daß in bestimmten Bevölkerungsschichten eine überdurchschnittliche Gegnerschaft vorzufinden ist; bei der Altersgruppe bis 25 oder 30 Jahre; bei Maturanten und Mittelschülern; ferner in der Bevölkerung Wiens. Das Gegenteil, eine überdurchschnittliche Befürwortung des Kraftwerksbaus ist bei der älteren Bevölkerung, bei Pflichtschulabsolventen, in der Arbeiterschaft, feststellbar.

Übersicht 5: Ergebnisse aus Meinungsbefragungen



Quelle: Befragungen der SWS

1 = jünger 25 bzw. 29 Jahre, Akademiker, Maturanten, Wiener, im Schnitt

Ø = Hauptergebnis

2 = älter 50 Jahre, Pflichtschüler, Niederösterreicher, im Schnitt.

Nach politischer Präferenz überwogen bei SPÖ und FPÖ-Anhängern die Kraftwerksbefürworter, bei Grünen und Alternativen ist in höchstem Maße das Gegenteil der Fall. Diese Polarisierung verstärkte sich offensichtlich durch das Geschehen während der Aubesetzung.

A. PELINKA (1986) versucht anhand repräsentativer Daten des Fessel-Instituts nachzuweisen, daß die Wechselwähler sich durch das Hainburg-Geschehen im Herbst 1984 stark in Richtung grün-alternative Wähler - sozusagen in genereller Abkehr von den etablierten Parteien - entwickelten. Gerade dieser "swing" sei für das Verhalten der Regierung entscheidend gewesen, da jenes Wählerpotential für die Zukunft als entscheidend betrachtet wurde.

2. Das handlungsrelevante Umfeld - eine Veranschaulichung

Es stellt sich die Frage des handlungsrelevanten Umfeldes, in das der unmittelbare Handlungsraum eingebettet war. Sicherlich bewirkten die Form der eigentlichen Kraftwerksplanung, die Behandlung von Gutachten, die Genehmigungsverfahren an sich Legitimationsverluste. Der Konflikt weist in seinem Symbolgehalt, in seinen faktischen Konsequenzen jedoch weit darüber hinaus. Gleichzeitig war zu zeigen, daß in der Bevölkerung, in der Wirtschaft, im politischen System, in den letzten fünfzehn Jahren sehr wesentliche Veränderungen vor sich gingen, die mit zur Eskalation des Hainburg-Konfliktes beitrugen. Um hier nicht "auszufern", habe ich empirische Befunde in einer Übersicht zusammengestellt und nur kurz erläutert.

Als wertvolle Überlegungen erwiesen sich die Ausführungen von F. VESTER (1983, S. 84-111), in denen er die Erfassung komplexer Systeme und den Aufbau eines Sensitivitätsmodells nach kybernetischen Grundlagen darstellt. Anhand des in F. VESTER und A. v. HESLER (1980) näher beschriebenen Modells habe ich ein heuristisches "visuelles Simulationsmodell" zum Konfliktfall Hainburg zusammengestellt, das ich im folgenden zur Darstellung bringen - und zur Diskussion stellen - möchte⁵⁾ (siehe Übersicht 6).

Zwischen Wirtschaft und Staat ist der Bereich der Wirtschaftsförderung für den Baubereich und jener der Staatseinnahmen dargestellt. Zwischen Wirtschaft und Bevölkerung entspannt sich der Arbeitsmarkt; Verhalten und Bewußtseinsbildung sind zwischen Medien/Bildung und Bevölkerung dargestellt. Natur und Umwelt sind aus Wirtschaft und Technik beeinflusst. Von staatlicher Politik sind diverse Ausgabenbereiche im Sinn von 'Aktivitäten' skizziert, denen Finanzmittel aus dem Wirtschaftssystem gegenüberstehen. Andererseits bestimmen Zustimmung oder Ablehnung (Legitimation) aus der Bevölkerung die Politik.

Ak = Akademiker
An = Angestellte und Beamte
B = Berufsausbildung
H = Höhere Bildung
K = Konservatismus
M = Maturanten

P = Politisches Bewußtsein
Pf = Pflichtschüler
R = Radio
S = Selbständige, Bauern
TV = Fernsehen
Z = Zeitungen

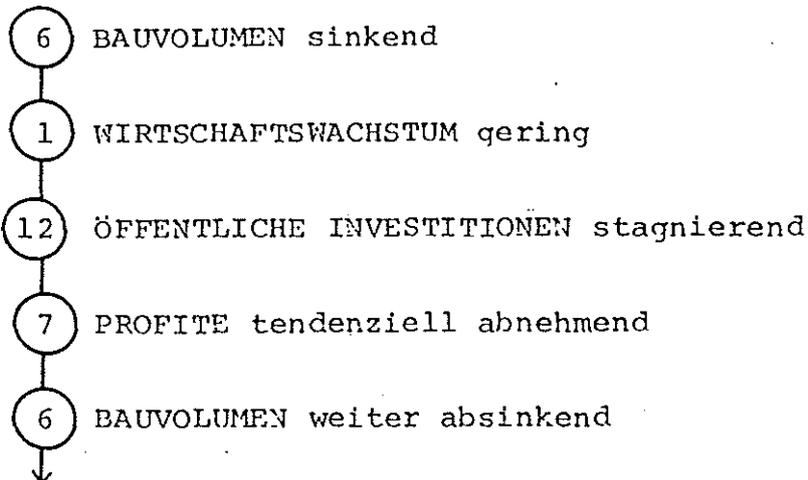
Von einigen Annahmen abgesehen, sind die 30 Diagramme aus empirischen Erhebungen abgeleitet (Nachweise im Projektbericht). Soweit erreichbar, habe ich sie für die Jahre 1965 bis 1985 abgebildet und zum Teil von kurzfristigen Schwankungen befreit.

Zur Strukturierung für den Betrachter habe ich den wirtschaftlichen, sozialen oder bewußtseinsmäßigen Hintergrund für folgende Akteurstypen beleuchtet, dessen Zusammenhänge in einzelnen Argumentationslinien wiedergegeben ist:

- Vertreter der Wirtschaft
- Kraftwerksgegner
- Kraftwerksbefürworter
- Politiker - und Staatsfinanzen
- Politiker - und Zustimmung zur Politik

Für die Haltung der Vertreter der Wirtschaft zum Kraftwerksbau scheinen folgende Verhältnisse maßgebend zu sein:

WIRTSCHAFT:

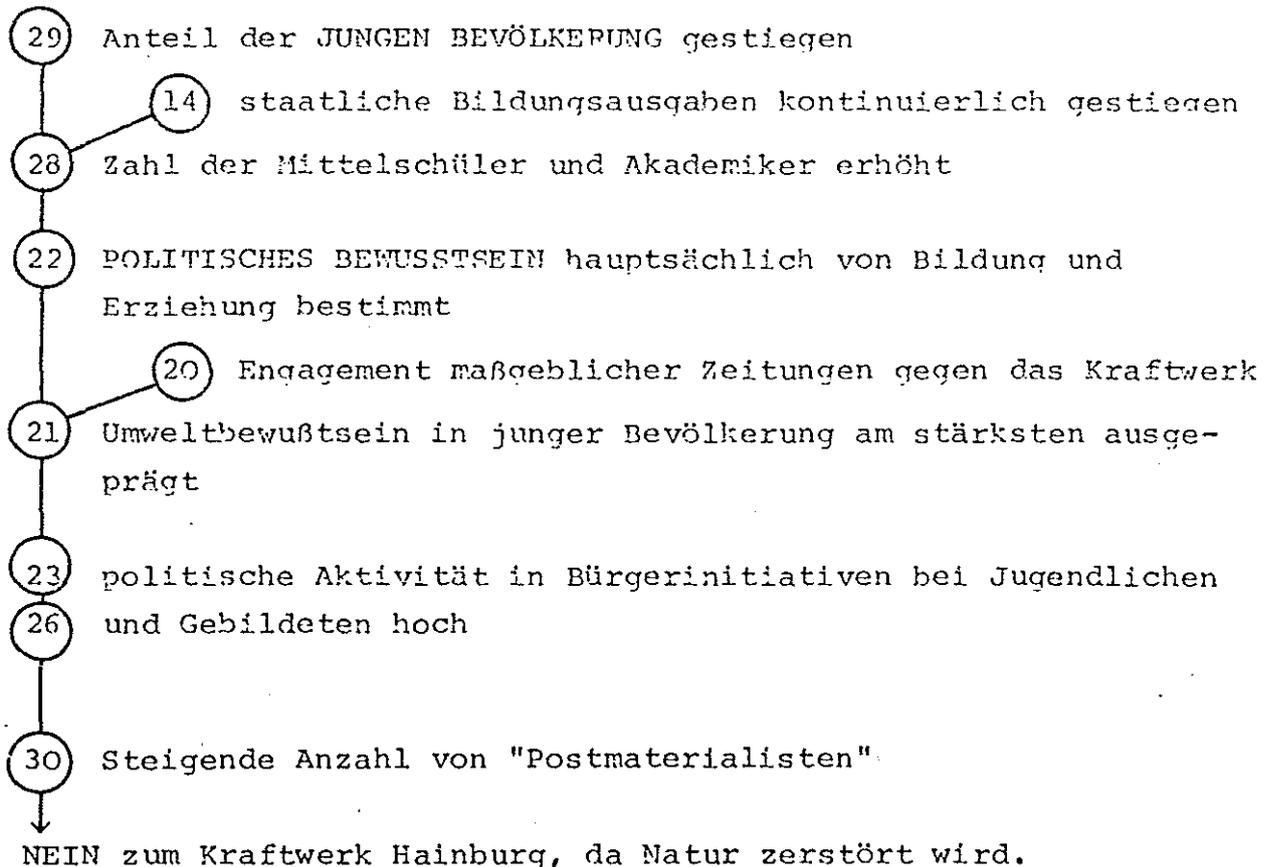


↓
JA zum Kraftwerk Hainburg, da sein Bau den negativen wirtschaftlichen Tendenzen entgegenwirkt.

Von Seiten der Wirtschaftsverbände ist daher ein eindeutiges JA zum Kraftwerk Hainburg interessenentsprechend.

Die Gegnerschaft zum Kraftwerk Hainburg stammt vorwiegend aus jüngeren, gebildeteren oder städtischen Bevölkerungskreisen. Ihre Bedeutungszunahme ließe sich in der Übersicht 5 wie folgt beschreiben:

KRAFTWERKS-EGNER:



Die Ablehnung des Kraftwerksbaus erfolgte vom "Kopf her". Bildung, Umweltbewußtsein, städtischer Alltag und Einsicht in Naturzerstörung bestimmen das Verhalten wie die Haltung. Bemerkenswert sind auch die relativ geringe unmittelbare Betroffenheit durch Arbeitslosigkeit für Angestellte und Akademiker.

Die Befürwortung des Kraftwerksbaus in Hainburg zentriert sich in der Arbeiterschaft und in älteren Bevölkerungskreisen. Aus der Argumentationslinie ergibt sich die These, daß Einkommen und Arbeitsplatzsicherheit ihre Haltung stärker bestimmen als Umweltbewußtsein und -diskussion.

KRAFTWERKSBEFÜRWORDER, insbes. Arbeitnehmerverbände:

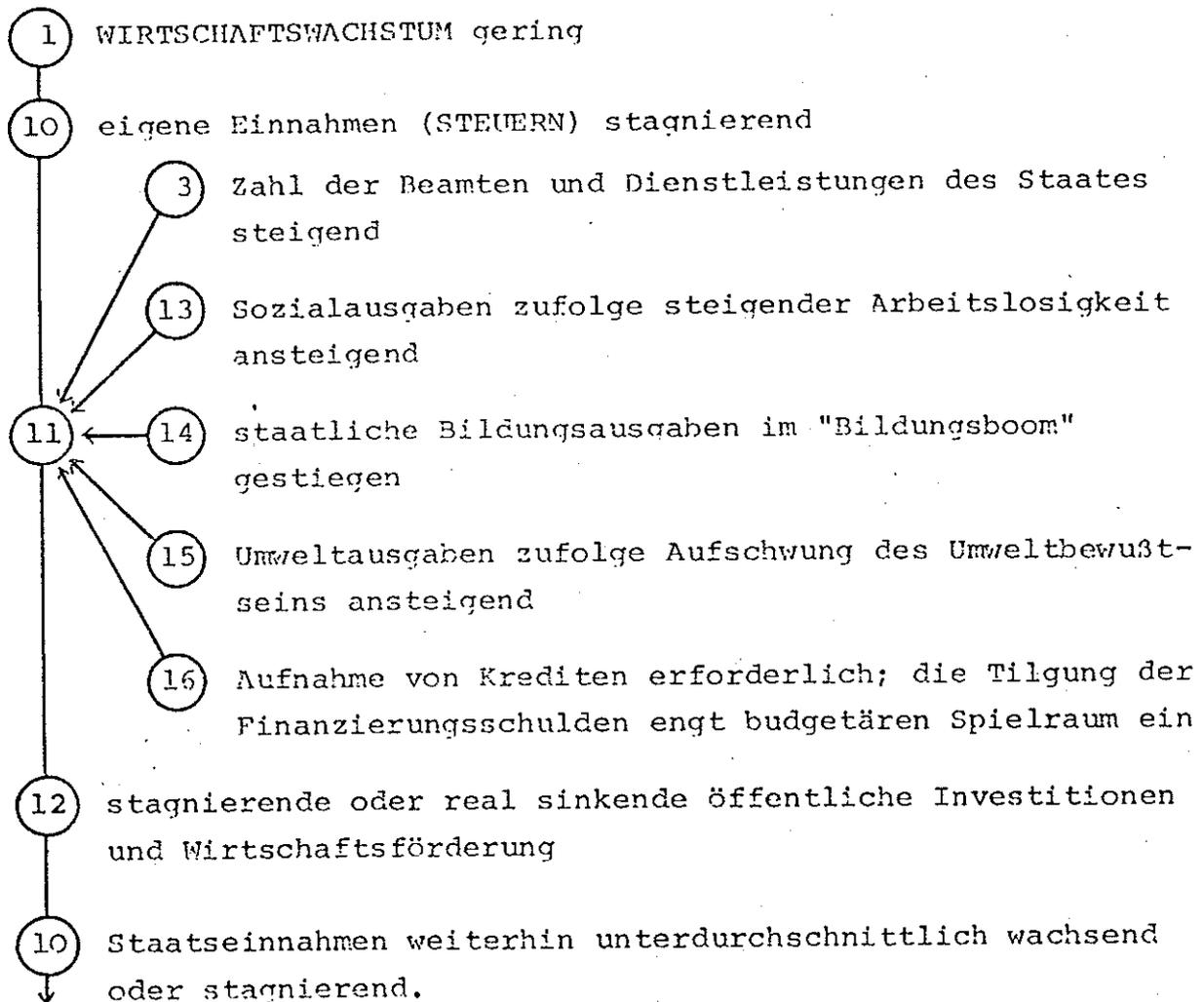
- ⑥ reales BAUVOLUMEN sinkend
 - ② ARBEITER-ARBEITSLOSIGKEIT stark steigend
 - ④ REALLÖHNE sinkend
 - ②② Umweltbewusstsein unterdurchschnittlich
 - ②⑤ ausgeprägter "Konservatismus" ("Es soll so bleiben wie es ist")
- T. M.*

↓
JA zum Kraftwerk, da Arbeit und Einkommen sichernd.

Für die Politik sind mehrere 'Quellen' politischer Macht bestimmend. Zum einen die finanzielle Basis der Apparate des Staates und der Parteien, sowohl zur Selbstfinanzierung als auch zur Finanzierung von Wirtschafts-, Sozial-, Bildungs-, Umweltpolitik, und dergleichen. Zum anderen die politische Legitimation ihres Handelns, wie sie in Form von Zustimmung (Befragungen) und Wahlverhalten zum Ausdruck kommen.

Staatliche Politik und Finanzen

Folgende Zusammenhänge scheinen maßgebend, welche die Befürwortung des Kraftwerksbaus in Hainburg durch - vorwiegend wirtschaftlich denkende - Politiker beeinflussen:



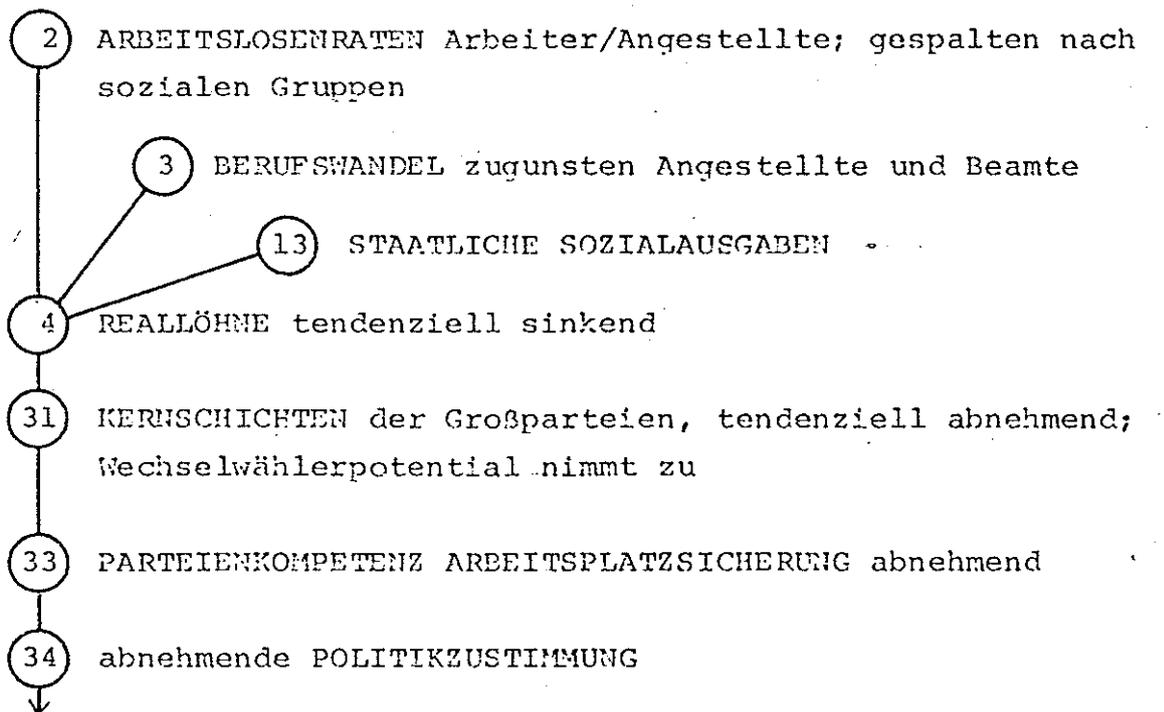
JA zum Bau des Kraftwerks Hainburg

Aus Sicht der öffentlichen Finanzen ist die Einengung der Finanzierungsspielräume und die faktische Einschränkung staatlicher Politik maßgeblich. Daher ein JA zum Bau des Kraftwerkes Hainburg, da ein kurzfristiger Beitrag zum Anstieg des Bauvolumens mit allen damit verbundenen positiven Folgen verbunden ist. Sowohl legitimatorisch (Arbeitsplätze) wie budgetär ist damit ein kurzfristig wirksamer Beitrag gegeben.

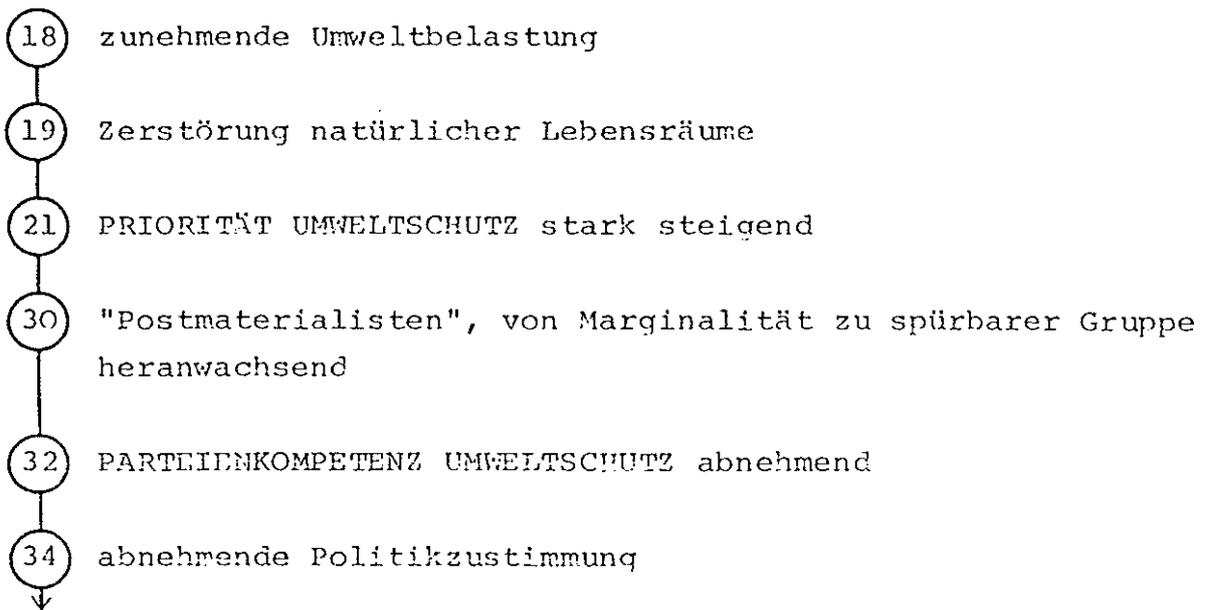
Politik und Politikzustimmung

Meiner Ansicht nach sind heute zwei unterschiedliche Ressourcen von Zustimmung zum politischen Handeln gegeben: Zum einen die "materialistische", also im wesentlichen die Arbeitsplatzsicherheit; zum anderen diejenige des "Umweltbewußtseins": die "postmaterialistische" Variante von Legitimation. Obwohl die erstere Position durch fortschreitende Arbeitslosenziffern Unterstützung erfahren muß, ist durch "Bevölkerungs- und Bildungsboom" sowie durch zunehmende Erkenntnis der tatsächlichen Ausmaße von Umwelt- und Naturzerstörung auch die "postmaterialistische" Variante politischer Legitimation in Ausbreitung begriffen.

Der "materialistische Legitimationspfad" ergibt sich wie folgt:



Der "postmaterialistische Legitimationspfad" gewinnt derzeit im politischen Kalkül an Bedeutung, weil er erstens einen zunehmenden Bevölkerungskreis umfaßt und weil er zweitens für das wahlpolitisch wichtige Potential der Wechselwähler an Bedeutung gewinnt. Er läßt sich wie folgt skizzieren:



Als Gesamtbild der Haltungen zu Hainburg ergibt sich somit:

Vertreter der Wirtschaft und

der betroffenen Arbeiterschaft: Eindeutiges JA zu Hainburg aus materiellen Interessen

"Postmaterialisten" : Eindeutiges NEIN zu Hainburg aus spezifischer Bewußtseinslage

"Materialisten" : Überwiegend JA zu Hainburg aus funktioneller Eingebundenheit in den Arbeitsmarkt und materieller Lebenshaltung.

Politiker:

- JA zu "Hainburg", gesehen an der Finanzsituation der öffentlichen Haushalte
- JA zu "Hainburg", aus dem 'traditionellen' Legitimationspfad über Arbeitsplatzsicherheit und Sozialpolitik
- NEIN zu "Hainburg", aufgrund des Wertewandels in größer werdenden Gruppen von "Postmaterialisten", die im ebenfalls expandierenden Wechselwählerpotential bestimmend sind.

3. Ebenen der Konfliktverursachung

Vielfach wird die Meinung vertreten, "Hainburg" sei überwiegend Ausdruck von Politik, Parteien- und Staatsverdroßenheit; das sei nicht bestritten - kann jedoch nicht Ausgangspunkt der Analyse sein. Die Intentionen der folgenden Seiten zielen auf das Herausarbeiten der im Fall Hainburg unmittelbar wirksam gewordenen Legitimationsverluste und auf die in ihm sichtbar gewordenen Planungsdefizite und Politikschwächen. Erst abschließend werde ich allgemeine Aspekte der politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen erörtern, die am "Gesamtklima" der Hainburg-Ereignisse mitwirkten, soweit sie nicht schon in Kapitel 2 dargestellt sind.⁶⁾

Schon aus pragmatischer Sicht bietet sich diese Vorgangsweise einer Analyse vom Einfachen zum Komplexen an: Was nämlich kann im konkreten Fall - oder für Konflikte vergleichbaren Typs - im Sinne von Reform getan werden, das eine rationalere gesellschaftliche Bewältigung wenn schon nicht wahrscheinlich macht, so doch in Aussicht stellt. Weiters spricht für diese Analyseform, daß die allgemeineren komplexen Phänomene im Sinne von "Unbehagen im Parteienstaat" wohl beschreib- und befragbar sind, ihr Einfluß auf den konkreten Fall jedoch schwer abzuschätzen sein wird.

Um jedenfalls nicht einer willkürlichen Aufzählung von Theorieansätzen und "Alltagstheorien" anheim zu fallen, stellte ich den Aspekt "Planung" in das Zentrum der Betrachtung und analysierte "Hainburg" anhand fortschreitend komplexer werdender Planungsmaßstäbe wie folgt:

- technische Planung eines Großprojekts
- große Wasserbauten und Umweltverträglichkeit
- Bürgerbeteiligung und interdisziplinäre Planung von Großbauvorhaben
- politische und gesellschaftliche Voraussetzungen von Planung.

3.1. Planungsdefizite im engeren Sinn

a. die Planung des Großprojekts nach ausschließlich technischen und wirtschaftlichen Kriterien

Die Planung des Donaukraftwerkes Hainburg war aus technischer Sicht bereits Routinearbeit. Die Kraftwerke Wallsee/Mitterkirchen, Altenwörth, Ottensheim/Wilhering, Abwinden-Asten, Melk und - vor allem - Greifenstein waren gleichartige Planungsfälle desselben Planungsträgers. Somit war weder 'Einmaligkeit' noch die Anwendung einer neuen Technologie gegeben. Die technische Komplexität war bekannt und planungsmäßig kontrollierbar. Hinsichtlich der Größe ergaben sich kaum andere Dimensionen.

Aus der technischen Planung an sich entstehen bei Anlegen technischer und wirtschaftlicher Maßstäbe keine Legitimationsdefizite; im Gegenteil: alles scheint in bester Ordnung. Die Dominanz technischer Planungskriterien erweist sich jedoch gegenüber anders gelagerten Ansprüchen als Inflexibilität, wenn nicht als Starrheit. Sicherlich erfolgte seit dem Kraftwerksbau in Greifenstein eine stärkere Berücksichtigung ökotechnischer Maßnahmen zugunsten angrenzender Auwälder. Seit dem Kraftwerk Melk wurden auch Gestaltung und Bepflanzung der neu entstehenden Landschaft beim Hauptbauwerk intensiviert. Das zu diesem Zeitpunkt verbreitete Wissen über Landschaftspflege und ökotechnische Maßnahmen wurde jedoch nicht voll in Erwägung gezogen (z.B. im Stauraum: Strukturierung des Wasserlebensraumes, Gestaltung und Bepflanzung der Dämme). Die Erhaltung des Auwaldökosystems und des Bildes der Stromlandschaft wurde nicht zum Planungsgegenstand erhoben. Im herkömmlichen Planungsablauf erfolgte die Konkretisierung des wirtschaftlichen Maximalprojekts, ohne auf ökologische Forderungen, die die Komplexität der Planung von außen her erhöhten, adäquat zu reagieren. Zu den folgenden Ausführungen vergleiche die Übersicht 7.

Die allgemeine Zielsetzung des Projektvorhabens, Ausnutzung der Wasserkraft der österreichischen Donaustrecke, ist bereits

mit der Festlegung des Stufenplanes während der Nachkriegs-

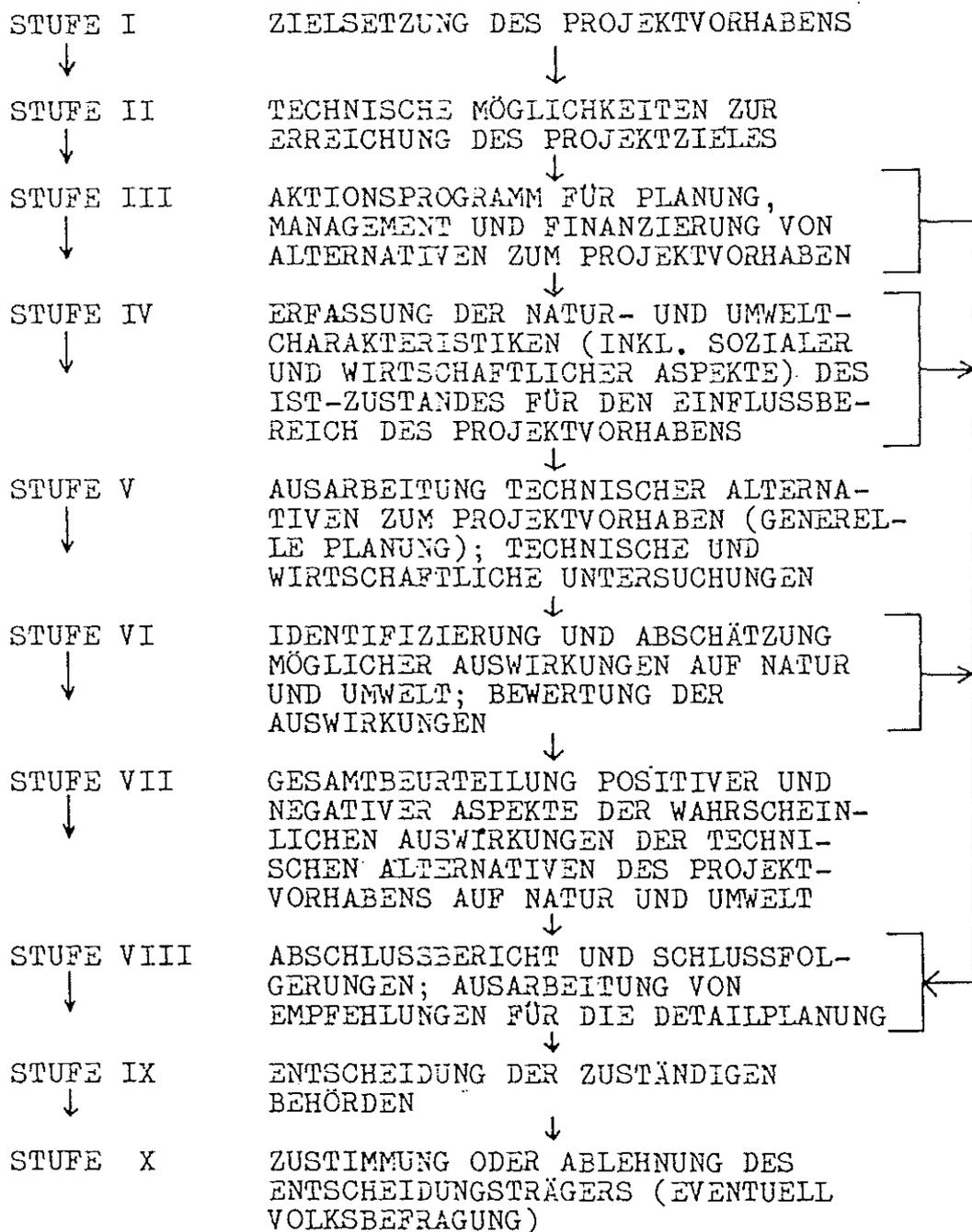
jahre gegeben. Der beschleunigte Ausbau der Donaukraftwerke Greifenstein und Hainburg wurde im Gefolge des Volksentscheids gegen die Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes Zwentendorf von der Bundesregierung beschlossen und durch die Regierungserklärung der kleinen Koalition im Mai 1983 bekräftigt. Stromgewinnung, Verbesserung der Schifffahrt und allgemeine volkswirtschaftliche Effekte standen im Vordergrund der Entscheidung.

Technische Möglichkeiten zur Erreichung des Projektzieles sind im wesentlichen durch die wasserwirtschaftliche Studie der österreichischen Donaukraftwerke-AG aus 1976 fixiert. Mit ihr wurde von einer bis dahin im Stufenplan angestrebten Zweistufenlösung (von Wien bis zur Staatsgrenze auf eine wirtschaftlichere Einstufenlösung umgeschwenkt).

Ein Aktionsprogramm für Planung, Management und Finanzierung von Alternativen zum Projektvorhaben hat es nicht gegeben. Einerseits stand weder von Seiten der E-Wirtschaft noch der Regierung zum beschleunigten Ausbau der Wasserkraftwerke Greifenstein und Hainburg sowie zum Kohlekraftwerk Dürnrohr ein alternatives Aktionsprogramm zur Verfügung. Seitens der DoKW wurde gerade durch die vorhin erwähnte wasserwirtschaftliche Studie eine Zweistufenlösung des Donauausbaus unterhalb von Wien nicht in Erwägung gezogen. Der erste Punkt ist deswegen von Bedeutung, da alternative Investitionsmöglichkeiten im Rahmen einer alternativen Energiepolitik gerade von maßgebenden Hainburggegnern zu einem der wichtigsten Argumente gegen den Ausbau des Kraftwerks Hainburg gemacht wurde. Die Ausschaltung anderer Stufenteilungen beschränkte die Diskussion auf die Erwägung von Standortalternativen der Einstufen-Lösung.

b. das Fehlen einer systematischen und frühzeitig angesetzten Prüfung von Umweltverträglichkeit

Es erfolgte keine umfassende Untersuchung des Ökosystems der angrenzenden Landschaft, insbesondere der Erfordernisse der Aulandschaft. Maßgebende ökologische Parameter dieser beeinflussten

Übersicht 7:**GROSSPROJEKT - PLANUNG und UMWELTVERTRÄGLICHKEIT**

Ablaufprogramm für die Erstellung eines wasserbaulichen Großprojekts unter Berücksichtigung seiner Auswirkungen auf Natur und Umwelt; etwas präzisiert nach O.-J. RESCHER, 1983, S.113

Landschaft wurden nicht erarbeitet und konnten daher keinen Eingang in die technische Projektplanung finden, und es fand keine interdisziplinäre Untersuchung bzw. gemeinsame Bewertung des Ist-Zustandes des beeinflussten Ökosystems durch die Forschungsrichtungen der Ökologie statt.

Die Erfassung des beeinflussten Ökosystems zielte hauptsächlich auf rechtliche und planungstechnische Aspekte: Einerseits zur Beweissicherung gegenüber eventuellen rechtlichen Ansprüchen der Anrainer oder sonstiger Dritter, andererseits zur Schaffung von Unterlagen für die technische Planung.

Einer freiwilligen Umweltverträglichkeitserklärung bzw. -prüfung unterzog sich das projektwerbende Unternehmen nicht. Eine solche - damals wie heute rechtlich nicht erforderliche - Umweltverträglichkeitsprüfung wäre von einer Professorengruppe der Universität für Bodenkultur und der Universität Wien im Jahr 1982 angeboten worden. Erst nach Vorlage des Projektes bei den Behörden wurden von diesen Gutachten zur Beurteilung der ökologischen Auswirkungen eingeholt.

Ökologische Beurteilungen wurden hauptsächlich in Form eines Vergleichs von drei unterschiedlichen Standorten des Hauptbauwerkes durchgeführt. Die Beurteilung beschränkte sich im wesentlichen auf das Ausmaß der Rodungsflächen des Auwaldes, auf den Fortschritt der Sohleneintiefung der Donau als Selbstgefährdungstendenz der Natur und auf die vermutete Wirksamkeit grob geplanter ökotechnischer Maßnahmen.

Durch die Beschränkung auf die als Standortvarianten definierten verschiedenen Einstufenlösungen waren die ungünstigen geologischen Verhältnisse im Bereich der Heilquellen Bad Deutsch Altenburg zum Planungssachzwang geworden (siehe Bevorzugungserklärung). Infolge des Fehlens einer umfassenden ökologischen Bewertungsmatrix ist eine 'strategische' Verwendung einzelner ökologischer Argumente auch im Naturschutzbescheid 2. Instanz und im Wasserrechtsbescheid feststellbar.

c. die "strategische" Handhabung von Gutachten und die "strategische" Argumentation ökologischer Sachverhalte

Expertise und Begutachtung sind essentielle Beiträge von Fachleuten sowohl zur technischen Planung als auch im administrativen Entscheidungsverfahren des klassischen dezisionistischen Modells (Projektantrag - administrative Beurteilung - Bewilligung).

Im Zuge der "Hainburg-Diskussion" offenbarten sich Probleme hinsichtlich von:

- Abhängigkeit bzw. Unabhängigkeit des Gutachters vom Auftraggeber
- Objektivität von Gutachten in Abhängigkeit von Werthaltungen

- Auswahlprozesse der Heranziehung von Gutachtern seitens der Behörde
- Verwendung der Gutachten oder ihrer (Teil)ergebnisse bei der Beurteilung durch den Verwaltungsjuristen.

Sowohl für die Projektdurchsetzung als auch für den Widerstand gegen den Kraftwerksbau wurden Experten herangezogen. Hier wie da engagierten sich maßgebliche Wissenschaftler. Im Prozeß der öffentlichen Meinungsbildung als "Pro-" bzw. "Kontra-Sachverständige" bezeichnet, vermischten sich bisweilen fachliche Begutachtung und politisches Engagement.

Das Zustandekommen der naturschutzrechtl. Bewilligung 2. Instanz (Gutachterausswahl, Gutachteninterpretation) war Anlaß massiver Legitimationsverluste, die - im November 1984 - zur spontanen und symbolischen Besetzung des NÖ Landhauses führten. Die Entscheidung zugunsten des Kraftwerkbaues wurde auch aus rechtlicher und wissenschaftlicher Sicht mit Glaubwürdigkeit in der Öffentlichkeit kritisiert und war der eigentliche Auslöser einer massenpsychologischen Situation, die wenig später in die Aubesetzung bei Stopfenreuth mündete.

Tendenziell erlitt das Expertenimage Einbußen. Sowohl auf Seiten von Technikern und Rechtswissenschaftlern als auch auf Seiten der biologischen Naturwissenschaften sind 'nach Hainburg' Initiativen zur 'Selbstorganisation' von Wissenschaft hinsichtlich der Gutachtenfrage gesetzt worden, die fachliche Kontrolle, eine 'neue Ethik' in den Vordergrund stellen und auf transparentere Begutachtungsverfahren hinzielen.⁷⁾

- d) Ungenügend planungsorientierte Verwaltungsverfahren und Leistungsschwächen des Genehmigungsrechtes] - vorzüglich im Bereich des Energiewesens - hat B. DAVY eingehend analysiert⁸⁾]

Er konstatiert das Fehlen eines verbindlichen Planungssystems im österreichischen Elektrizitätswirtschaftsrecht. Die indirekte Planung über das Energieförderungs-gesetz (= Koordiniertes Ausbauprogramm) erscheint zu weit gesteckt oder zu wenig verbindlich.

Die Einzelfallbezogenheit des Genehmigungsrechtes (z. B. Wasserrecht, Naturschutzgesetze, Gewerbeordnung), gestattet es den beurteilenden Verwaltungsbehörden grundsätzlich nicht, über das gerade eingereichte Projekt, d. h. über den gerade vorliegenden Fall, hinauszugehen. Projektalternativen oder andere Projekte können durch die Behörde vom Projektwerber aufgrund der gegebenen Rechtslage nicht verlangt werden.

Unbestimmte Rechtsbegriffe und ein geringes Maß gesetzlicher Vorbestimmtheit eröffnen dem beurteilenden Verwaltungsjuristen weitreichende Interpretationsspielräume, während inhaltliche Maßstäbe oder Beurteilungsraster weitgehend fehlen.

e. der fast vollständige Ausschluß von "interessierter Öffentlichkeit"

von den Genehmigungsverfahren war ein sehr wesentlicher delegitimierender Faktor im Hainburg-Konflikt.

Demokratie- oder Partizipationsmängel traten im Konfliktverlauf verschiedentlich auf:

- Nichterfüllung früher Informationswünsche lokal oder fachlich Interessierter
- Ablehnung von Kooperationsangeboten aus der im Naturschutz engagierten Wissenschaft für eine freiwillige Umweltverträglichkeitsprüfung
- Fehlende Mitsprachemöglichkeiten bei Definition und Auswahl von Standortalternativen
- Ungenügende Parteienrechte bei den Bewilligungsverfahren.

Hauptsächlich letzteres wurde 1984 der Angelpunkt der Auseinandersetzungen. Als die Frontenbildung erstarrt war, keine Alternativen zur Verfügung standen und die Wertsichten bzw. Interpretationsrahmen unvermittelbar gegenüberstanden, verlegte sich der "Widerstand" auf die Einflußnahme in die Verfahren.

B. DAVY (a.a.O., S. 517) verweist auf den in der Folgediskussion wichtigen Umstand des "Parteiendilemmas":

"Die Rechtslage führt zu einem "Parteiendilemma". Auf der einen Seite scheint die Sinnhaftigkeit individuellen Rechtsschutzes gegen technische Großprojekte fraglich. Wenn, was unterstellt sei, Kraftwerke genehmigt werden, um der Versorgung der Allgemeinheit mit elektrischer Energie zu dienen, ist kaum einzusehen, weshalb einzelnen Grundeigentümern ein subjektives Recht auf die Verhinderung des Gemeinwohles zustehen sollte. Hier wäre es zweckmäßiger, dafür zu sorgen, daß faire Entschädigungen gezahlt werden. Auf der anderen Seite verhindert der Ausschluß sonstiger

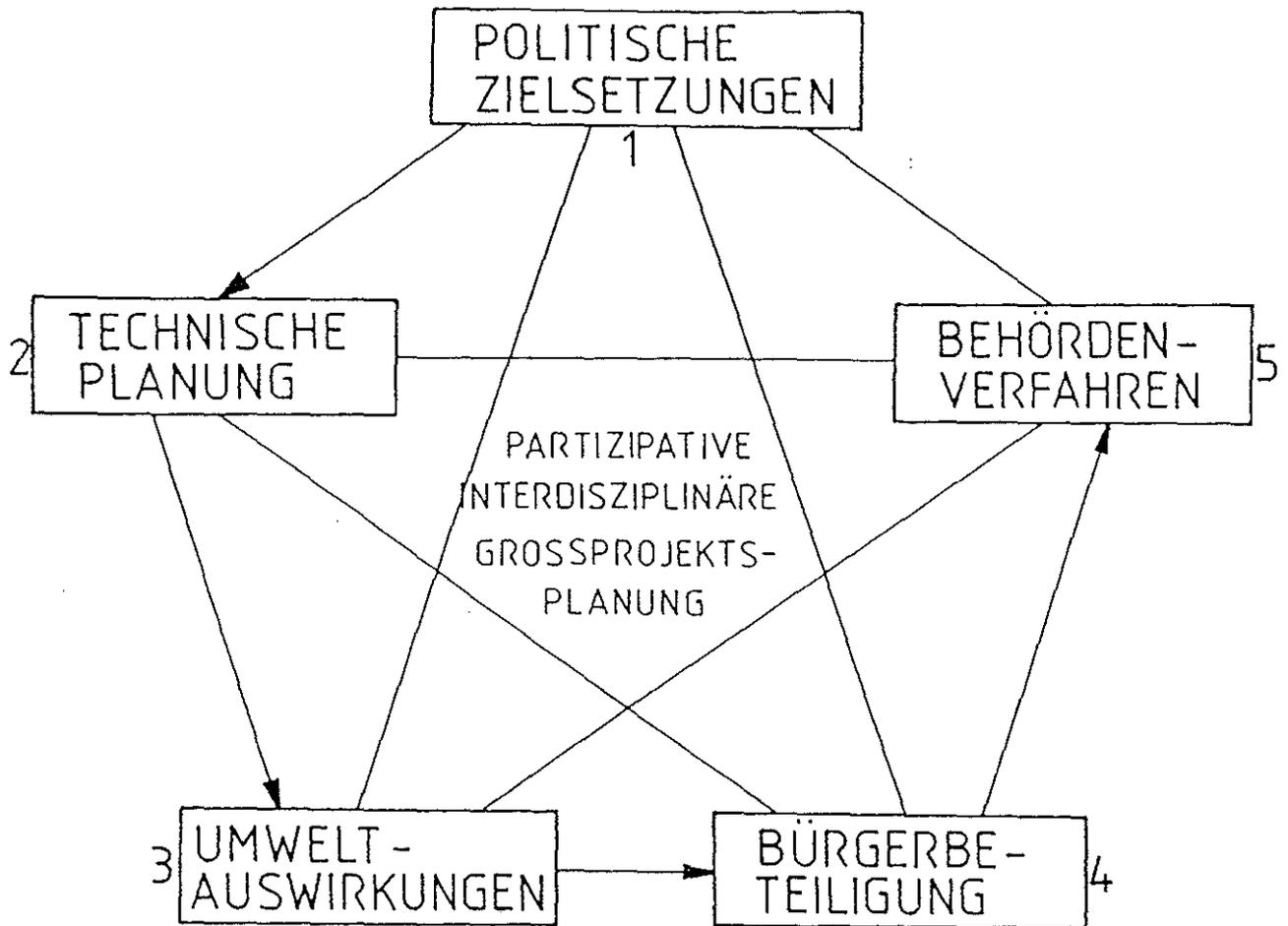
Dritter vom Genehmigungsverfahren, diesen Personen gegenüber alle Möglichkeiten zu nutzen, die das Genehmigungsrecht zur Herstellung von sozialer Verträglichkeit bietet. Hier wäre zweckmäßiger, Öffentlichkeitsbeteiligung zuzulassen".

Kurz gefaßt ergab sich folgende Situation: In der Planung des Kraftwerkes selbst gab es keine Partizipation. Die Planung war ausschließliche Angelegenheit des Projektwerbers. Im Verfahren der Erklärung des Projekts zum bevorzugten Wasserbau (1. Teil des Wasserrechtsverfahrens) gibt es ebenfalls keine Parteilstellung Dritter, mit Ausnahme des Projektwerbers. Mit der Bevorzugungserklärung wurde die wasserrechtliche Bewilligung vom Vorliegen einer positiven naturschutzrechtlichen Erledigung abhängig gemacht. Das NÖ Naturschutzverfahren war bis zur Novellierung Ende 1984 ein Ein-Parteien-Verfahren (Partei war die DoKW; neuerdings haben die Gemeinden und der Umweltschutzanwalt Parteirechte). Im Wasserrechtsverfahren wurde nun das Parteiengehör bei den (in der Regel das Verfahren abschließende) Anrainerverhandlungen wahrgenommen. Durch die Erklärung zum bevorzugten Wasserbau kommt es de facto zur Einschränkung subjektiver Rechte gegenüber den öffentlichen: Nur Anspruch auf angemessene Entschädigung und Abänderungen, die das Projekt selbst nicht in Frage stellen, sind vorgesehen.

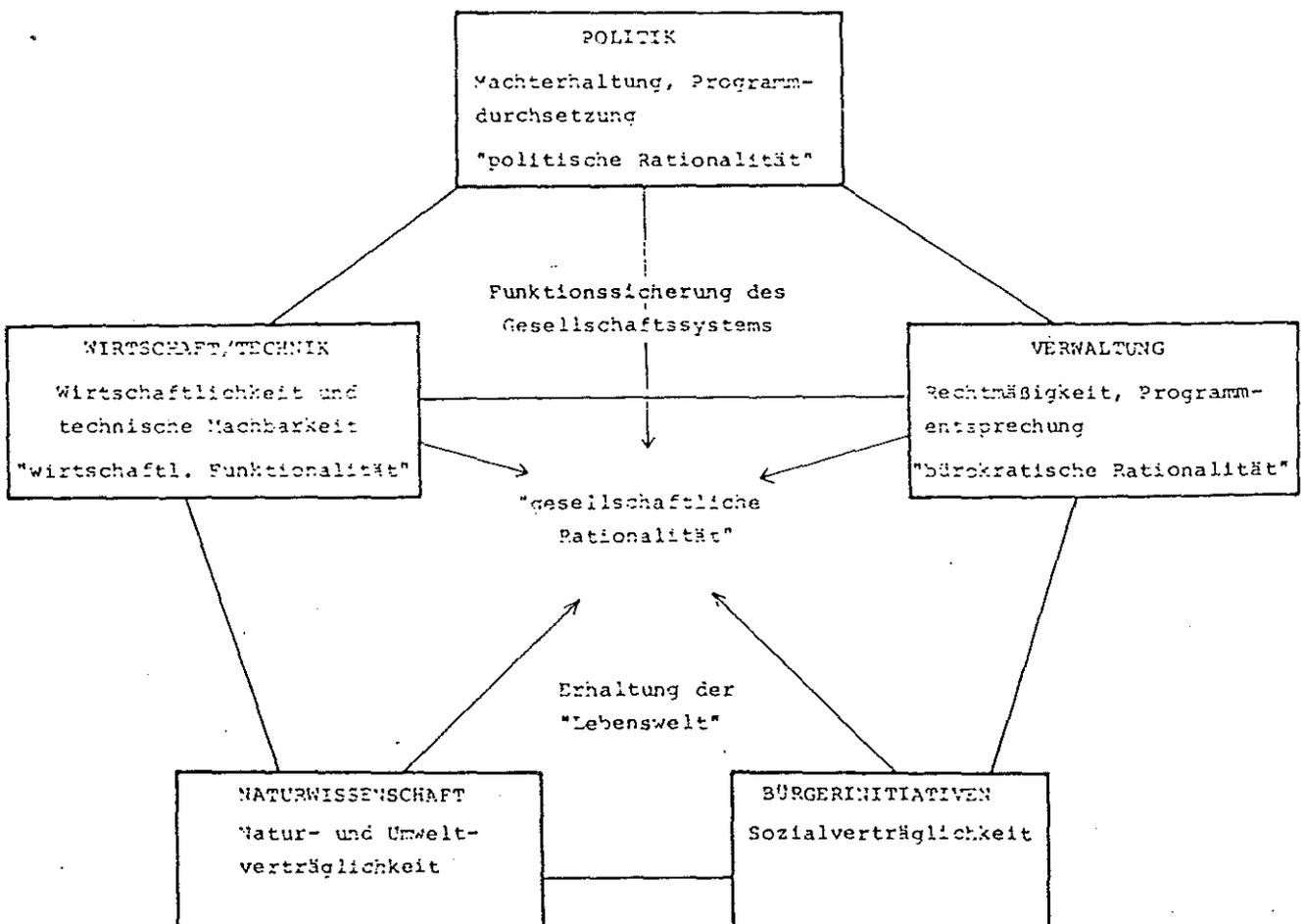
Daher konnte "Partizipation" überhaupt erst zur Geltung kommen, als die wichtigsten Entscheidungen gefallen waren und sich die Ablehnung des Projekts durch eine bedeutende Minderheit entwickelt hatte.

Die in vieler Hinsicht nachteiligen Regelungen laut den Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzen waren Anlaß für eine im Gefolge der Hainburg-Ereignisse erarbeitete Novelle und Regierungsvorlage für eine verstärkte Bürgerbeteiligung ("Bürgerbeteiligungsgesetz").

Die unter (a)-(e) zusammengefaßten Planungsdefizite im engeren Sinn weisen auf ein prinzipielles Versagen der Planungs- und Entscheidungsverläufe hin. Die Übersicht 8 faßt die Voraussetzungen einer



Übersicht 8: Partizipative, interdisziplinäre Großprojektsplanung



partizipativen, interdisziplinären Großprojektsplanung zusammen. Sie stellt die gegenseitigen Abhängigkeiten verschiedener Erfordernisse einer gesellschaftlich rationalen Planung dar. Zur Funktionssicherung des Gesellschafts-systems und für die Erhaltung der (natürlichen und sozialen) "Lebenswelt" kann Planung wertvolle Beiträge leisten. Das Modell zeigt darüber hinaus auf übergeordnete Phänomene und Problemsituationen, die im "Fall Hainburg" eine wichtige Rolle spielten und die im folgenden unter "Planungsdefizite im weiteren Sinn" als Rahmenbedingungen von Planungen in ähnlich strukturierten Konflikten abgehandelt werden.

3.2. Rahmenbedingungen des Konflikts

f. die Dominanz der Elektrizitätsversorgungsunternehmen in der energiewirtschaftlichen Planung⁹⁾

Es wurde bereits mehrfach ausgeführt, daß durch das Verstaatlichungsgesetz 1947 die Elektrizitätsversorgungsunternehmen, die Landeselektrizitätsgesellschaften und die Verbundgesellschaft ein Quasi-Monopol in der Bereitstellung von Elektrizität bilden; und zwar eines besonderer Art:

Durch die gesellschaftsrechtliche Konstruktion (privatwirtschaftlich organisierte Aktiengesellschaften) ist eine weitgehende rechtliche Autonomie von der Politik gegeben (die jedoch de facto durch personelle Verflechtungen nicht so scharf ausgeprägt ist).

von Vom Auftrag und den Interessenspositionen her ist eine expansive, angebotsorientierte Energiebereitstellungspolitik feststellbar, von der es seit einigen Jahren den Anschein hat, daß die "Geschäfte" mit dem Stromverkauf wichtiger als die Energieprobleme der Konsumenten sind.

Die föderalistische Struktur der Elektrizitätswirtschaft (Bundes- und Landesgesellschaften) und die entsprechende Verflechtung mit Bundes- oder Landespolitik erschwert sowohl eine effektive Koordination (z.B. in der Tarifpolitik) als auch eine verbindliche Gesamtplanung.

Pläne und Prognostik der Elektrizitätsversorgungsunternehmen wurden bis zum Energiekonzept 1984 von den staatlichen Instanzen weitgehend übernommen und damit sanktioniert.

Für eine ^{„alternative“} Energiepolitik fehlen beispielsweise entsprechende Strukturen und Instrumente, bzw. sind sie erst (z.B. Fernwärme) in Entstehung begriffen.

Verschiedene gesamtgesellschaftlich rationale Entwicklungen wurden durch diese Verhältnisse blockiert oder verzögert und an diese Umstände knüpfte die Kritik alternativer Energiepolitik. Es sind daher die Strukturen der Energiewirtschaft im Zuge der Hainburg-Diskussion Auslöser delegitimatischer Tendenzen.

Über diese planungstheoretisch-sachlich begründeten Argumente hinaus weisen die alljährlichen Rechnungshofberichte seit Beginn der Achtziger Jahre, daß dieselben Strukturen möglicherweise nicht unwesentlich zu Politik- und Staatsverdrossenheit beitragen.¹⁰⁾

Kritisiert wird zum einen das hohe Einkommensniveau in den Energieversorgungsunternehmen, für das der Eindruck ungerechtfertigter Privilegien nicht unbegründet ist. Auch wenn erschwerte Arbeitsbedingungen und hohe Qualifikation ins Treffen geführt werden, konnte bisher die alljährliche Rechnungshofkritik nicht entkräftet werden.

Die personelle Verflechtung von Politik und Energiewirtschaft ist der zweite "Dauerbrenner" der Skandalisierung. Hohe Mandatsträger aus Bundes- und Landesregierungen, gleichzeitig leitende Funktionäre der Verbandsspitzen der Sozialpartnerschaft oder der politischen Parteien, sitzen an den Schalthebeln der Energieversorgungsunternehmen und beteiligter großer Baufirmen. Diese Personalunionen stellen den pragmatischen Mechanismus einer Durchsetzung der herrschenden Energiepolitik dar; eine Überprüfung demokratiepolitisch wie rechtsstaatlich bedenklicher Personalunionen wäre jedoch angeraten.

g. das "strukturelle Defizit" eines effektiven Naturschutzes
in Rechtsordnung und Politik

In der Konfliktentwicklung zeigte sich, daß das Naturschutzengagement im Zentrum der Widerstandsbewegung gegen das Kraftwerk Hainburg stand (und steht). So kann "Hainburg" auch als potenzierte Stufe vorhergehender Naturschutzkonflikte in Wien und Niederösterreich verstanden werden: Aktivisten und Bürgerinitiativen, die beim "Hainburg"-Konflikt eine wesentliche Rolle spielten, waren auch schon bei vergangenen Umweltkonflikten maßgebend beteiligt: "Rettet die Lobau" (1969-1972), "Rettet den Sternwarte-Park" (1973), "Zwentendorf" (1977/78), "Rettet das Kamptal" (1983), "Sauhaufen"-Besetzung (1983) bis hin zum Hainburg-Widerstand, dem der WWF den verallgemeinerten Aufruf "Rettet die Auen" gab.

Offensichtlich ist der konkrete, effektive Schutz von Naturlandschaften neben "alternativer Energiepolitik" ein zentrales, tatsächliches und nicht nur ein vermeintliches Anliegen des "Postmaterialismus", und dieses kann vor folgendem Hintergrund plausibel gemacht werden:

Die Zerstörung von Naturlandschaften und traditioneller Kulturlandschaften ist als generelles Phänomen der Nachkriegsentwicklung besonders stark im alpinen Raum und in den Beckenlagen der Flüsse ausgeprägt. Industrie, Straßenbau, Siedlungsentwicklung, Land- und Forstwirtschaft sowie der energietechnische Ausbau der Flüsse haben die gravierendsten Auswirkungen auf die Aulandschaften.

"Naturschutz" als verfassungsrechtliche Kompetenz ist laut österreichischer Bundesverfassung den Bundesländern zugewiesen. Der auf den Landesnaturschutzgesetzen aufbauende amtliche Naturschutz ist aus mehreren Gründen wenig effektiv:

- wegen geringer Ausstattung mit Personal und Finanzmitteln
- traditionellerweise wird der amtliche Naturschutz von den Interessen der Land- und Forstwirtschaft dominiert
- Naturschutzrecht erstreckt sich im wesentlichen nur auf verordnete Natur- und Landschaftsschutzgebiete, während

die Nutzungen von Wäldern, Flüssen, Seen, landwirtschaftlichen Gebieten in Gesetzesmaterien geregelt ist, in denen die Bedachtnahme auf Naturerhaltung wenig Rolle spielt und die spezifisch sektorale Zielsetzungen verfolgen (Forstrecht, Wasserrecht, Landwirtschaftsrecht, Verkehrsrecht).

Dieser indirekt naturschutzrelevante Bereich von

Bestimmungen der Bedachtnahme auf bestimmte Naturelemente enthält, zeichnet sich durch eine hohe Zersplitterung der Kompetenzen aus, sodaß Naturlandschaftsreste einmal dieser sektoralen Zielsetzung (z. B. Straßenbau) und einmal jener (z. B. landwirtschaftliche Komassierung) zum Opfer fallen.

In einer Zeit, wo Nutzungsintensivierung des Raumes von Märkten, staatlichen Fördersystemen oder Interessensvertretungen erzwungen wird, liegt ein "Außernutzungsstellen" - wie es Naturschutz relativ oder absolut fordert - den vorherrschenden Interessen diametral entgegen: dem herkömmlichen politischen und wirtschaftlichen Kalkül. Im Gegenteil: alle neuen Bauvorhaben werden systematisch in die aus bestimmten Gründen wirtschaftlich am wenigsten genutzten Flächen abgedrängt.

Während Umweltschutz neue Umwelttechnologien mit sich bringt - gleichbedeutend mit Absatzmärkten und Beschäftigung - bleibt Naturschutz (Verhinderung direkter Lebensraumzerstörung) im wesentlichen asystemisch.

Kennzeichen für den vereinsmäßig organisierten Naturschutz (Österreichischer Naturschutzbund, World Wildlife Fund Austria) war bisher die geringe Integration in den Prozeß politischer Entscheidungsfindung und weitgehender Ausschluß von den vorstaatlichen Instanzen der politischen Konsensfindung in betreffenden Bereichen.

Abschließend läßt sich das "strukturelle Defizit" des Naturschutzes zusammenfassen in:

- zersplitterte Kompetenzsituation im naturschutzrelevanten Recht
- Schwächen des amtlichen Naturschutzes
- geringer Integrationsgrad des organisierten Naturschutzes in den Staat
- Dominanz der Naturlandschaft durch wirtschaftliches Nutzungskalkül
- Wachstums- und Beschäftigungsirrelevanz von Lebensraum- und Artenschutz.

h. die alternative Wirklichkeitsbestimmung der neuen sozialen Bewegungen¹¹⁾

In "Hainburg" wurden neue Symbole gesetzt. Nach R. WODAK u.a., 1985, S. 122 ff., sind die "Mythen vom Sagenstrom", "die blaue Donau als Schicksalsstrom der Monarchie" als nationale Symbole gerade von den Leitfiguren herangezogen worden. Die hervorgehobenen Begriffe des "Auwaldes", der "Überschwemmung", der zu schützenden Natur, des "letzten europäischen Urwaldes" verweisen auch nach R. BURGER, a.a.O., auf eine starke mythische Komponente. Fluß, Wald, Baum, Korn sind gemäß E. CANETTI bedeutungsvolle Massensymbole,

Die Setzung neuer Symbole entwickelte sich über rund eineinhalb Jahre und die Mythenbildungen erfolgten zum Teil in rituellen Veranstaltungen: Dschungelfest, Konferenz der Tiere, Schwur von Hainburg etc. Einige Künstler hatten die Au "heiliggesprochen", "Baumumarmungen" förderten die Einstellungen, das Schlägern von Bäumen als Sakrileg zu betrachten.

Für nüchternen Sachverstand scheinen diese Ausführungen zumindest teilweise lächerlich. Folgt man den Darstellungen von P. L. BERGER und Th. LUCKMANN (1984), daß die gesellschaftliche Wirklichkeit der Alltagswelt ein Gebilde von Typisierungen ist, und Symbole tragende Säulen der Alltagswelt, dann kann dies als alternative Wirklichkeitsbestimmung bezeichnet werden. Eine Subgesellschaft - die Umweltbewegung - hat ihre Subsinnwelt

symbolisch zum öffentlichen Ausdruck gebracht - und damit ihre eigene Identität gestärkt.

Die Verwirrung faktischen Geschehens kann durch symbolische Sprache geordnet werden und ist in die Alltagsinterpretationen dadurch integrierbar. Damit gewinnen neue Symboliken gesellschaftliche Faktizität, da sie sich auf die Beurteilung des politischen Handelns auswirken.

In diesem Sinne ist "Hainburg" eine "häretische Herausforderung", welche die herrschende Sinnwelt als nicht wirklich zwingend zeigt. Näheres dazu vgl. bei W. DATLER und G. DIEM-WILLE , in H. PRITZ (Hrsg. a.a.O.).

Wirklichkeitsbestimmungen sind an bestimmte Personen geknüpft: Hauptträger auf Seiten der Kraftwerksgegner waren G. Nennung, B. Lötsch, P. Weish und J. Mauthe. Die Ausschlüsse von G. Nennung aus SPÖ und ÖGB weisen auf einen hohen Symbolgehalt: die demonstrative Absage etablierter Parteien und Verbände an Zielsetzungen und Ideologie der neuen sozialen Bewegungen.

Die Umweltbewegung hat sich in Hainburg über die "rationalen" Aspekte des Umweltbewußtseins und die alternativen politischen Zielsetzungen im Bereich der Energiepolitik hinausgehend eine symbolische Subsinnwelt geschaffen. Sie konnte ihre Anhängerschaft erweitern, hat sich jedoch von der herrschenden Alltagsinterpretation und vom mehrheitlichen Denken deutlich abgegrenzt.

1. Tendenzen in Parteien, Medien und in der Sozialpartnerschaft

Ein überdurchschnittlich hoher Konzentrationsgrad und eine hohe Organisationsdichte kennzeichnet die Großparteien Österreichs. Seit längstens 1983 ist die "Ultrastabilität" des Parteiensystems zu Ende gegangen. Tendenziell haben sich die Weltanschauungsparteien mit mehr oder minder ausgeprägter Stammwählerschaft und Programmatik zu Plattformparteien entwickelt. Aufgrund sozialer und demografischer Entwicklungen ergibt sich eine zunehmende

Parteienkonkurrenz um Wechselwähler, und seit 1980 ist ein harter Kern an "Postmaterialisten" entstanden, sodaß grün-alternative Gruppierungen als potentielle Wahlkonkurrenten auftreten. Während neue angestellte Mittelschichten seit dem Abgang von Bundeskanzler Kreisky eher zur ÖVP neigen, wird Politik- oder Staatsverdrossenheit vorwiegend der SPÖ zugewiesen.¹²⁾

Von großer Bedeutung erweisen sich außerdem Entwicklungen innerhalb der Medien. Generell ist die Reichweite der Medien bedeutend gestiegen, sodaß sich die Tagespolitik stark in den Vordergrund schiebt. Hinsichtlich der Politikinformation ist insbesondere die Rolle des Fernsehens gewachsen. Die Printmedien stehen tendenziell zum Bündnis von ORF und etablierter Politik (Parteien und Verbände) in Konkurrenz und neigen zum trendsetter-Journalismus. Das "neoplebiszitäre Arrangement" von Neuer Kronenzeitung und Umweltbewegung kann vor diesen Tendenzen gesehen werden.

F. PLASSER (1985) führt den Nachweis, daß ein "Supersystem" elektronischer Politik auch in Österreich in Entwicklung begriffen ist. Einer Medifizierung der Politik entspricht die Politisierung der Medien. Die Entstehung eines "politischen Starsystems" in Österreich ist bereits seit der Untersuchung von K. LUGER und H.H. FABRIS bekannt. Mit dem Rücktritt von Bundeskanzler Kreisky ist ein genereller Umbau des politischen Starsystems vor sich gegangen. Der Hainburgkonflikt fiel gerade in den Beginn der dadurch bewirkten "Verunsicherung".

Im Kreis der Sozialpartner sind die vehementesten Befürworter des Kraftwerksbaues in Hainburg zu finden. Das Projekt entspricht den materiellen Interessen, die sie vertreten, und der politischen Logik, die ihre langfristige Kooperation bestimmt.¹³⁾

Wie die Veröffentlichungen erweisen, ist es im Zuge der Hainburg-Auseinandersetzung vor allem zur Frontenbildung zwischen den Arbeitnehmerverbänden der Sozialpartnerschaft und der Umweltbewegung als Teil der neuen sozialen Bewegungen gekommen. Die ideologischen Auseinandersetzungen wurden auf beiden Seiten heftig

und emotional geführt: Gegen das "Betonierer-Image" wurde jenes der "Bauverhinderer" gesetzt. Die Heftigkeit der Auseinandersetzungen resultiert aus der Interessenskonkurrenz ebenso wie aus dem Kampf um die Sinnhaftigkeit der strittigen Wirklichkeitsbestimmung.

Eine Befragung der SWS ergibt, daß die Sozialpartnerschaft 1983-1985 eine Imageabwertung erfuhr und daß sich vor allem eine relative Gleichgültigkeit ihr gegenüber ausbreitete. Weiters steht sie, und vor allem der ÖGB, als Hauptverlierer des Hainburg-Konflikts in der Meinung der Bevölkerung.

W.C. MÜLLER (1985, S. 211 ff.) zeigt, daß gerade in der Energiepolitik sich die Parteienlogik gegenüber der Sozialpartnerlogik durchsetzte, daß der Einfluß der Sozialpartner durch die Aktionen der Umweltbewegung zurückgedrängt wurde. Ab einem gewissen Konfliktniveau beginnt die Konkurrenz um Wähler (Schichten) bestimmender zu sein als eine Durchsetzung wirtschaftlicher Forderungen, die von den Sozialpartnern gestellt werden. Dafür ist "Hainburg" der schlagendste Beweis.

Aus der Analyse der Sozialpartnerschaft im Rahmen der politikwissenschaftlichen Neokorporatismus-Diskussion ist einsichtig, daß langfristige Aspekte sozialpartnerschaftlicher Politikproduktion an der Konfliktgestaltung und-entwicklung mitwirkten: Die "Politik des kleinsten gemeinsamen Vielfachen" führt zur Überrepräsentanz quantitativer und kompromißfähiger Ansprüche und zur Ausgrenzung qualitativer Konfliktstoffe. (G. VOBRUBA, 1983, S. 39), nicht Kompromißfähiges wird diskriminiert. Nichtthematisierung ökologischer Folgen des volkswirtschaftlichen Interessensverbandes ist - wenn schon nicht Strategie - so doch systematisches Ergebnis einer solchen Politik.

Hier ließe sich einiges in politikwissenschaftlichen Begrifflichkeiten näher abhandeln. Wesentlich erscheint, daß das Auftreten der "Neuen sozialen Bewegungen", oder mit negativen Vorzeichen: des "Neopopulismus", offensichtlich mit den vorherrschenden Formen und Praktiken der Politik zusammenhängt.

Durch technokratisch verkürzte Politik werden "diffuse, quer durch die Klassengrenzen liegende Konfliktpotentiale geschaffen" (G. VOBRUBA, 1983, S. 167). B. MARIN (1980) hat diese Ausdehnung "regelloser Konfliktszenen" als "externe Kosten" des Konfliktmanagements des Neokorporatismus gedeutet. Im Anschluß an eine international vergleichende Studie faßt K.W. BRAND (1985, S. 317 ff.) die Determinanten der Entwicklungschancen neuer sozialer Bewegungen zusammen: sie sind groß, wenn

- das Ausmaß der Sozialstaatlichkeit und wohlfahrtsstaatlicher Versorgung gut ist,
- das politische System relativ geschlossen, die staatliche Reform- und Innovationsbereitschaft gering ist,
- in der politischen Kultur harmonistische Konfliktscheue und autoritäre oder obrigkeitsstaatliche Ansichten herrschen,
- den "neuen Themen" durch relativ ökonomische Stabilität ein entsprechendes Gewicht zukommt und sie in einen längerfristigen Protestzyklus eingebettet sind.

Insofern begünstigt die Realverfassung Österreichs das Aufkommen neuer sozialer Bewegungen, und dies umso mehr, je geschlossener das politische System Umwelt- und Naturschutzfragen gegenüber, je "systemischer" es gegenüber vitalen, in Organisation befindlichen Interessen der Lebenswelt bleibt.

4. Reformansätze und Empfehlungen

Wenn akzeptiert wird, daß der Hainburg-Konflikt das Ergebnis einer Reihe von Fehlern, Mängeln oder Entwicklungen auf unterschiedlichen Ebenen ist, die durchaus verortbar sind, dann müssen zur gesellschaftlich akzeptablen Regelung über die unmittelbar räumlich-thematische Bearbeitung hinaus Reformen erfolgen. Nach der kurzfristigen Entpolitisierung ("Nachdenkphase") steht die Änderung der wichtigsten, konflikttyp-bezogenen Rahmenbedingungen noch weitgehend aus.

Die Verhandlungsergebnisse der Ökologiekommission, eine Ankündigung diverser Gesetzesnovellen und die Inangriffnahme eines simultanen, interdisziplinären Planungsverfahrens für die Staufstufe Wien sollten nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Hainburg-Konflikt bei weitem noch nicht "ausgestanden" ist.

"Hainburg" ist zentrales Symbol des fortbestehenden Konflikts von Wachstumspolitik (staatlicher Infrastrukturausbau) und dem Natur- und Umweltschutz. Ansätze für seine Bewältigung will ich im folgenden anhand der Punctuation des 3. Kapitels diskutieren:

- (a) Die Planung von Großprojekten soll in Projektalternativen unter Berücksichtigung von wirtschaftlichen, technischen und ökologischen Kriterien erfolgen; die Einbindung von "Ökologen" in die Planungsabläufe und -stäbe ist erforderlich.
- (b) Für zu bestimmende (Groß)Projekte müssen systematische und frühzeitig angesetzte Umweltverträglichkeitsprüfungen vorgenommen werden. Der diesbezügliche Gesetzesentwurf des Umweltschutzministeriums müßte überarbeitet und beschlossen werden.
- (c) Die Prozesse der Gutachterausswahl sowie Verwendung und Kontrolle von Gutachtenergebnissen müßten neu - im Sinne von mehr Transparenz und Öffentlichkeit - geregelt werden.
- (d) Partizipation von "interessierter Öffentlichkeit" müßte fester Bestandteil der Behördenverfahren sein. Eine diesbezügliche Regierungsvorlage zum "Bürgerbeteiligungsgesetz" liegt vor und sollte beschlossen werden.
- (e) Die energie- und insbesondere elektrizitätswirtschaftliche Planung sollte der Dominanz der EVU's entrissen werden. Das von der Energieverwertungsagentur erarbeitete Modell MARKAL wäre als Planungsinstrument geeignet, einen breiteren Prozeß der Konsensfindung (unter Aufnahme von "Alternativen") für die Neuformulierung der Energiepolitik zu verarbeiten.

(f) Eine Reform von Struktur und Aufgabenstellung der Elektrizitätswirtschaft und ein Privilegienabbau in diesem Sektor könnte wesentliche Beiträge für energiewirtschaftlich rationalere Ergebnisse ebenso wie für einen Abbau von "Politikverdrossenheit" bewirken. Die dazu vorliegende Novelle zur Reform der Energiewirtschaft könnte dazu Ansätze bieten.

(g) Um das "strukturelle Defizit" des Naturschutzes tendenziell abzubauen, ist meines Erachtens erforderlich:

- eine stärkere Integration der Naturschutzvereine in den vorstaatlichen Entscheidungsprozeß (z.B. Gesetzesbegutachtung)
- die Aufwertung des amtlichen Naturschutzes der Bundesländer (und Bezirkshauptmannschaften)
- der Beschluß eines österreichweiten Nationalparkkonzepts
- die rasche Realisierung der geplanten Nationalparke Donau-March-Thaya-Auen und Neusiedlersee/Seewinkel

(h) Um eine Spaltung in "postmaterialistische" Minderheiten und in eine "materialistische" Mehrheit, die die derzeitige politische Entwicklung wahrscheinlicher gemacht hat, zu vermeiden, sollten "Alternativen" vor allem in den staatlichen Ausgabenprogrammen stärker berücksichtigt werden. Eine Politik der Abgrenzung gegenüber den "Grünen" oder "Alternativen"

würde das gesamte Konfliktszenario - für das "Hainburg" als Symbol steht - weiter eskalieren.

Fußnoten

- 1) Wichtige, über "Hainburg" veröffentlichte Studien sind:
 - E. GEHMACHER, Ohnmacht der Massenmedienmacht? Die wahre Wirkung der "Kronen-Zeitung" am Beispiel Hainburg. In: Journal für Sozialforschung 2/1985.
 - R. BURKHART, Das Konrad Lorenz-Volksbegehren in der Tagespresse Österreichs. Eine inhaltsanalytische Untersuchung; Literas Universitätsverlag, Wien 1985.
 - W. HAUER, Hainburg, rechtliche und rechtspolitische Aspekte, Eisenstadt 1985.
 - B. DAVY, Die soziale Verträglichkeit technischer Großprojekte. Erörtert am Beispiel des Genehmigungsrechts für Kraftwerke. In: Österr. Juristen-Zeitung 17/1985.
 - A. PELINKA, Hainburg - mehr als nur ein Kraftwerk. Bewertung der Ereignisse um den Kraftwerksbau in Hainburg; im "Jahrbuch für Politik 1985"
 - R. WODAK, F. MENZ, B. LUTZ und H. GRUBER, Die Sprache der "Mächtigen" und "Ohnmächtigen". Der Fall Hainburg. Eine sozio- und textlinguistische Analyse, Arbeitsgemeinschaft für staatsbürgerliche Erziehung und politische Bildung, Wien, November 1985.
 - A. PRITZ (Hrsg.), Das schmutzige Paradies. Psychoanalytische Beiträge zur ökologischen Bewegung, Böhlau-Verlag, Wien 1986

- 2) J. KANIAK, Mögliche Varianten für die Gestaltung und energiewirtschaftliche Nutzung der Donau östlich von Greifenstein, Jänner 1986.
 - B. LÖTSCH, Nationalpark Donau-March-Thaya-Auen, Oktober 1985.

- 3) vgl. auch:
 - J. HESOUN und H. PÖTTSCHECHER, Schwarz-Weissbuch. Dokumentation Hainburg, NÖ Arbeiterkammer, Wien 1985.
 - G. NENNING und A. HUBER (Hrsg.), Die Schlacht der Bäume - Hainburg 1984; hannibal, Wien 1985.

Hainburg - ein Basisbuch. Anschläge gegen den Stau, Verlag für Gesellschaftskritik, Wien 1985.

H. BASCHENEGGER, G. NAVARA, R. GOLEBIOWSKI und M. WAGNER, Die Kälte des Dezember, Eigenverlag, Wien 1985.

4) vgl. dazu die Beiträge in:

B. GABRIEL, G. SCHÖRNER, K. WEDL und P. WEISH (Hrsg.), Kraftwerk Hainburg, Nationalpark Ost. Laxenburg, Juni 1984.

5) F. VESTER, Ballungsgebiete in der Krise, München 1983.

F. VESTER und A. v. HESLER, Sensitivitätsmodell; im Auftrag des Umweltbundesamtes; veröffentlicht von der Regionalen Planungsgemeinschaft Untermain, Frankfurt, August 1980.

6) Versuche einer Gesamtinterpretation:

R. BURGER, Hainburg und die Modernisierung; in: Falter 2/1985; ebenso in: Hainburg - Ein Basisbuch.

J. CAP und P. PELINKA, Hainburg und die Folgen; in: Zukunft, Feb. 1985.

7) Zur Selbstorganisation von "Wissenschaft" hinsichtlich der Gutachtenfrage im Gefolge des Hainburg-Konfliktes siehe:

Das Forum österreichischer Wissenschaftler für Umweltschutz; in: Umwelt-Forum 1/1986 und 2/1986.

Energiekommission des Akademischen Senats der Technischen Universität Wien (Hrsg.), Technisch-wirtschaftliche Begutachtung und rechtliche Entscheidung im Kraftwerksbau, Seminar der TU Wien am 28. und 29. November 1985; Seminarbericht, Wien, 1987

8) B. DAVY, Die soziale Verträglichkeit technischer Großprojekte. Erörtert am Beispiel des Genehmigungsrechts für Kraftwerke; in: Österr. Juristen-Zeitung, Heft 17, Sept. 1985, S. 513 ff.

~~siehe auch~~ J. KÜHNE, Kraftwerksbau zwischen Rechtsstaat und Verwaltungspraxis; in: Energiekommission, 1987, S. 52 ff
Zur Frage der Begutachtung vgl.:

B. DAVY, Zur Stellung des technischen Sachverständigen im Genehmigungsverfahren für Großkraftwerke; in: Energiekommission ..., 1987, S. 90 ff

P.-J. JANSEN, Wer begutachtet Gutachten? In: Energiekommission ..., 1987, S. 112 ff

- 9) Zu diesen Ausführungen vergleiche:
- H. GLATZ, Staatliche Energiepolitik in Österreich; in: ÖZPW 1/1986, S. 73 ff.
- F. KOK und Ch. SCHALLER, Restrukturierung der Energiepolitik durch neue soziale Bewegungen? In: ÖZPW 1/1986, S. 73 ff.
- J. KANIAK, Alternativen zum Kraftwerk Hainburg; in: Zukunft 12/1985.
- 10) A. WORM, Die E-Werke-Millionäre; zum Rechnungshofbericht; in: Profil 13.12.1982.
- H. CZERNIN, Wer an Hainburg verdient: Die Maurerpartie; in: Wochenpresse, 8. Mai 1984
- Th. FRANK, Das Milliarden-Marterl; in: trend 4/1984.
- H. LANGSNER und J. VOTZI, Im Zwielficht; in: Profil 19.11.1984.
- 11) Zur Schaffung einer "neuen Symbolik" im Zuge der "Hainburg"-Diskussion vgl.:
- R. WODAK, F. MENZ, B. LUTZ und H. GRUBER, Die Sprache des "Mächtigen" und "Ohnmächtigen". Der Fall Hainburg; Wien Nov. 1985; insbes. S. 107 ff., S. 122 ff.
- G. NENNING, Herz als Waffe; in: G. NENNING und A. HUBER, a.a.O., S. 6 ff.
- M. PEINTNER, Das Gestern im Morgen; in: Falter 1/1985.
- Th. PLUCH, Symbol- und Reizworte; in: Wiener Zeitung 22.3.1985.
- E. RINGEL, Hainburg und die Jugend; in: G. NENNING und A. HUBER, a.a.O., S. 198 ff.
- A. PRITZ (Hrsg.), Das schmutzige Paradies. Psychoanalytische Beiträge zur ökologischen Bewegung, Wien-Graz, 1986.
- 12) Die Ausführungen zu Parteien und Medien stützen sich auf:
- A. PELINKA, Struktur und Funktion der politischen Parteien; in: H. FISCHER (Hrsg., Das politische System Österreichs; Wien 1982.



Zentrum für Umwelterziehung

DER ÖSTERREICHISCHEN NATURSCHUTZJUGEND

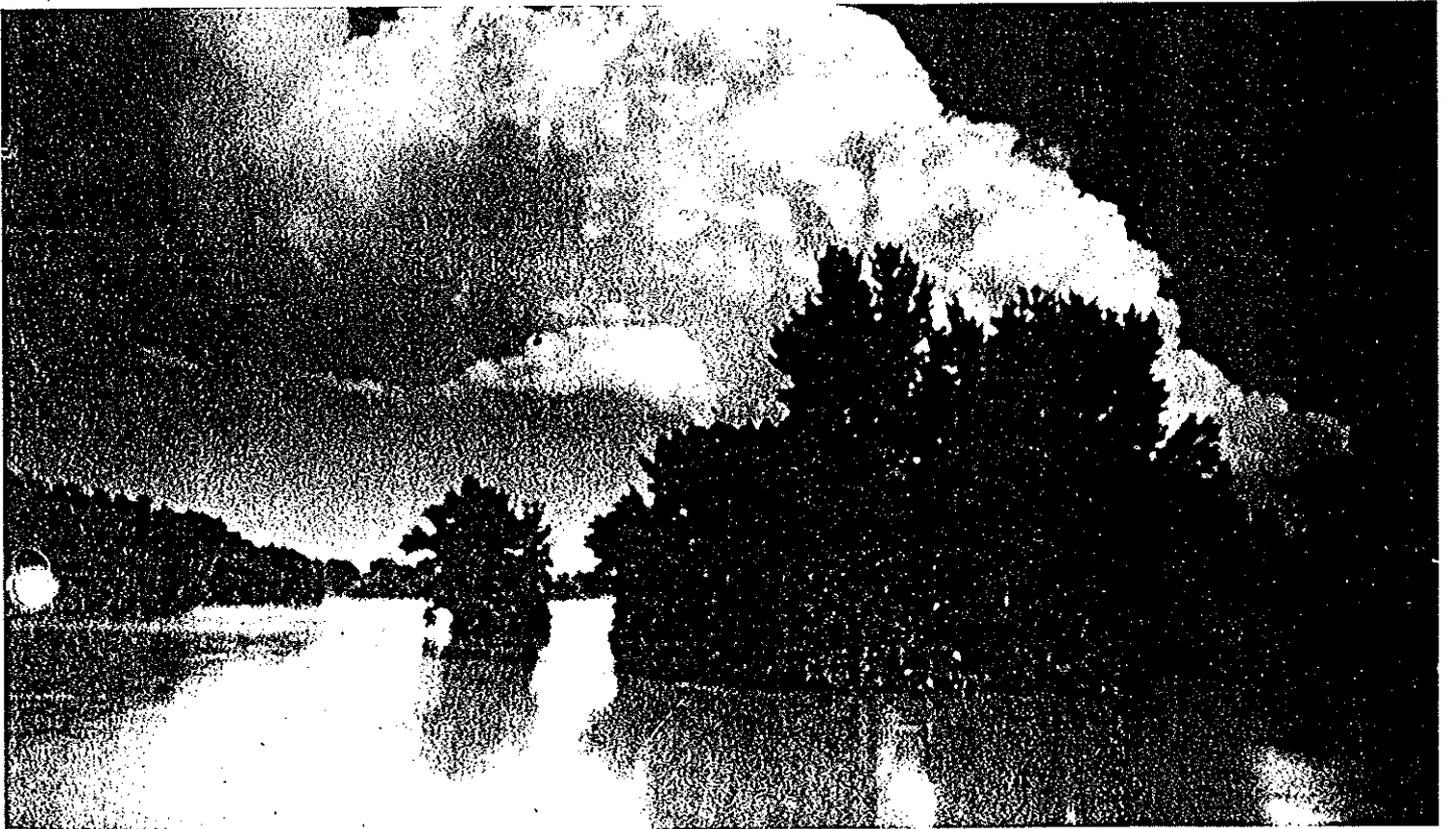
Clubinformationen



Nr. 2

1987

Nationalpark Donau-Auen wo die Natur noch Energie hat



(NAVARA)

Der Gedanke eines Nationalparks Donau-Auen ist schon in den Zwanziger Jahren aufgekomen. Die Besetzung der Stopfenreuther Au im Dezember 1984 und damit die Verhinderung des Kraftwerksbaus brachte die Verwirklichung des Nationalparks ein gewaltiges Stück näher. Heute besteht ein Planungsverein, der vom Umweltministerium finanziert wird . . . und der gelernte Österreicher denkt, daß „eh alles in Ordnung“ ist.

Doch der Gefahren für Naturlandschaften gibt es viele, und die Auwälder an der Donau sind noch nicht gerettet.

Die Ökologie des Wasserwaldes

Auen sind die Wegbegleiter von Fließgewässern. In engen Tälern und an schnellen Oberlauf auf schmale Uferstreifen beschränkt, strecken sie sich zu Wäldern, sobald der Platz es erlaubt. An Bächen noch schmal, erreichen sie an großen Flüssen wie der Donau Breiten bis zu mehreren Kilometern.

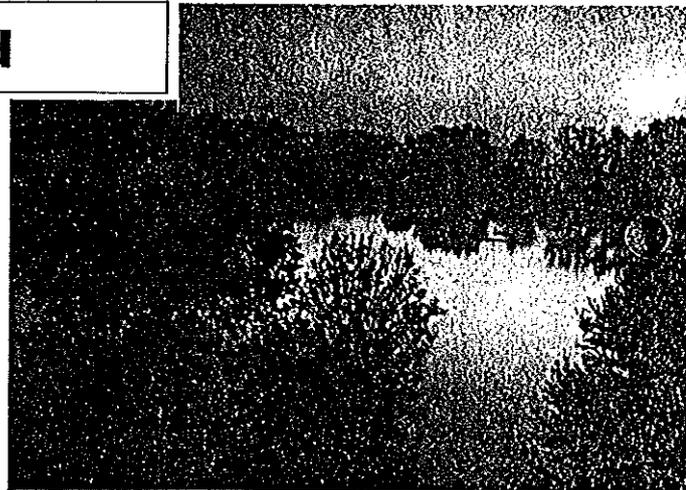
Was ist eigentlich das Besondere an den Auen? Warum entstehen sie und was bedingt ihre Erhaltung und ihr Funktionieren? Nachdem der Auwald jahrhundertlang nur als unproduktives Ödland gesehen wurde, begann man sich in den letzten Jahren Gedanken zu diesen Fragen zu machen; da in den Auen eine Fülle bedrohter Tier- und Pflanzenarten Zuflucht gefunden hat, sind sie für den Naturschutz von allergrößtem Interesse. Zugleich stellen sie riesige Trinkwasserspeicher dar, die das minderwertige Donauwasser reinigen und aufbereiten können – besser als jede technische Anlage.

Überflutung und

Grundwasser

Die große Ebene des Marchfeldes ist durch Sedimentation entstanden. Das im Gebirge erodierte Gestein wird durch Lawinen und Muren, in Bächen und Flüssen talwärts transportiert, bis die Schleppekraft des Wassers nicht mehr ausreicht, es weiter zu tragen. Die abgelagerten Kiese, Sande und Schotter bilden ein System von Poren und Lücken, in denen sich das Grundwasser und die Bodenluft bewegen können.

Die Donau-Auen sind auf den Teil der Sedimentlandschaften beschränkt, der dem Strom unmittelbar benachbart ist. Der Auwald liegt knapp über dem Grundwasserspiegel und wird periodisch überflutet. Gerade die stark strömenden Hochwässer sind der gestaltende Faktor der Aulandschaft: sie bilden und verändern Seitenarme, sie durchspülen Altarme und hindern sie am Verlanden, sie hinterlassen eine große Zahl an Tümpeln und zeitweiligen Gewässern. Sie reißen Ufer an, so daß Steilabhänge entstehen, und das abgetragene Material wird an anderer Stelle wieder zu Sand- und Kiesbänken aufgeschüttet. Besonders im Uferbereich der Donau ist das Werden und Vergehen der Landschaft zu sehen. Die Durchdringung von Wasser und Land ist eine Grundlage für den besonderen Artenreichtum der Au.



(K. MOMEN)

Das Grundwasser der Au dringt von der Donau her in das Lückensystem des Aubodens ein; mit steigendem und fallendem Donauwasserstand steigt und sinkt daher auch der Grundwasserspiegel. Der Schwankungsbereich des Grundwassers beträgt bis zu mehreren Metern. Diese Dynamik hat vielfache positive Wirkungen: das Grundwasser bleibt sauerstoffreich, Fäulnis- und Reduktionsprozesse im Boden werden hintangehalten. Die Bodenluft wird beim Ansteigen aus den Bodenporen hinausgedrängt, beim Zurückfallen wird frische Luft nachgesogen. Die erstaunliche Wüchsigkeit der Pflanzen in der Au läßt sich z. T. daraus erklären; die größte Rolle spielen aber sicher die optimale Wasserversorgung und das reiche Nährstoffangebot.

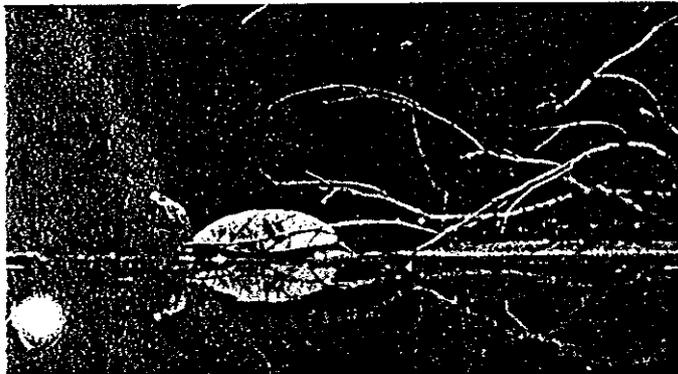
Vielfalt der Lebensräume

Je nach Alter eines Standortes, nach Abstand zum mittleren Grundwasserspiegel und nach maximaler Überflutungslauer unterscheidet man Primärstandorte, Weiche Au und harte Au. Primärstandorte sind neu aufgeschüttete Schotter- und Sandbänke; sie werden so wie die weiche Au sehr häufig überflutet, die Bodenbildung hat aber noch nicht eingesetzt und es können daher nur wenige, besonders angepasste Pflanzen dort wachsen.

Die Weiche Au unterscheidet sich von der harten vor allem durch die längere Überflutungsdauer (bis über 200 Tage im Jahr). In der Weichen Au dominieren Weiden und Pappeln die Vegetation, in der harten Au Harthölzer wie die Stieleiche. Am Übergang zum Eichen-Hainbuchen-Wald kommen Baumarten wie Winterlinde und Feldahorn hinzu.



Die starken Schwankungen des Grundwasserspiegels sind ebenso wie die Überschwemmungen wichtigste ökologische Voraussetzung für das Bestehen einer Au. (K. MOMEN)

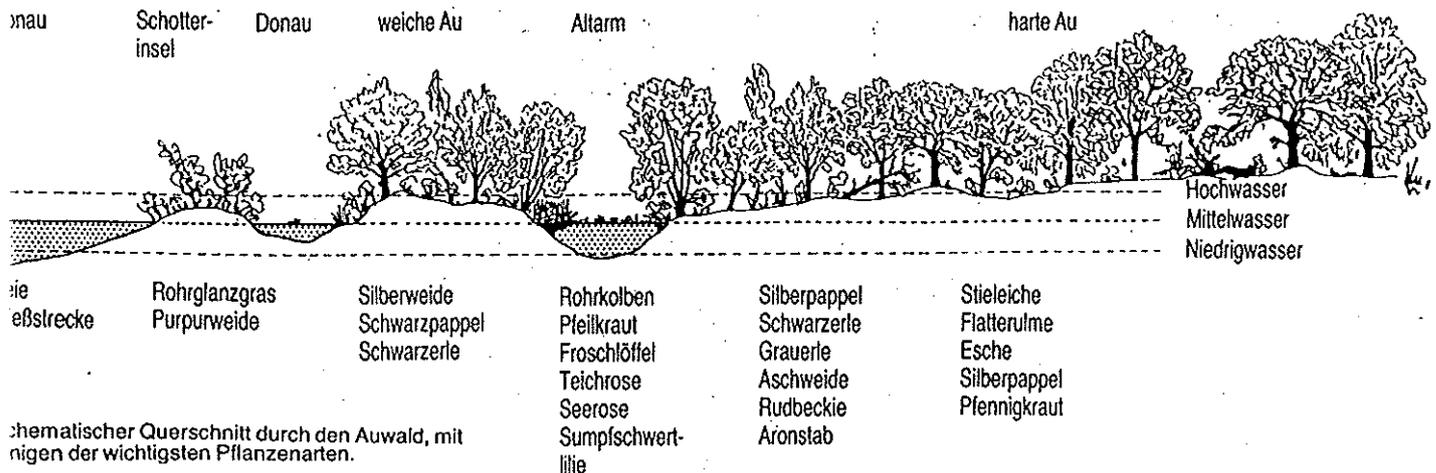


Die Artenvielfalt der Auen übersteigt die anderer mitteleuropäischer Lebensräume um ein Vielfaches, sogar eine Schildkrötenart – die Europäische Sumpfschildkröte – kommt hier in guten Populationen vor. (GOLEJOWSKI)

TIERE DER AU

(245 Wirbeltierarten wurden festgestellt!)

- Kammolch (*Triturus cristatus*)
- Wasserfrosch (*Rana esculenta*)
- Laubfrosch (*Hyla arborea*)
- Gelbbauchunke (*Bombina variegata*)
- Rotbauchunke (*Bombina bombina*)
- Moorfrosch (*Rana arvalis*)
- Knoblauchkröte (*Pelobates fuscus*)
- Grasfrosch (*Rana temporaria*)
- Erdkröte (*Bufo bufo*)
- Wechselkröte (*Bufo viridis*)
- Ringelnatter (*Natrix natrix*)
- Würfelnatter (*Natrix tessellata*)
- Sumpfschildkröte (*Emys orbicularis*)
- Wasserspitzmaus (*Neomys fodiens*)
- Sumpfspitzmaus (*Neomys anomalis*)
- Wasserfledermaus (*Myotis daubentoni*)
- Zwergmaus (*Micromys minutus*)
- Fischotter (*Lutra lutra*)
- Biber (*Castor fiber*)
- Bisamratte (*Ondatra zibethicus*)
- Wildschwein (*Sus scrofa*)
- Zwergtaucher (*Podiceps ruficollis*)
- Große Rohrdommel (*Botaurus stellaris*)
- Zwergrohrdommel (*Ixobrychus minutus*)
- Eisvogel (*Alcedo atthis*)
- Graureiher (*Ardea cinerea*)
- Purpureiher (*Ardea purpurea*)
- Silberreiher (*Egretta alba*)
- Weißstorch (*Ciconia ciconia*)
- Schwarzstorch (*Ciconia nigra*)
- Fischadler (*Pandion hallaetus*)
- Löffler (*Platalea leucorodia*)
- Schwarzspecht (*Dryocopus martius*)
- Kormoran (*Phalacrocorax carbo*)
- Flußregenpfeifer (*Charadrius dubius*)
- Rotfeder (*Scadinus erythrophthalmus*)
- Schleie (*Tinca tinca*)
- Bitterling (*Rhodeus amarus*)
- Karassche (*Carassius carassius*)
- Rotauge (*Rutilus rutilus*)
- Flußbarsch (*Perca fluviatilis*)
- Zander (*Stizostedion lucioperca*)
- Hecht (*Esoc lucius*)
- Wels (*Silurus glanis*)
- Nase (*Chondrostoma nasus*)
- Barbe (*Barbus barbus*)



Das geschah bisher

Schon in den Jahren 1982/1983 wurden erste konkrete Schritte in Richtung auf einen Nationalpark in den Auen östlich von Wien unternommen. Das damals von der Planungsgemeinschaft Ost (PGO) erarbeitete Konzept umfaßte allerdings weit mehr als das heute anstehende Gebiet, so den Neusiedler See und die Greifensteiner Au. Wegen der beginnenden Diskussion um das Kraftwerk Hainburg mußten diese Arbeiten aber wieder abgebrochen werden. Ein Symposium des WWF im September 1984 rollte das Thema neu auf und brachte internationale Erfahrungen ein. Die Bundesregierung setzte im Jänner 1985 schließlich die Ökologiekommision ein, die in ihrem Schlußbericht die rasche Verwirklichung des Nationalparks Donau-March-Thaya-Auen fordert.

Was ist ein Nationalpark



Mit dem Begriff „Nationalpark“ verbindet sich eine international anerkannte Schutzkategorie für wertvolle und sensible Naturräume. Von der Internationalen Union für Naturschutz (IUCN) wurden strenge Kriterien für Nationalparks erstellt, die kurz so formuliert werden können:

- **Ursprünglichkeit und Größe** – durch menschliche Eingriffe nicht wesentlich verändert, mit funktionierendem Naturhaushalt und mit Kernzonen von mindestens 1000 ha.
- **Eigenart und Schönheit** – charakteristische Lebensräume mit besonderen Tier- und Pflanzenarten und in Verbindung mit kulturhistorisch interessanten Landschaftsteilen.
- **Gesamtstaatliche Bedeutung** – die Erhaltung liegt in nationalem Interesse.

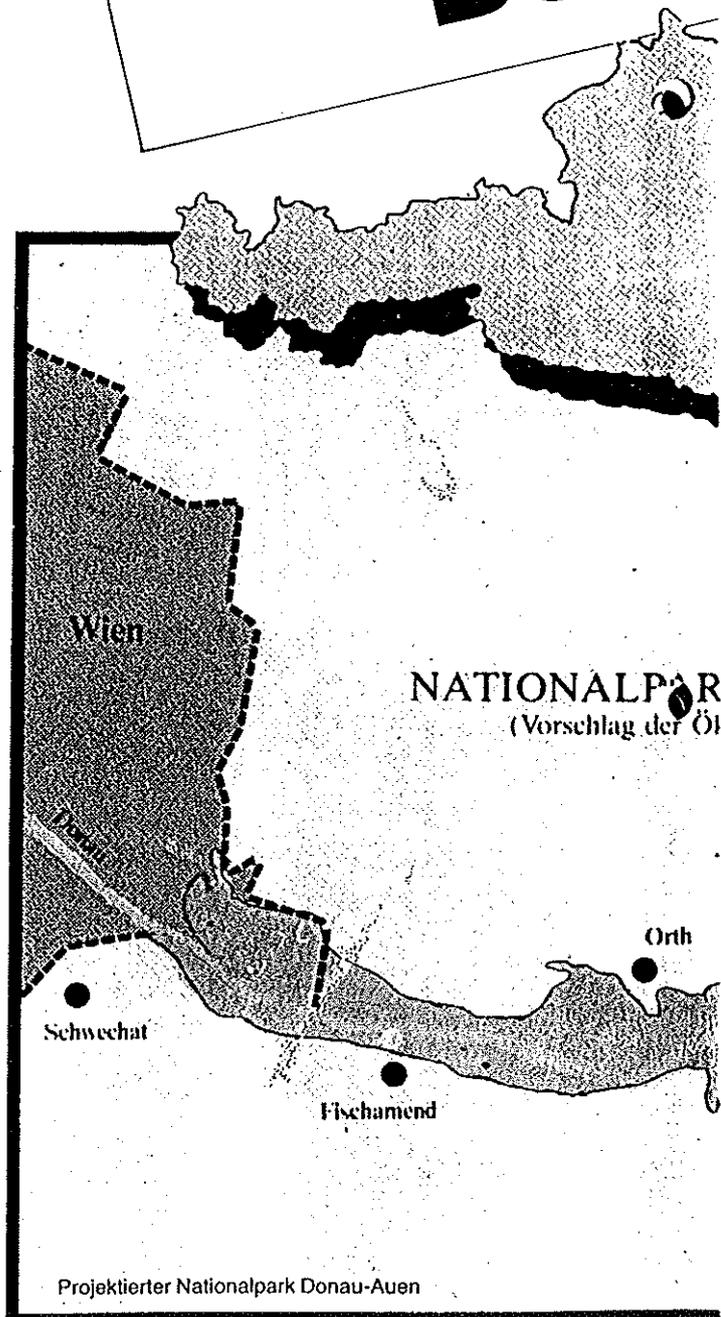
Warum ein Nationalpark?

Die Geschehnisse am Naturschutzsektor – nicht nur in Hainburg – zeigen immer wieder, daß die gesetzlichen Bestimmungen „Landschaftsschutz“ und „Naturschutz“ nicht ausreichen, um Projekte starker Interessensgruppen zu unterbinden. Daher soll eine international anerkannte und überwachte Organisationsform diese Landschaft endgültig jeder Spekulation entziehen.

Primäres Ziel des Nationalparks ist der Schutz des betreffenden Naturraumes. Hinzu kommen aber auch Aufgaben im Bereich der Erziehung und Bildung, der Forschung und der naturorientierten Erholung. Dafür müssen entsprechende Einrichtungen geschaffen werden.

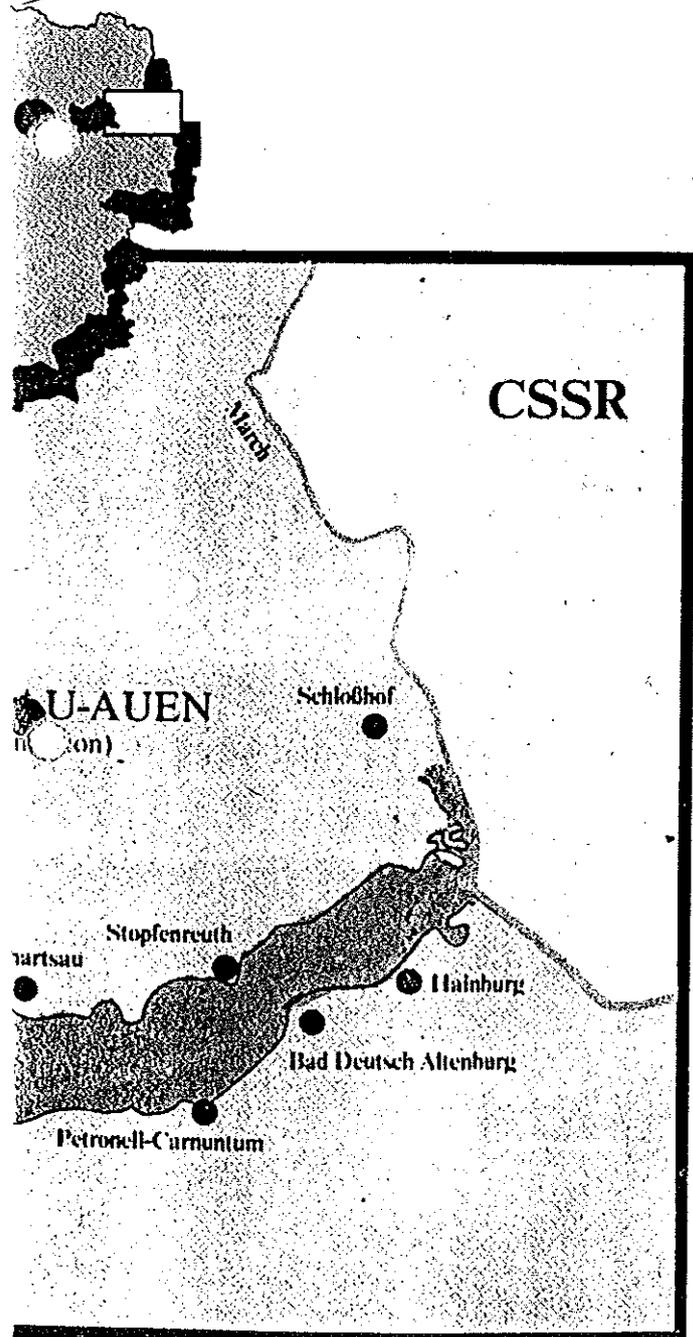
Der Nati

Donau



Nationalpark

Auen



Zur Größe des Nationalparks

Genau räumliche Konzepte für den österreichischen Tiefland-Nationalpark liegen noch nicht vor, sie bedürfen aufwendiger Studien und Untersuchungen. Der Anspruch früherer Planungen wurde noch weiter reduziert; der heute vorgesehene Nationalpark betrifft nur die Donau-Auen. Die Außengrenze wird weitgehend mit der Wald-Feld-Grenze übereinstimmen, aber auch die genauen Kernzonen können heute noch nicht genannt werden. Die – vorläufige – Beschränkung auf die Donau-Auen hat ihren Grund in der Tatsache, daß hier die Republik selbst der größte Grundeigentümer ist. Die wichtigsten anstehenden Entscheidungen fallen in Bundeskompetenz (Donauausbau, Umstellung der Forstwirtschaft), so daß hier bei entsprechender Willensbildung rasch ein Nationalpark verwirklicht werden könnte.

Einrichtungen und Nutzungen

Bei der Einrichtung von Schutzgebieten kommt es meist zu Bedenken seitens der örtlichen Bevölkerung, die Beschneidungen ihrer Freiheiten fürchtet. Tatsächlich kann im Nationalpark nicht alles so weitergehen wie bisher. Wichtigster Bereich ist die Forstwirtschaft, die von rein betriebswirtschaftlichen Vorgehen zu einer nationalparkverträglichen Wirtschaftsweise übergehen muß. Damit sollen vor allem die noch vorhandenen Altholzbestände geschützt und langfristig eine natürliche Waldentwicklung erreicht werden. Auch Fischerei und Jagd werden beschränkt, es soll aber gerade für Fischer zum Beispiel aus Wien in anderen Gebieten Ersatz geschaffen werden.

Für die Ortsansässigen bleibt weiterhin die Brennholznutzung garantiert, Auwiesen sollen weiter bewirtschaftet werden. Das Nationalparkgebiet wird auch weiterhin zugänglich bleiben, allerdings wird die Zahl der Wege stark reduziert.

Der Nationalpark bietet aber auch die Chance, in der Region Konzepte des sanften Tourismus zu verwirklichen. Das wichtigste Besucherzentrum soll in Petronell errichtet werden. Geplant sind unter anderem Futterplätze für Wildtiere, Rundwege mit besonderen Gelegenheiten zur Tierbeobachtungen und ein Auen-Zoo, der auch in die Unterwasserwelt Einblicke gestattet. An anderen Stellen sollen Schwebepfade Zugang zur Natur erlauben, ohne Störungen oder Trampelpfade in Kauf nehmen zu müssen.

Alle Einrichtungen orientieren sich aber immer am Ziel der Vermittlung von Naturerlebnis und -verständnis. Immer wieder wird behauptet, daß ein Nationalpark-Zentrum gleichbedeutend mit einem Disney-Land sei; von Rummelplatz-Atmosphäre kann aber keine Rede sein. Im Nationalpark geht es um die Verbindung von Ausbildung und Erlebnis, um Kurse, Exkursionen und Projektunterricht für Schulen.

Die Besetzung der Stopfenreuther Au im Dezember 1984 und damit die Verhinderung des Kraftwerksbaus in Hainburg waren der erste Höhepunkt in der Auseinandersetzung um die Erhaltung der Donau-Auen und einer freien, fließenden Donau. Die Ereig-

Die Bedrohung

nisse danach haben gezeigt, daß die tausenden Staatsbürger nicht zu Unrecht in der Au gefroren hatten. Doch der Konflikt ist nach wie vor nicht ausgestanden. Die Bundesregierung hat sich zwar zu einem Nationalpark bekannt, aber nicht von Kraftwerksprojekten Abstand genommen.

Die Ökologiekommission

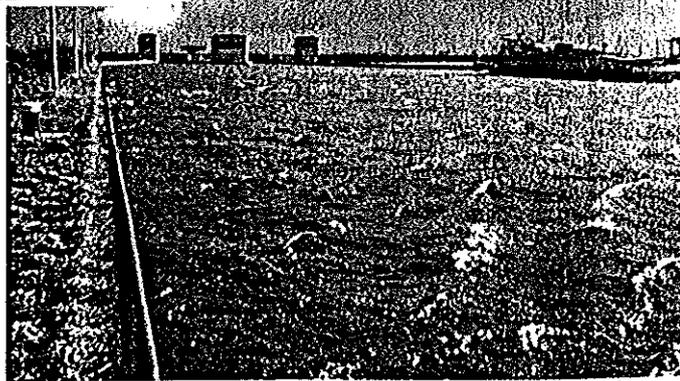
Als Reaktion auf die „Hainburg-Krise“ berief die Bundesregierung im April 1985 die Ökologiekommission ein. Es war dies ein Gremium aus Beamten, Wissenschaftlern und Technikern aller betroffenen Fachrichtungen, zu dem aber auch kritische Ökologen und Umweltschützer eingeladen wurden. Man wollte einen Kompromiß erzielen, ohne faule Tricks anzuwenden. Mit diesem – durchaus ehrlich gemeinten – Mittel der Problembewältigung kam man zu folgenden Empfehlungen:

- Rasche Realisierung des Nationalparks Donau-March-Thaya-Auen
- Klare Absage an das KW Hainburg (technisch un- ausgereift!)
- Erhaltung einer freien Fließstrecke zwischen Wien und der Marchmündung
- Durchführung eines Forschungsprojekts zur Stabilisierung der Stromsohle
- Die Entscheidung über die Staustufe Wien und Wolfsthal II ist von einer eingehenden Umweltverträglichkeitsprüfung abhängig zu machen.

Das Gerichtsurteil

Der Verwaltungsgerichtshof hob auf Grund einer Eingabe des World Wildlife Fund im Juli 1986 den Wasserrechtsbescheid auf. Begründet wurde dies neben formalen Fragen vor allem mit der ungenügenden Rücksichtnahme auf die Grundwasserverhältnisse beiderseits der Donau. Die Erfahrungen aus anderen Donaukraftwerken zeigen, daß das Grundwasserproblem tatsächlich ein kaum beherrschbares Problem darstellt: Unkontrollierte Niveauveränderungen und qualitative Verschlechterung sind nur zu oft die Folgen.

Donaukraftwerk Greifenstein – das letzte?
(NAVARA/GOLEBIOWSKI)



Der Konflikt heute

Die Bestrebungen rund um den Donauraum unterhalb Wiens laufen heute in verschiedenste Richtungen. So bleibt die DoKW trotz aller neuen Erkenntnisse beim Projekt eines Kraftwerks Hainburg. Ein neues Wasserrechtsverfahren wurde eingeleitet – mit einem im wesentlichen unveränderten Bauvorhaben.

Parallel dazu wurde vom damaligen Bundesminister Franz Kreuzer der Verein „Nationalparkplanung Donau-Auen“ ins Leben gerufen. Er wird vom Umweltministerium finanziert und hat die Aufgabe, die Naturschutzinteressen des Bundes im Planungsprozeß zu vertreten.

Der Regierungsbeauftragte für Kraftwerksbau, Dr. J. Kaniak, untersucht inzwischen Kraftwerksvarianten zwischen einer eventuellen Staustufe Wien und einem möglichen Kraftwerk Wolfsthal II. Solche Varianten wären aber mit einem Nationalpark auf keinen Fall verträglich, da die freie Fließstrecke erhalten bleiben muß.



Die Aubesetzung als Akt der Notwehr wurde auch durch die rot-weiß-rote Fahne propagiert. (K. MOMEN)

Die Eintiefung und die freie Fließstrecke

Unbedingte Voraussetzung für die Existenz des Auwaldes und damit für den Nationalpark ist die Erhaltung der freien Fließstrecke der Donau. Durch einen Stau und Dämme beiderseits des Stromes würde die lebenswichtige Grundwasserdynamik zerstört werden, die Auen wären ihres ökologischen Grundprinzips entledigt.

Das strömende Wasser der Donau bewegt allerdings große Massen an Geschiebe. In einem natürlichen Fluß wird von oben immer wieder neues Material nachgeliefert, dies wird heute aber durch andere Kraftwerke verhindert, die wie große „Fangkörbe“ wirken. Nach einem Stau gräbt sich das Wasser daher tiefer in die Sohle ein und produziert neues Geschiebe. Diese Eintiefung kann zwar nicht bis in alle Ewigkeit weitergehen, teilt sich aber dem umliegenden Grundwasser mit. Daraus leitete die DoKW ab, daß die Au austrockne und man sie nur durch ein Kraftwerk retten könne.

Demgegenüber befand die Ökologiekommision, daß die Eintiefung zwar tendentiell vorhanden sei, man aber zumindest 20 Jahre Zeit hätte, um sie durch andere Maßnahmen zu beheben. Ein entsprechendes Untersuchungsprojekt wurde gefordert.

Wasserkraft –

das Ende einer Legende

Warum brauchen wir eigentlich Energie? Oder anders gefragt: brauchen wir Energie . . . oder das, was wir damit bewerkstelligen können? Solche Fragen machen uns bewußt, wie zentral der Begriff der „Energiedienstleistung“ eigentlich sein sollte. Das Problem des Konsumenten ist heute, für möglichst wenig eingesetzte, teure Energie eine möglichst große Leistung zu bekommen.

Die Unternehmen, die Energieträger verkaufen, haben das entgegengesetzte Problem: sie wollen ihr Produkt verkaufen! Daher suchen sie neue Absatzmöglichkeiten. Der elektrische Strom macht – entgegen mancher Darstellung – nur 18 % des österreichischen Gesamtenergieverbrauchs aus. Um den Strom in größerem Maße verkaufen zu können, wirbt die E-Wirtschaft mit erstaunlicher Unverfrorenheit für die Elektro-Heizung. Dabei wird höchstwertige elektrische Energie in Niedertemperaturwärme verwandelt, die eigentlich nur noch Abfallcharakter hat.

Die Steigerung des Stromverbrauchs, zunächst mit viel Aufwand hervorgerufen, wird dann als Vorwand für neue Kraft-

werke verwendet. Dabei konzentriert man sich zur Zeit besonders auf die Nutzung der heimischen Wasserkraft. Übersehen wird allerdings, daß durch die massiven Steigerungen am Sektor E-Heizung sich der Bedarf stark ins Winterhalbjahr verschoben hat. In dieser Zeit liegt die Kraftwerksleistung bei nur etwa 50 % der maximal möglichen Leistung. Bei extremen Kälteeinbrüchen kann die Leistung sogar auf ein Viertel absinken – gerade dann, wenn man am meisten Wärme benötigt. Dafür muß dann kalorischer Ersatz bereitgestellt werden, das heißt aber, daß man ein zweites Kraftwerk bauen muß, das energieverschwendend ist und die Umwelt in noch größerem Maße verschmutzt.

Die enormen Summen, die für den Bau all dieser Kraftwerke aufgewendet werden, sollten statt dessen in die bessere Nutzung von Energie und in kleine, intelligente, umweltschonende Kraftwerke gesteckt werden.

Literatur: Österr. Ökologie-Institut, Energie in Österreich, Falter-Verlag, Wien

Der Verein Nationalparkplanung Donau-Auen

Die Ökologiekommission forderte die Einrichtung einer Nationalpark-Planungsgesellschaft, und im Mai 1986 gab Bundesminister Franz Kreuzer die Absicht seines Ministeriums bekannt, eine solche Gesellschaft einzusetzen. Erst Ende des Jahres kam es zur Unterzeichnung eines Vertrages zwischen Bundesminister Kreuzer und Univ.-Prof. Dr. Bernd Lötsch über die Finanzierung des Vereines Nationalparkplanung Donau-Auen.

Von der neuen Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie wurde die Nationalparkplanung weiterhin beauftragt, von diesem Ressort stammt auch die Finanzierung. Dem Verein gehören zwar keine Behörden an, wohl aber alle großen Natur- und Umweltschutzorganisationen (Naturschutzbund, WWF, Alpenverein, Forum Österreichischer Wissenschaftler u.a.).

Die Aufgaben der Nationalparkplanung bestehen darin, im Planungsprozeß die Naturschutzinteressen des Bundes wahrzunehmen und die Ergebnisse der Ökologiekommission zu vertreten. Die Planung erfolgt aber auch von Seiten der Bundesländer Wien und Niederösterreich, da Naturschutzangelegenheiten ja Länderkompetenz sind.

Bisher vorliegendes Informationsmaterial:

- „Damit er endlich wahr wird . . .“
Nationalparkplanung Donau-Auen, Faltblatt
- Nationalpark Donau-March Thaya-Auen
Die Empfehlungen der Ökologiekommission.
Broschüre, 63 Seiten
- WWF-Multimediaschau zum Nationalpark.
Zu versenden als Video.
- Wanderausstellung mit WWF-Multimediaschau

Zu bestellen bei:

Nationalparkplanung Donau-Auen,
Rahlgasse 6/14,
1060 WIEN,
Telefon: 0 222/58 73 900, 58 73 899

Die Nationalparkplanung arbeitet zur Zeit in mehreren Richtungen:

- Erarbeitung eines Schutzkonzeptes und Bereitstellung von Arbeitsunterlagen für die Planung, zum Beispiel Vorstudien zur Sohlestabilisierung
- Vorbereitung von Nationalpark-Einrichtungen (zum Beispiel Besucherzentrum)
- Informations- und Öffentlichkeitsarbeit



Die Purpurweide ist das erste Gehölz, das imstande ist, Primärstandorte wie Sand- und Schotterbänke zu bewachen. Sie erträgt sehr lange Überflutungen, und mit ihren Ästen siebt sie Feinmaterial aus dem Wasser, das für die Bodenbildung unerlässlich ist. (GOLEBIOWSKI)

VORANKÜNDIGUNG

Seminar

„Kreativer Unterricht“ im Nationalpark Donau-Auen“

(Methoden zur Naturvermittlung)

Termin: 9. und 10. Oktober 1987

Ort: Petronell

Veranstalter: ARGE-Umwelterziehung und
Nationalparkerrichtungsgesellschaft

nähere Informationen bei:

ARGE Umweiterziehung

Mag. Wilhelm Lindner, Hegelgasse 21, 1010
Wien, Tel.: 0 222 51 32 963

P.b.b.

Verlagspostamt:
8010 GRAZ
Erscheinungsort:
G R A Z

Wien, 19.9.1985

H. Wösendorfer: Konfliktfall Hainburg:

Thesen zum Projekt (nicht geordnet):

1. Im Konfliktfall Hainburg verknüpfen sich mehrfach Tendenzen der Nichtübereinstimmung mit Formen und Inhalten vorherrschender Politik.
2. "Hainburg" ist der Gordische Knoten verschiedener Entwicklungen.
3. "Hainburg" ist die potenzierte Stufe vorhergehender Konflikte im Bereich Naturschutz.
4. "Hainburg" ist durch unzureichende "Politische Bearbeitung" zum Konflikt eskaliert.
5. "Hainburg" ist wegen unzureichender Planung zum Konflikt eskaliert.
6. "Hainburg" ist eine Konsequenz ungenügend partizipativer Verfahren in der Verwaltung.
7. "Hainburg" ist das Ergebnis des zu repräsentativen Charakters unserer Demokratie.
8. "Hainburg" ist das Produkt der Ausgrenzung durch die vorherrschende quantitative und konsensorientierte Politikproduktion.
9. "Hainburg" ist das Ergebnis einer ungenügenden Verankerung von "Ökologie" im politisch-administrativen Handlungssystem.
10. "Hainburg" ist eine "integrierende Symbolaktion" für Grüne und Alternative (anstelle grün-alternativer Organisation ?)
11. "Hainburg" ist ein Ausdruck dafür, daß der Bereich "Ökologie" neben der Sozialpolitik zur wichtigen Legitimationsebene staatlichen Handelns geworden ist.
12. "Hainburg" ist das Ergebnis eines versäumten konkreten Nationalparkkonzeptes im Bereich Donau-March-Thaya-Auen
13. "Hainburg" ist Konsequenz eines versäumten gesamtösterreichischen Nationalparkkonzeptes.
14. "Hainburg" ist Ausdruck des "Wertewandels", vor allem in jüngeren und gebildeten Bevölkerungskreisen.
15. "Hainburg" ist Ausdruck "Bürgerlicher Hegemoniebestrebungen" und antisozialistischer Strategie.
16. "Hainburg" ist Ausdruck der politischen Grenze des energietechnischen Ausbaus Österreichs.
17. "Hainburg" ist Ausdruck der massenpsychologischen Situation der gebildeten Jugend.
18. "Hainburg" ist Ausdruck der "Partei- und Staatsverdrossenheit" bestimmter Bevölkerungskreise.
19. "Hainburg" ist eine Konsequenz einer gruppenspezifisch veränderten Einstellung zur "Energiefrage" in der Gesellschaft.
20. "Nach-Hainburg-Reformen" müssen aus diesen Gründen auf verschiedenen Ebenen und in unterschiedlichen Bereichen erfolgen.